Sicherheitshaft für Gefährder S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 10 – 8. März 2019 | UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND | ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Sicherheitshaft für Gefährder
Österreich will Asylbestimmungen verschärfen 2

Deutschland

Bundeskriminalamt lüpft den Vorhang
Zahlen zu von Zuwanderern begangenen Verbrechen 3

Hintergrund

Streit mit Griechenland und mit Bulgarien
Wer ist der legitime Erbe des antiken Makedonien? 4

Preußen / Berlin

Erfolgreich, aber nicht auf Linie
Vorbild-Schulen fielen bei Schulinspektion durch 5

Ausland

Moldau schlittert in die Krise
Parlamentswahl ohne Sieger 6

Kultur

Faustischer Franzose
Zum 150. Todestag des Tonsetzers Hector Berlioz 9

Geschichte

Unter Spionageverdacht
Barbie, die erfolgreichste aller Puppen 10

Götterdämmerung? Noch raucht der Schornstein, aber das kann sich nach einem ungeordneten Brexit schnell ändern Bild: Imago

Auch wir werden bluten

Ungeordneter Brexit: Deutsche Industrie bereitet sich auf Schreckensszenario vor

Innerhalb der deutschen Industrie wächst die Angst vor den Folgen des Brexits. Dennoch lehnt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Neuverhandlungen mit Großbritannien ab und bereitet sich auf einen ungeordneten Brexit vor.

„Die britische Politik darf Entscheidungen nicht länger vertagen. Die Optionen liegen auf dem Tisch. Es wäre absurd, wenn das Vereinigte Königreich in einen harten Brexit schlittert, den selbst eine Mehrheit im Parlament in London ablehnt“, sagte der Hauptgeschäftsführer des BDI, Joachim Lang. Die Frage nach Neuverhandlungen steht laut Lang bei den Unternehmen nicht mehr auf der Tagesordnung – dafür sei die Zeit jetzt einfach zu knapp. Für sie sei es ohne Alternative, sich auf ein ungeordnetes Ausscheiden des Vereinigten Königreiches vorzubereiten.

Auch an Deutschland würde ein harter Brexit nicht spurlos vorrübergehen. „Wenn es ganz dick kommt, rechnen wir mit einem Rückschlag für die deutsche Wirtschaft in der Größenordnung von mindestens einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das wären rund 17 Milliarden Euro weniger Wirtschafts- kraft allein in diesem Jahr“, sagte Lang.

Der Präsident des Wirtschaftsforschungs-Instituts Ifo, Clemens Fuest, rechnet im Falle eines ungeregelten Brexit mit „riesigen Kosten“. Außenhandels-Präsident Holger Bingmann erklärte gegenüber der Nachrichten-Agentur Reuters ebenfalls, die Zeit vor dem eigentlich für Ende März vorgesehenen EU-Ausstieg sei zu knapp, um sich in erforderlicher Weise auf einen harten Brexit vorzubereiten. Für den Fall eines ungeordneten Ausscheidens sagt er „eine unmittelbar durchschlagende Rezession in der britischen Wirtschaft“ voraus, die auch „an Deutschland nicht unbemerkt vorüberziehen“ würde. „Beim Brexit drohen massive Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft“, sagte auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Eric Schweitzer: „Das kann zum Verlust von Jobs und von Wohlstand führen.“

Es gibt allerdings auch andere Stimmen. Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, erklärte in einem Interview mit der „Welt“, die „rein wirtschaftlichen Kosten“ eines ungeordneten Brexits würden überschätzt: „Tatsächlich weiß niemand, wie der Brexit sich wirtschaftlich auswirken würde. Diese Unsicherheit macht den Menschen Angst und verleitet sie dazu, großen Pessimismus an den Tag zu legen.“ Die EU solle Großbritannien eine „Verlängerung des Austrittsdatums“ anbieten, „einmalig und maximal drei Monate lang“. Hierbei müsse die EU weiterhin geschlossen auftreten, wie sie es bisher sehr gut getan habe.

BMW sieht eine mögliche Verschiebung des Brexits dagegen skeptisch. „Ein scheibchenweise verschobener Starttermin wäre für uns kein gutes Szenario“, sagte Einkaufsvorstand Andreas Wendt gegenüber der „Automobilwoche“. BMW habe sich mit seinen vier Werken in Großbritannien auf den EU-Austritt am 29. März vorbereitet und die jährliche Wartung deshalb von Juli auf April vorgezogen. „Das gibt uns Spielraum für einen geordneten Übergang“, sagte Wendt. *Peter Entinger*

JAN HEITMANN:

Kulturgut

Wenn jemand im Wachsfigurenkabinett von Madame Tussauds verewigt ist, muss er schon wirklich bedeutend sein. Einer davon ist der Schuster Friedrich Wilhelm Voigt, den die von ihm als Hauptmann von Köpenick inszenierte Amtsanmaßung weltbekannt gemacht hat. Und nicht nur ihn, sondern auch den heutigen Berliner Ortsteil, von dessen Existenz ohne Voigts Köpenickiade wohl niemand außerhalb des Berliner Dunstkreises Notiz nehmen würde.

Wohl nicht zuletzt deshalb und weil aus der historischen Gestalt im Laufe von über 100 Jahren eine kulturelle Persönlichkeit geworden ist, kämpft ein Verein darum, dass der „Hauptmann von Köpenick und die Köpenickiade“ als immaterielles Kulturerbe auf die UNESCO-Liste gesetzt wird. So, wie vor einigen Jahren der – wohlgemerkt fiktive – Rattenfänger von Hameln. Doch der Berliner Senat spielt nicht mit. Er weigert sich, die Bewerbung weiterzuleiten. Begründung: zu militaristisch. Da die Köpenickiade „mit dem deutschen Kaiserreich und dem preußischen Militarismus verbunden und nicht mehr zur Identifikation geeignet“ sei, entspreche sie nicht den UNESCO-Kriterien für eine Eintragung in das bundesweite Verzeichnis.

Eine krude Argumentation, gibt es doch kaum etwas, was das Absurde und nicht zuletzt auch Gefährliche des hierarchischen Untertanenstaates und des bedingungslosen Gehorsams deutlicher entlarvt als der bühnenhafte Auftritt des abgerissenen Vagabunden, der sich einzig und allein durch das Anlegen einer – noch dazu unvollständigen – Uniform Respekt und in dessen Folge die Stadtkasse verschafft hat. Voigt und sein unerhörter – auch für uns Heutige noch lehrreicher – Coup sind einer Aufnahme in die Kulturerbe-Liste würdig.

Schlaflose Nächte für Kramp-Karrenbauer

Nach dem Beitritt von Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen verzeichnet die Werte-Union in der CDU/CSU großen Zulauf

Dass der frühere Bundesverfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen und der Politikwissenschaftler Werner Patzelt der konservativen Werte-Union beigetreten sind, sorgt bei der neuen CDU-Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer für schlaflose Nächte. Maaßen gilt als dezidierter Kritiker der Zuwanderungspolitik von Angela Merkel. Ein Angebot, sich der AfD anzuschließen, hatte er zuvor ausgeschlagen. Patzelt war wegen seiner Arbeit als Gutachter für die AfD in die Kritik geraten, für die er nach eigener Aussage seit 2015 mindestens drei Gutachten erstellt hat und auf mehreren Veranstaltungen als Redner aufgetreten ist. Der Vorsitzende der Werte-Union, Alexander Mitsch, sagte, der Eintritt „zweier solch renommierter konservativer Unionsmitglieder“ in die Werte-Union zeige, dass sich diese „allen Widerständen zum Trotz“ innerhalb der CDU und CSU etabliert habe.

Ebenso wie die SPD von der Abkehr von den Hartz-Reformen profitiert, könnte die Union durch die stetig wachsende Gruppierung wieder mehrheitsfähig werden. Infolge einer Satzungsänderung könnte die Werte-Union als erste CDU/CSU-Basis-Bewegung aus eigener Kraft das erforderliche Antragsquorum zum Parteitag von 500 Mitgliedern erreichen. Schwarz-Grün könnte die rote Linie für die Werte-Union auch gegenüber Kramp-Karrenbauer darstellen.

Die Werte-Union kämpft für eine bürgerliche Mehrheit wie zu Zeiten von Helmut Kohl. Mit etwa 2000 Mitgliedern ist sie in Zeiten, in denen die Union massiv Mitglieder verloren hat, zu einem Faktor geworden, den die Parteiführungen nicht mehr ignorieren können. Der Diplomkaufmann Mitsch hatte im Oktober 2015 zu Beginn der großen Zuwanderungswelle aus dem Nahen Osten nach Deutschland gemeinsam mit anderen Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung den konservativen Kreis „Konrads Erben“ gegründet. Die Tatsache, dass kulturfremde Personen zu hunderttausenden unkontrolliert über die deutschen Grenzen strömten, hatte er als Staatsversagen empfunden. Der Herbst 2015 war für ihn und viele andere in der CDU ein Wendepunkt. Mitsch war einst „wegen Helmut Kohls geistig-moralischer Wende“ in die CDU eingetreten. Er war zuletzt stellvertretender CDU-Vorsitzender im Rhein-Neckar-Kreis, bevor er wegen Beruf und Kindern eine Politik-Pause einlegte. Im März 2017 ist aus Adenauers Erben die Werte-Union geworden. In einem „Konservativen Manifest“ forderte sie im April 2018 eine grundlegende programmatische Wende.

Die Liste ihrer Forderungen ist lang. Sie reicht von Zuwanderungsbegrenzung über Steuersenkungen, kapitalgedeckte Rente, eine offensive Familienpolitik, mehr Realismus in der Klima- und Energiedebatte bis hin zur Amtszeitbegrenzung für Bundeskanzler.

Aus Sicht der Werte-Union war ein konservativer Neuanfang mit der Parteichefin Merkel, die jeden Dialog mit Kritikern verweigert, nicht möglich. Deshalb hatte sie den Rücktritt Merkels als CDU-Chefin als Neuanfang für die Union herbeigesehnt. Sie fordert jetzt, dass die CDU nicht länger aus dem Kanzleramt regiert werden dürfe.

In Berliner Schlüsselpositionen sind Konservative jedoch wenig vertreten. Die Führungsriege der Werte-Union kommt allerdings weniger aus dem wertekonservativen als vielmehr aus dem wirtschaftsliberalen Lager. Es gehören vor allem Juristen und Wirtschaftsleute dazu. Mitsch fordert, dass „nach Jahren des Linkskurses und der Sozialdemokratisierung unter Angela Merkel die Union wieder ein klares konservatives Profil bekommen soll“.

Mit dem Beitritt Maaßens hat das Sammelbecken der Konservativen in der Union erheblich an Image und Zulauf gewonnen. Jetzt könnte es der CDU-Chefin gefährlich werden. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Beutekunst kehrt zurück

Dresden – Die Gemäldegalerie Alte Meister in Dresden hat nach über 70 Jahren ein sogenanntes Beutekunst-Gemälde zurückerhalten. In Anwesenheit des georgischen Premierministers Mamuka Bakhtadze wurde das „Stillleben mit einem Hasen“ von Pietro Francesco Cittadini (1616–1681) der Öffentlichkeit präsentiert. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte das Ölgemälde im vergangenen Jahr während ihres Georgienbesuchs überraschend von Bakhtadze als Geschenk überreicht bekommen. Das Cittadini-Bild hatte bis 1945 zur Gemäldegalerie gehört und galt seit dem Kriegsende als verschollen. Kunstwissenschaftler vermuten, dass es aus einem Bergungsdepot gestohlen wurde und sich in den letzten Jahrzehnten in privaten Händen befunden hat. *N.H.*

FPÖ-Signal an Israel

Wien – Die österreichische Freiheitliche Partei (FPÖ) bemüht sich um eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel. In einem Brief an Botschafterin Talya Lador-Fresher ging Generalsekretär Christian Hafenecker auf „angebliche rechtsextreme Vorfälle“ ein. So seien Vorwürfe, bei Parteiveranstaltungen sei der Hitlergruß gezeigt worden, „im Nachhinein eindeutig widerlegt“ worden, heißt es in dem Schreiben. Laut Hafenecker handelt es sich bei den Vorfällen um eine „bloße Agitation politischer Gegner der FPÖ“ und die „Verwendung für eine politische Agenda“. Außerdem beklagt Hafencker, dass „Handlungen und Aussagen freiheitlicher Politiker und deren Umfeld in Bezug auf [nationalsozialistische, d. Red.] Wiederbetätigung ... durch den politischen Mitbewerb genauestens beobachtet“ würden. Schon der geringste Verdacht auf rechtsextremistische Vorfälle erfahre große mediale Öffentlichkeit, so Hafenecker. *M.L.*

AfD: Bürgen zur Kasse bitten

Berlin – Der Bundestag hat einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Flüchtlingsbürgen zur Kasse bitten – Erstattungsforderungen durchsetzen“ an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. Wie es in dem Antrag heißt, seien im November 2018 bei den Jobcentern 2500 an sogenannte Verpflichtungsgeber („Flüchtlingsbürgen“) adressierte Erstattungsbescheide mit der Rückforderung von ausgelegten Leistungen registriert gewesen. Daraus habe sich eine Forderungssumme von rund 21 Millionen Euro ergeben. Als Verpflichtungsgeber gilt, wer sich den Behörden gegenüber verpflichtet hat, die Kosten für den Lebensunterhalt eines Ausländers zu tragen. Wer das getan hat, muss dem Staat fünf Jahre lang sämtliche Mittel erstatten, die dieser für den Lebensunterhalt des Ausländers aufgewendet hat. Laut Bundesarbeitsministerium wird die Agentur für Arbeit eine Weisung herausgeben, anhand derer die Jobcenter im Einzelfall entscheiden können, welche Bescheide nicht eingetrieben werden müssen. Die AfD-Fraktion will verhindern, dass der Staat die Kosten für diese Bürgschaften übernimmt. Sie fordert daher, ausgesetzte Vollstreckungsmaßnahmen wieder in Gang zu setzen und alle anhängigen Bürgschaften konsequent zu vollstrecken. *J.H.*

Sicherheitshaft für Gefährder

Österreichs Bundesregierung plant gleich diverse Verschärfungen der Asylbestimmungen

Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) hat eine Verschärfung der Asylbestimmungen, darunter die Einführung der Sicherungshaft für potenziell gefährliche Asylwerber, angekündigt.

Der Innenminister Herbert Kickl von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), dessen Staatssekretärin Karoline Edtstadler (ÖVP) und Justizminister Josef Moser (ÖVP) sollen diesbezüglich einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Dazu wurden bereits am 1. März die Erstaufnahmezentren für Asylbewerber in Traiskirchen und Thalham in „Ausreisezentrum“ umbenannt.

Gesetzliche Änderungen seien dafür nicht notwendig, hieß es am Dienstag aus dem Innenministerium: „Die neuen Begrifflichkeiten stehen den Gesetzesbestimmungen und den dort verwendeten Begrifflichkeiten nicht entgegen.“ Zudem kündigte Minister Kickl an, dass die bereits kolportierten Pläne für eine Sicherungshaft umgesetzt werden sollen. Als Beispiel für einen Fall, wo eine Sicherungshaft zulässig sein solle, nannte der zuständige Sektionschef Peter Webinger einen Asylbewerber, der vor einer IS-Flagge entsprechende Drohungen ausspricht. Wie lange eine Sicherungshaft für Gefährder möglich wäre, blieb allerdings zunächst noch offen.

Laut Kickl enthalten bereits die EU-Regeln die Möglichkeit einer Sicherungshaft, nun müssten diese noch etabliert werden.

Dieser Einschätzung stimmte im Österreichischen Rundfunk (ORF) auch der Europarechtsexperte Walter Obwexer von der Universität Innsbruck zu. Eine Sicherungshaft für Asylwerber sei europarechtlich durchaus zulässig. Jedenfalls sehe die EU-Aufnahmerichtlinie für Asylbewerber und Antragsteller auf subsidiären Schutz vor, „dass die Mitgliedsstaaten eine Inhaftierung vornehmen dürfen, wenn diese Antragsteller eine Gefahr für die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung darstellen“, sagte Obwexer. Allerdings müsste nach der Inhaftierung schnell eine Prüfung durch einen Richter erfolgen, so der Juraprofessor. Demnach solle in den Zentren eine „Gefährdungsprognose“ erstellt werden.

Bei der Pressekonferenz thematisierte Kickl auch die Dauer des Zulassungsverfahrens. Dieses umfasst den Zeitraum zwischen dem Antragstellen des Asylwerbers bei der Polizei und der Anordnung des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA), den betreffenden Asylbewerber in ein Länderquartier zu bringen, um dort den Ausgang des Verfahrens abzuwarten.

Bis zur letzten Asylnovelle im Herbst 2018 war die Dauer des Zulassungsverfahrens auf 20 Tage begrenzt, anschließend wurde diese Frist gestrichen. Auf diese Weise ist es jetzt möglich, in den Ausreisezentren weit mehr Verfahren von Antragstellern aus sicheren Herkunftsstaaten eignen, erklärte Kickl. Für diese Personen sei die Chance auf Asyl sehr gering.

> Es ist das erklärte Ziel der Regierung, dass in Österreich keine Asylanträge mehr gestellt werden

Ebenfalls schon ab diesem Monat wurden in den Ausreisezentren die Anwesenheitsregeln verschärft. So kündigte der Innenminister eine „freiwillige“ Erklärung für Asylwerber an, die sie zum Verbleib im Zentrum zwischen 22 und 6 Uhr sowie zur Einhaltung der Nachtruhe verpflichtet.

„Wer das nicht will, für den werden wir einen Ort finden, wo wenig Anreiz besteht, sich dort herumzutreiben“, erklärte Kickl. Personen, welche die Erklärung nicht unterzeichnen, werden „an Orte abseits der Ballungszentren verlegt“.

Für die Beschleunigung der Verfahren sollen in den Ausreisezentren des Bundes möglichst schnell Reiseroute und Fluchtgründe geprüft werden, außerdem soll es ab sofort eine Rückkehrberatung geben. Nach dem Wunsch des Innenministers könnte auch die Zweitinstanz im Asylverfahren räumlich angebunden werden, wodurch die Verfahren weiter beschleunigt würden.

Freilich gelte es, gewisse Voraussetzungen zu erfüllen, räumte Kickl ein. Neben einer Verhältnismäßigkeit sollen auch eine Revisionsmöglichkeit und Einzelfallentscheidungen berücksichtigt werden. Zunächst sollte die zuständige Behörde entscheiden.

Mit der erneuten Verschärfung des Asylrechts sollen laut Innenministerium wesentliche Schritte gesetzt werden, dass künftig in Österreich praktisch keine Asylanträge mehr gestellt werden könnten. Das Land sei von sicheren Drittstaaten umgeben, betonte Kickl.

Indes sorgt die geplante Asylverschärfung innenpolitisch für heftige Debatten. So meldeten die Oppositionsparteien Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und NEOS rechtliche Bedenken zu der Einführung der Sicherungshaft für Gefährder an. Zudem bestand die SPÖ zuletzt darauf, dass eine sogenannte Task Force, eine Arbeitsgruppe zum Thema Sicherungshaft eingerichtet wird. *Michael Link*

Am 1. März wurde es in ein Ausreisezentrum umgewandelt: Das vormalige Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen

Bild: pa

Luthertum vollzieht Putins Krim-Anschluss nach

Die neun Gemeinden auf der Halbinsel wechseln von der DELKU in der Ukraine zur ELKER in Russland

Mit der Infragestellung der politischen Grenzen durch den Anschluss der Krim an Russland sind dort auch die kirchlichen Grenzen in Bewegung geraten. Am meisten hat dies im letzten Jahr Russland zu spüren bekommen, als das allorthodoxe ökumenische Patriarchat von Konstantinopel erstmals in der Geschichte eine Orthodoxe Kirche der Ukraine kirchenrechtlich als autokephal anerkannte. Damit konnte sich fast 30 Jahre nach der politischen Unabhängigkeit von Moskau auch die Orthodoxe Kirche der Ukraine, allerdings ohne die Krim, vom großen Bruder in Moskau emanzipieren. Rechnerisch, könnte man sagen, hat Russland durch die Besetzung der Krim und die Intervention in der Ostukraine zwar mit Gewalt 15 Prozent der Ukraine gewonnen, aber dafür die Herzen von 85 Prozent der Ukrainer verloren.

Bei den nicht orthodoxen Kirchen ging das Pendel, was die Krim betraf, in die entgegengesetzte Richtung. Moskau hatte die protestantischen und katholischen Kirchen auf der Krim mit Schikanen derart unter Druck gesetzt, dass ihnen über kurz oder lang nur ein Wechsel unter die Jurisdiktion einer in Russland befindlichen Kirchenleitung übrigblieb. Bei den protestantischen Kirchen erfolgte dieser Schritt schneller, weil diese keine weltweite Oberhoheit kennen, wie etwa die katholische.

So gehören die neun deutschen lutherischen Gemeinden auf der Krim seit dem 1. Januar nicht mehr zur Synode der 1992 gegründeten Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche der Ukraine (DELKU), sondern zur Evangelisch-Lutherischen Kirche Europäisches Russland (ELKER), neben der Evangelisch-Lutherischen Kirche Ural, Sibirien und Ferner Osten (ELKUSFO) eine der beiden Diözesen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland (ELKR). Dieser Schritt war der Kirche nicht leicht gefallen, nicht nur, weil der Anschluss der Krim an Russland völkerrechtlich umstritten war, sondern auch, weil die Rechte von nicht orthodoxen Kirchen im großen Russland wesentlich geringer sind als in der Ukraine.

Zum Jahresbeginn wurde der Regionalrat der lutherischen Gemeinden auf der Krim durch den Beschluss des Konsistoriums zu einer Propstei der ELKER. Erster Propst wurde der Pastor der Gemeinden der Krim, Sergej Matjuch. Zur neuen Propstei gehören die Gemeinden in Simferopol, Ewpatorija, Feodosija, Jalta, Sudak, Kertsch, Armjansk, Perwomajsk und Krasnoperekopsk.

Bild: Bischof brauer

Die Krim gehört nun zu seinem Amtsbereich: Der Bischof der ELKER und Erzbischof der ELKR Dietrich Brauer

Seit dem Anschluss der Krim an Russland 2014 ist die Zahl der Krimdeutschen zurückgegangen, viele von ihnen sind in den letzten Jahren nach Deutschland oder auf das ukrainische Festland ausoder weitergewandert. Dabei hatte es im ersten Jahr des Anschlusses zunächst eine Euphorie unter den Krimdeutschen gegeben, die sogar dazu geführt hatte, dass einige Familien aus Deutschland wieder an die Riviera Russlands, an die mediterrane Südküste der Krim zurückgekehrt waren.

Eine erste Ernüchterung bewirkte jedoch, dass die kirchlichen Immobilien nicht zurückgegeben wurden, obwohl Russlands Präsident Wladimir Putin dieses versprochen hatte. So erhielt die Gemeinde in Ewpatorija Ende 2018 vom Ministerium für Eigentums- und Landbeziehungen der Republik Krim eine Absage bezüglich der Rückgabe ihrer historischen Kirche. Das Gebäude gehört derzeit der Armee und zerfällt, zudem gibt es Gerüchte über einen Verkauf an eine Privatperson. Und dies trotz der großen Versprechungen von 2014 und des Föderalen Gesetzes Nr. 327-FZ, kritisiert Matjuch auf seiner Facebook-Seite. Auch die Katharinenkirche in Jalta wird weiterhin usurpiert, und zwar von einem Krimdeutschen, der sich weigert, die Kirche an die rechtmäßige Kirche zurückzugeben.

Entspannt hat sich dagegen die Lage der deutschen Protestanten im Rest der Ukraine. Die dortige Synode der DELKU, deren Zentrum sich in Odessa befindet, hatte 2015 erstmals mit Sergej Maschewskij einen Russlanddeutschen zu ihrem Bischof gewählt. Dieser hatte nach seiner Wahl sämtliche Beziehungen zur Mutterkirche in Bayern und zum Gustav-Adolf-Werk abgebrochen und einige Pastoren entlassen, Gemeinden enteignet, Synodale eingeschüchtert, Autos verkauft und wohl auch vor körperlichen Übergriffen nicht zurückgeschreckt. Erst am 9. Oktober 2018 entzogen Vertreter einer, wie es hieß, „großen Mehrheit der Gemeinden“ dem bisherigen Bischof Maschewskij das Vertrauen und die Vollmachten und setzten ihn ab. Neuer Leiter der Kirche wurde interimsmäßig für ein Jahr Pawel Schwarz, ein 36-jähriger Pfarrer der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Auferstehungsgemeinde Charkiw, der Studium und Ausbildung in Polen absolviert hat und gar kein Deutsch spricht. Ihm zur Seite steht Pfarrer Alexander Gross, der von Maschewski entlassen worden war und aktuell die Gemeinden in Peterstal und Neuburg bei Odessa leitet. *Bodo Bost*

Bundeskriminalamt lüpft den Vorhang

BKA legt Zahlen zu den von Zuwanderern begangenen Verbrechen vor

Laut einem „Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2017“ des Bundeskriminalamtes (BKA) wurden allein im Erfassungsjahr 2017 und unter Berücksichtigung allein der aufgeklärten Fälle – also nur einem geringen Ausschnitt aller tatsächlich verübten Straftaten – fast 40 000 Deutsche Opfer krimineller Handlungen durch Immigranten. Dies sind rechnerisch deutlich über 100 Geschädigte pro Tag.

Bei 5258 der aufgeklärten Delikte durch Asylbewerber handelt es sich um Vergewaltigungs- und in 447 Fällen um Tötungstatbestände. Gerade bei ersteren dürfte es sich nur um einen verschwindenden Anteil der tatsächlich verübten Straftaten handeln, da nur ein geringer Teil dieser Delikte zur Anzeige gebracht wird, die Polizei diese in vielen Fällen nicht mehr ordnungsgemäß aufnimmt und die Aufklärungsquote ausgesprochen unzureichend ist. Auch bei den Morden kommt es allem Anschein nach zu einer staatlich gewollten Verschleierung, etwa wenn Funde weiblicher Leichen in unmittelbarer Nähe sonst abgelegener Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber bei schauerlicher bis fehlender Beweiserhebung als „ungeklärte Todesfälle“ aus der Tötungsstatistik herausgehalten werden. Kriminalitätshäufungen im Umfeld von derartigen oder ähnlichen neuralgischen Orten werden von der Polizei auch sonst nicht gesondert erfasst. In einem Punkt wird die Statistik ehrlicher: Asylanten, deren Antrag bewilligt wurde, werden seit 2017 erstmals als ausländische Straftäter miterfasst – zuvor fielen sie als Personen mit einem „sonstigen erlaubten Aufenthalt“ schlicht aus der Statistik heraus. Nur das grün regierte Baden-Württemberg griff auch im Jahr 2017 weiterhin zu diesem Trick. Die Toten und Verletzten des Breitscheidplatzes in Berlin tauchen hingegen aufgrund der formalen Vorgaben trotz einer angeblich klaren Täterschaft auch weiterhin in keiner entsprechenden Zahlensammlung auf.

Die Zahl der deutschen Opfer ist deutlich mehr als sechsmal so hoch wie die Gesamtzahl an Ausländern, die in dieser Zeit Straftaten durch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit erlitten hatten. Nur 15 Prozent sämtlicher Straftaten gegen Asylbewerber gingen von Deutschen aus, wobei dies im Jahr zuvor sogar nur zehn Prozent waren. Insgesamt gab es 312 Delikte gegen Asylunterkünfte, von denen aber nur 46 eine Gewaltkomponente enthielten – bei den meisten handelte es sich um sogenannte Volksverhetzung. Sexualstraftaten unter Beteiligung von Personen mit deutschem Pass gegen Asylbewerber gab es ganze 74. Kein einziger Asylbewerber beziehungsweise „Flüchtling“ wurde durch Deutsche getötet.

Allein für das Erfassungsjahr 2017 wurden unter den Zuwanderern ohne die Berücksichtigung ausländerrechtlicher Verstöße 167 268 Tatverdächtige registriert, das heißt, deutlich mehr als ein Zehntel aller frisch Immigrierten wurde durch einen abgeschlossenen Kriminalfall aktenkundig. Unter ihnen befanden sich zu knapp 90 Prozent männliche Personen und zu zwei Dritteln unter 30-Jährige. Bei einem Drittel von ihnen handelte es sich um Mehrfachtäter, wobei diese Gruppe für mehr als zwei Drittel aller Straftaten verantwortlich zeichnete. Im Vergleich zu ihrer Gesamtzahl stark überrepräsentiert waren Maghrebiner, darunter Marokkaner um das Vierfache, Algerier um das gut Dreifache und die deutlich weniger große und für ihr Herkunftsland nicht sehr repräsentative Gruppe der Tunesier sogar um fast das Siebenfache. Auffällig überrepräsentiert waren zudem Kaukasier, darunter Georgier um etwa das Dreifache, sowie Schwarzafrikaner, Guineer beispielsweise ebenfalls um das Dreifache, aber auch zigeunerdominierte Gruppen vom Balkan sowie Türken.

Kann im Internet kostenlos heruntergeladen werden: „Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2017“

Bild: BKA

Auffallend ist die Häufung von oft besonders gewalttätig verübten Sexualstraftaten durch Afghanen, Pakistaner, Syrer und Iraker sowie Somalis, Eritreer und Schwarzafrikaner, während hier die zigeunerischen Gruppen unterrepräsentiert sind. Während insgesamt 41 Prozent der Opfer von Immigranten Deutsche waren, liegt dieser Anteil bei den Vergewaltigungsstraftaten bei 72 Prozent. Dies hat demnach offenbar weniger mit der Verfügbarkeit solcher Personen für die Täter zu tun als mit der Erwartung, von den Familien der Opfer weniger durch körperliche Gewalt zur Rechenschaft gezogen zu werden als bei Übergriffen auf Ausländer – ein immer wieder augenfälligerer und vielfach bestätigter Tatbestand, der die fundamentalen Unterschiede von Deutschen und Immigranten im Umgang mit Gewalt und Rechtssystem deutlich herausstellt.

Thomas W. Wyrwoll

Zahlen des Bundeskriminalamtes zur Einwanderung von 2015 bis 2017

Das Bundeskriminalamt geht in seinem Bundeslagebild offiziell von 1,4 Millionen Einwanderern im Zuge der Öffnung der Grenzen zwischen 2015 und 2017 aus, räumt aber selber ein, dass gerade das ursprüngliche Erfassungssystem sehr zu wünschen übrig ließ.

Nach amtlichen Zahlen kamen 2017 47434 Syrer, während es im Vorjahr 89 161 waren, 21 043 Iraker (Vorjahr 45 901) und 12 346 Afghanen (Vorjahr 48 622). Danach folgten Eritreer, Türken, Iraner, Nigerianer, Somalier sowie Tschetschenen und andere Staatsangehörige der Russischen Föderation.

Die drei Hauptherkunftsländer überwogen mit einem Anteil von zusammen 43 Prozent auch weiterhin, traten aber gegenüber den 64 Prozent von 2015 deutlich zurück, wobei allerdings zu bedenken ist, dass gerade das ursprüngliche Erfassungssystem sehr zu wünschen übrig ließ. Dafür kamen nun mehr Türken, Balkan-Bewohner und Maghrebiner als früher. Insgesamt sollen rund 565 000 oder 35 Prozent der Asylsuchenden zwischen 2015 und 2017 Syrer gewesen sein, 13 Prozent Afghanen, zwölf Prozent Iraker, über sieben Prozent Albaner aus Albanien und dem Kosovo, drei Prozent sonstige Balkan-Bewohner, drei Prozent Eritreer, ähnlich viele Kaukasier und etwas weniger „Schwarzafrikaner“ und Maghrebiner sowie 1,7 Prozent Somalis. Rund die Hälfte der Antragsteller stammte also nach eigenen Angaben aus Ländern, in denen zu dieser Zeit nirgends Krieg herrschte.

46 Prozent der Immigranten bezeichneten sich als Kinder, Heranwachsende oder Jugendliche, wobei offensichtlich ein großer Teil dieser Angaben falsch war, was von den Behörden aber toleriert wurde. Realistischer dürfte die Angabe sein, dass rund drei Viertel der Einwanderer unter 30 Jahre alt sind. Allerdings ließen sich auch mehrfach Mittdreißiger in deutschen Medien als Minderjährige darstellen, ohne dass irgendeiner der Berichterstatter daran Anstoß genommen hätte. Insgesamt handelt es sich bei zwei Dritteln um männliche Personen, lediglich bei den Kindern nähern sich die Zahlen beider Geschlechter an.

T.W.W.

MELDUNGEN

855 Terrorismus-Verfahren

Karlsruhe – Nach Angaben des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof leitete seine Behörde im vergangenen Jahr 305 Ermittlungsverfahren ein, die einen Bezug zum internationalen, nichtislamistischen Terrorismus aufwiesen. 855 Ermittlungsverfahren hatten einen Bezug zum islamischen Terrorismus und 132 Ermittlungsverfahren einen Bezug direkt zur Terrororganisation Islamischer Staat. Sechs Ermittlungsverfahren hatten Bezug zu Rechtsterrorismus in Deutschland, ein Ermittlungsverfahren Bezug zu Linksterrorismus in Deutschland und ein Ermittlungsverfahren hatte Bezug zu internationalem Linksterrorismus. Insgesamt 263 Ermittlungsverfahren wurden wegen „minderer Bedeutung“ an Staatsanwaltschaften der Länder abgegeben. *J.H.*

Kein rechtes Netz im KSK

Berlin – Die Bundesregierung widerspricht den Ende vergangenen Jahres aufgekommenen Medienberichten, nach denen das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) im Verdacht stehe, von einem rechtsextremen Netzwerk durchsetzt zu sein. Dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) lägen keine Erkenntnisse vor, dass im Umfeld des KSK solche Netzwerke existieren oder im Entstehen seien, teilte sie auf Anfrage der Linkspartei mit. Der MAD habe keinen „erkannten Extremisten“ im KSK festgestellt. Allerdings seien bei fünf KSK-Soldaten extremistische Einstellungen festgestellt worden, ohne dass dies für die Einstufung als Extremist ausgereicht hätte. In den Berichten war von einer Gruppe von Soldaten, die geplant haben soll, Politiker und linke Aktivisten zu töten, die Rede. In Vorbereitung auf den „Tag X“ seien zudem Waffenlager angelegt und Treffpunkte verabredet worden. *J.H.*

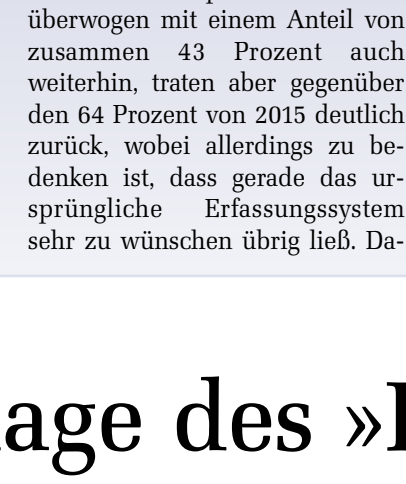
Niederlage des »Flügels«

AfD-Parteitag wählte Bernd Gögel zum Vorsitzenden im Ländle

AfD-Chef Jörg Meuthen und Alice Weidel, Vorsitzende der Bundestagsfraktion gelten nicht unbedingt als beste Freunde. Beim Landesparteitag in Baden-Württemberg traten beide allerdings gemeinsam auf und bezogen eindeutig und nicht gegensätzlich Position. „Sucht Euch ein anderes Spielfeld für Eure Neurosen“, hatte Meuthen, der die Partei rechts, aber im bürgerlichen Lager haben will, den „komplett rücksichtslosen Radikalen“ in der AfD zugerufen und dafür stehende Ovationen, aber auch Buh-Rufe erhalten. Alice Weidel warf einigen Mitgliedern darüber hinaus „Egoismus und blanke Dummheit“ vor, die der Prüfung des Verfassungsschutzes noch Anhaltspunkte lieferten.

Das Treffen in Heidenheim deutete an, in welchem Spannungsverhältnis sich die AfD befindet. Meuthen und auch der Co-Vorsitzende Alexander Gauland fürchten, durch die Beobachtung des Verfassungsschutzes bürgerliche Unterstützer zu verlieren. Weidel mahnt dies schon länger an und ist deshalb auch öfter vom rechten Parteiflügel kritisiert worden.

Dessen Wortführer, der Thüringer Björn Höcke, vermied es tunlichst, sich in die Auseinandersetzung im Ländle einzumischen. Denn seine dortigen Anhänger, allen voran die Landtagsabgeordneten Emil Sänze und Stefan Räpple, lieferten einen überaus polternden Auftritt ab, sodass selbst Unterstützer anschließend erklärten, „dies sei eindeutig zu viel“ gewesen. Sänze unterlag in einer Kampfkandidatur seinem Intimfeind und Fraktionskollegen Bernd Gögel deutlich und beschuldigte diesen später öffentlich, Parteifreunde „in Nazisprech“ zu diffamieren. Gögel hatte in seiner Bewerbungsrede den rechten Flügel hart attackiert. Wer sich nicht an die Regeln halte und eine Revolution wolle, müsse die Partei verlassen. „Wir haben euch jede Möglichkeit eingeräumt, diese Voliere zu reinigen“, rief er in Anspielung auf den „Flügel“. „Wenn ihr dazu nicht in der Lage seid, dann dürft ihr euch nicht wundern, wenn der Vermieter den Kammerjäger holt.“ Sänze zeigte sich nach seiner Niederlage unversöhnlich. „Ich sehe nicht, wie die Wunden heilen können“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur, „Ich sehe kein Angebot.“



Bernd Gögel Bild: Imago

Parteichef Meuthen erklärte hingegen, mit dem neuen Vorstand könne die Partei gut leben. Die kommenden Monate könnten auch für ihn spannend werden. Denn nach der Europawahl im Mai sowie den Landtagswahlen in drei mitteldeutschen Ländern muss die AfD einen neuen Bundesvorstand wählen. Bisher galt der 57-jährige Meuthen flügelübergreifend ebenso als Kompromisskandidat wie der 21 Jahre ältere Gauland. Letzterer hat kürzlich offengelassen, ob er noch einmal kandidieren möchte. In Sozialen Netzwerken rufen Anhänger des „Flügels“ bereits dazu auf, „den kommenden Parteitag zur Entscheidungsschlacht“ zu machen.

Peter Entinger

Zeitzeugen

Philipp II. – Der makedonische König schuf durch eine Militärreform die Grundlagen für den Aufstieg des antiken Makedoniens zur Großmacht und bezog die benachbarten Griechenstaaten vor allem durch geschickte Diplomatie in sein Herrschaftssystem ein. Auf ihn gehen der Feldzug gegen Persien und die gesellschaftliche Verzahnung mit Griechenland zurück.

Michail Tatartschew – Der aus Makedonien stammende überzeugte Bulgare organisierte den slawischen Ilinden-Aufstand gegen die Türken. Er sollte Präsident des vom Deutschen Reich angedachten Staates Makedonien werden. Dazu kam es aber aufgrund des Vormarsches der Roten Armee nicht mehr. Fast 60 Jahre nach seinem Tod im italienischen Exil wurde sein Leichnam 2010 nach Sofia überführt.

Iwan Michajlow – Der in Makedonien geborene Führer der makedonisch-bulgarischen Aufstandsbewegung IMRO (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation) bekämpfte die Sowjets, Griechenland und Jugoslawien, auf dessen König er als Rache für einen von diesem angeordneten Mord an seinen Angehörigen ein tödliches Attentat verüben ließ. Als Verbündeter Deutschlands und der kroatischen Ustascha ging er ins Exil nach Rom, wo er 1990 im Alter von 96 Jahren starb.

Alexander der Große – Der Sohn Philipps II. hatte als jener über seine Mutter griechische Vorfahren und setzte zur Durchsetzung seiner Politik zum Großteil auf Gewalt. Seine Brutalität machte ihn zu einem unter Zeitgenossen umstrittenen Herrscher, seine Eroberungen bis nach Indien, Innerasien und in die Sahara hinein aber ließen ihn zum Heroen schwacher Staaten der Gegenwart wie Griechenland und Makedonien werden.

Ljubtscho Georgijewski – Der Gründer der IMRO-Volkspartei war von 1998 bis 2002 Ministerpräsident Makedoniens und trat 2003 aus seiner Partei aus, nachdem diese sein Bekenntnis zum Bulgarentum kritisiert hatte. Als Mitglied der bulgarischen Regierungspartei GERB streitet der kluge Kopf weiter für eine Vereinigung seiner beiden Vaterländer.

Streit mit Griechenland

Wer der legitime Erbe des antiken Makedoniens ist

Seit fast drei Jahrzehnten tobt zwischen Griechenland und Makedonien ein erbittert ausgefochtener Streit um das Erbe des antiken Makedoniens.

Diese Erbstreitigkeiten wären allen Beteiligten erspart geblieben, hätten es die Griechen bei der Haltung ihrer Vorfahren belassen. Die Makedonen des Altertums galten ihren griechischen Zeitgenossen als „Barbaren“, die alles andere als einen Teil der griechischen Kulturwelt bildeten. Erst um 500 v. Chr. gelang es den makedonischen Königen, von den Griechen bei deren Olympischen Spielen zugelassen zu werden, indem sie für ihre Familie eine griechische Abstammung konstruierten – den gemeinen Makedonen wurde dieses Recht freilich nicht zuteil.

Die antiken Quellen besagen, dass die nördlichen Nachbarn der Hellenen „kein Griechisch“ sprachen, also keine Griechen waren. Die vereinnahmungsfreudige griechische Forschung von heute macht daraus großzügig eine „unzulängliche Beherrschung des Griechischen“, obwohl die altgriechischen Dialekte damals stark ausgeprägt waren und dennoch niemand wegen seines Zungenschlags aus dem Griechentum ausgeschlossen wurde. Die wenigen Sprachzeugnisse des Makedonischen legen hingegen nüchtern betrachtet nahe, dass es sich bei ihm um eine eigenständige, wohl aber mit dem Griechischen verwandte und von griechischen Einflüssen durchsetzte Balkansprache gehandelt hat. Mit der unter Philipp II. und seinem Sohn Alexander dem Großen einsetzenden Verbindung Makedoniens mit den griechischen Staaten und nicht zuletzt infolge des gemeinsamen Feldzuges von Angehörigen beider Völker tief hinein nach Asien und Afrika kam es dann wohl erstmals zu größeren Vermischungen.

> Seit fast drei Jahrzehnten tobt der Streit

Ob die Alt-Makedonen dabei ganz im Griechentum aufgegangen sind oder ob es ein längeres eigenständiges Überleben makedonischer Volksteile gab, ist mangels Quellen schwer zu klären. Durch die Einwanderung von Slawen und deren Vermischung mit der Vorbevölkerung kam es jedenfalls später zur Herausbildung der heutigen Slawischsprachigen, zu denen auch die Makedonier zählen. Dabei dürften im Umfeld Makedoniens sicher auch Nachfahren von Makedonen einbezogen worden sein. Wenn Griechen letzteres in Abrede stellen, so kann man dies getrost als politische Esoterik bezeichnen. Umgekehrt ist es ebensowenig haltbar, wenn makedonische Autoren die slawische Einwanderung leugnen oder allenthalben das Überleben „makedonischer“ Traditionen beziehungsweise die Existenz archäologischer und kunstgeschichtlicher Quellen für den ungebrochenen Gebrauch altmakedonischer Symbole bis in die Gegenwart behaupten, ohne dass ihre Belege dann später für eine Untersuchung zugänglich sind.

Der Name „Makedonien“ geriet unter den Osmanen in Vergessenheit – die von ihnen unterjochten Ostsüdslawen sahen sich als Bulgaren. Wiedereingeführt wurde er von den Griechen, die mit einer ausgedehnten Makedonien-Propaganda die benachbarten Slawen für das Griechentum zu gewinnen trachteten. Bald wollten Serben den Topos zur Schwächung ihrer bulgarischen Konkurrenten nutzen, während pro-bulgarische makedonische Kämpfer gegen die Türken ihn aus taktischen Gründen zur Verschleierung ihrer politischen Verortung wählten. Bulgarisch gesinnte Makedonier errichteten schließlich am Ende des Zweiten Weltkriegs mit deutscher Hilfe den ersten makedonischen Staat der Neuzeit. Wirklich populär wurde die Bezeichnung aber erst im Jugoslawien Josip Broz Titos, als man die Eigenständigkeit der Makedonier gegenüber den Bulgaren, im Rahmen eines innerstaatlichen ethnischen Ausgleichs aber auch gegen die Serben betonte und ein neues Makedoniertum auf allen Ebenen planmäßig ausbaute. *Thomas W. Wyrwoll*

Stein des Anstoßes: Denkmal Alexanders des Großen in Skopje, jetzt umbenannt in „Reiter auf Pferd“ Bild: Wassia Atanassowa

Auf der Suche nach den Wurzeln

Die heutige Identität der slawischen Makedonier beruht zu einem hohen Maße auf archäologischen Ideologien. Ironischerweise waren es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gerade Griechen, die ihre slawischen Nachbarn durch historische Propagandaschriften wie etwa einem Alexander-Roman in makedonischer Sprache und griechischer Schrift zu Nachfahren der vorgeblich mit ihnen verwandten alten Makedonen machen und so für sich gewinnen wollten.

Dieser auf die Antike verweisende Makedonismus wurde von makedonischen Intellektuellen, aber auch von Forschern und Propagandisten anderer an der Region interessierter Staaten aufgegriffen. Hierbei wurde der haarsträubende Versuch unternommen, Makedonien zur „Urheimat der Slawen“ zu erheben und so die heutige makedonische Sprache zu erklären.

Wirklich volkstümlich wurde die Wurzelsuche aber erst im Jugoslawien Josip Broz Titos, als man neben dem Aufbau einer makedonischen Sprach- und Schriftkultur viel Mühe auf eine nationalmakedonische Archäologie verwandte. In den 1970er und 1980er Jahren sollten dabei die eisenzeitlichen „Paeonier“ Vorfahren der Makedonier gewesen sein, wofür man in Belgrad sogar die „illyrische Hypothese“ aufgab, mit der man bisher eine Serben und Kroaten verbindende pan-jugoslawische Ursprungsideologie konstruiert hatte.

Archäologische Volkskonstruktion

Im unabhängigen Makedonien wandelte sich dieser archäologische Nationalmythos über die Zwischenstufe einer „paeonisch-makedonischen Symbiose“ mit dem Wahlsieg der IMRO-Volksparteiim Jahr 2006 hin zu einer nach staatsoffizieller Lesart rein altmakedonischen Grundlage des Makedoniertums. Bald überzog ein gigantisches Kunstprogramm Skopje mit pseudoantiken Bauten und Statuen. Ljubtscho Georgijewski nannte diese Megaverkitschung „vulgär“, sprach von der „größten Geschichtsfälschung des Balkans“ und beklagte zu Recht eine Spaltung der Gesellschaft in Alexander-Jünger und Slawophile. *T.W.W.*

Streit mit Bulgarien

Wo die heutige makedonische Kultur zu verorten ist

So wie das antike makedonische Erbe zwischen Makedonien und Griechenland ist die Verortung der heutigen makedonischen Kultur zwischen Makedonien und Bulgarien umstritten. Zwar war Bulgarien der erste Staat, der die Unabhängigkeit Makedoniens von Jugoslawien anerkannte, doch betrachtete man in Sofia die Makedonier gleichzeitig als ethnische Bulgaren. In Skopje hielt man dem entgegen, dass man sehr wohl ein eigenes Volk sei und zu diesem auch Volksgruppen im Westen Bulgariens gehörten. Den sich daraus entwickelnden für beide Seiten gefährlichen Konflikt legte man erst durch einen Freundschaftsvertrag bei, der im Januar 2018 ratifiziert wurde.

Das heutige Makedonische ist Teil eines Dialektkontinuums mit dem Bulgarischen, das sich recht gut von den Sprachen der übrigen Südslawen abgrenzen lässt. Der ausgeprägte Unterschied zwischen den beiden Schriftsprachen beruht neben der Heranziehung der serbischen Reformschrift Vuk Karadžic’ für das Makedonische vor allem darauf, dass

> In Sofia hält man die Makedonier für ethnische Bulgaren

zu ihrer Standardisierung weit voneinander entfernte Dialekte herangezogen wurden, während die einzelnen Regionalidiome an sich recht fließend ineinander übergehen. Sprachliche Isoglossen und damit eine Grenze zwischen makedonischen und bulgarischen Dialekten finden sich teils im Bereich der gemeinsamen Staatsgrenze und teils östlich davon an der Ostgrenze Bulgarisch- oder Pirin-Makedoniens beziehungsweise der zur Ägäis auslaufenden Westgrenze Thrakiens.

Neben der im Kern politischen Abgrenzung des Makedonischen zum Bulgarischen ist unter Sprachwissenschaftlern fast nur der Übergangssprachbereich des Torlakischen wirklich strittig, dessen Sprecher in Südserbien, Nordmakedonien, Westbulgarien, Südkosovo und Ostalbanien sich in unterschiedlicher Weise als Serben, Bulgaren und Makedonier, im Falle der abgewanderten katholischen Kraschowaner im Banat meist als Kroaten und im Falle der moslemischen Goranen im Kosovo als eigene, aber zunehmend slawisch assoziierende Gruppe betrachten. *T.W.W.*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Erfolgreich, aber nicht auf Linie

Zwei Schulen mit Vorbildcharakter fielen 2018 bei der Berliner Schulinspektion durch

Soll in den Ruhestand geschickt werden, obwohl er seine Schule mit großem Geschick geleitet hat: Michael Rudoph, Direktor der Friedrich-Bergius-Schule

Bild: Imago

Berlins Bildungsverwaltung löst gegen den Willen von Eltern, Schülern und Lehrern zum Sommer den Leiter der Friedrich-Bergius-Schule ab. Die Sekundarschule ohne Oberstufe gilt bislang als gelungenes Beispiel im Kampf gegen Schulschwänzerei, auch die Berufsorientierung gilt als vorbildlich. Vor allem fällt die Schule aber dadurch auf, dass überdurchschnittlich viele Schüler gute Abschlüsse erzielen:

Erreicht hat die Schule dies, obwohl die Bedingungen wie vielerorts in Berlin nicht sonderlich günstig sind. Zwei Drittel der Kinder kommen aus nichtdeutschen Elternhäusern, über die Hälfte der Kinder stammt aus Familien, die Sozialtransfers erhalten.

Ein Teil des Erfolgsrezeptes der Bergius-Schule lautete bisher: klare Regeln, die konsequent durchgesetzt werden. Schüler, die beispielsweise morgens zu spät kommen, müssen sich erst einmal beim Hausmeister melden, um dann den Schulhof sauberzumachen. Die Schüler dürfen zudem auch keine Mobiltelefone zum Unterricht mitbringen, ebenso ist das Kaugummikauen unerwünscht. Sollten Schüler unentschuldigt fehlen, dann informieren die Lehrer gleich morgens die Schulleitung. Diese setzt sich dann sofort mit den Eltern in Verbindung. An der Bergius-Schule ist es damit erfolgreich gelungen, die Schulschwänzerei zu bekämpfen.

Obwohl die Regeln an der Schule streng sind, liegen seit Jahren deutlich mehr Anmeldungen vor, als es überhaupt Plätze gibt. Angestoßen hat die Entwicklung ganz maßgeblich der Schulleiter Michael Rudolph. Der inzwischen 65-Jährige würde gern weiter arbeiten, die Bildungsverwaltung lehnt sein Ansinnen allerdings ab und will den erfolgreichen Schulleiter ab dem Sommer in die Pension schicken. In diesem Zusammenhang wird über ein „dienstliches Gespräch“ zwischen Rudolph mit einem hohen Beamten der Berliner Bildungsverwaltung berichtet. Dabei soll gegenüber dem Schuldirektor auch ein „Missfallen“ über Äußerungen in der Presse zur Rede gekommen sein.

> Bildungsverwaltung hält fest an vorgegebenen Regeln

Das Verhältnis zwischen der Bildungsverwaltung und dem Schuldirektor ist bereits seit dem letzten Jahr angespannt. Im Juni 2018 fiel die Schule bei der Berliner Schulinspektion durch und bekam „erheblichen Entwicklungsbedarf“ attestiert. Die Inspektoren bemängelten unter anderem, es würde zu viel Frontalunterricht geben und der Unterricht sei zu „lehrerzentriert“. Nachholbedarf sah die Bildungsverwaltung auch bei der Umsetzung des „Inklusionsgedankens“. Die Leiterin der Berliner Schulinspektion kritisierte seinerzeit auch, die Schule habe „keinen demokratischen Ansatz“, es gebe an ihr „keine Partizipation“.

Neben der Bergius-Schule gibt es auch schon seit längerer Zeit einen zweiten Fall, bei dem der Vorwurf geäußert wurde, dass eine erfolgreiche Schule auf die pädagogische Linie der Bildungsverwaltung gebracht werden soll. Dabei geht es um die Johanna-Eck-Schule in Tempelhof. Der Schule wurde in der Vergangenheit bescheinigt, sie kümmere sich mit großem Erfolg um sogenannte Flüchtlingskinder. In Anwesenheit von Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) war die Schule im Jahr 2015 mit dem Helga-Moericke-Preis für Soziales Lernen ausgezeichnet worden.

Die Begleitumstände sind im Fall der Tempelhofer Sekundarschule etwas komplizierter als bei der Friedrich-Bergius-Schule: Die Schulleiterin Mengü Özhan-Erhardt ist erst im Jahr 2017 ins Amt gekommen. Ein Teil der Lehrer hatte sich gegen sie positioniert und von ihr sogar „eine professionelle Einsicht in die eigene Inkompetenz“ gefordert. Im Raum steht aber auch der Vorwurf, an der Schule sei es in der Vergangenheit zu Unregelmäßigkeiten gekommen.

Im Kern scheint es allerdings auch bei der Tempelhofer Schule darum zu gehen, dass die vorgegebene Linie der Bildungsverwaltung befolgt wird. Die bisherige Besonderheit der Schule ist das Sprachlernkonzept für die ausländischen Kinder.

An der Johanna-Eck-Schule gibt es Klassen, die sich nur aus Kindern sogenannter „Willkommensklassen“ zusammensetzen. Gemeint sind damit Schüler, die ohne Deutschkenntnisse an die Schule kommen. Diese blieben an der Tempelhofer Schule über Jahre in eigenen Klassen zusammen, damit sie zunächst richtig Deutsch beherrschen, bevor sie in eine Regelklasse überwechseln.

An anderen Berliner Schulen ist es dagegen üblich, dass Kinder bereits nach einem Jahr Sprachunterricht in die Regelklasse überwechseln. Dieses Vorgehen orientiert sich ganz am Gedanken einer möglichst schnellen Integration. In der Praxis scheint es aber so, dass bei vielen Kindern die Deutschkenntnisse zu gering sind, um in den Regelklassen bestehen zu können.

Das Sprachlernkonzept der Tempelhofer Schule war im Gegensatz dazu so erfolgreich, dass es noch vor einiger Zeit von der Bildungsverwaltung gelobt wurde. Allerdings hat das Tempelhofer Beispiel auch gezeigt, welche Bemühungen nötig sind und welche Kosten entstehen, wenn die Sprachvermittlung für Immigrantenkinder gelingen soll. Die Sprachlernklassen binden nämlich viele Lehrerstunden, die im übrigen Schulbetrieb dann fehlen.

Norman Hanert

Eine Jahrhundertausstellung

Von VERA LENGSFELD

Darf man so früh im Jahrhundert von einer Jahrhundertausstellung sprechen? Man darf, denn es handelt sich um eine Schau, die so nie wieder zu bewundern sein wird.
Die rund 100 Exponate in der Gemäldegalerie sind aus Museen und Privatbesitz aus Europa und den USA zusammengetragen: der National Gallery, dem British Museum in London, dem Louvre in Paris, dem Prado in Madrid, der National Gallery in Washington und natürlich aus Italien, wo die beiden Renaissance-Künstler herkommen.

Andrea Mantegna und Giovanni Bellini sind ein Künstlerpaar, wie es selten in der Geschichte zu finden ist. Mantegna entstammt einer Tischlerfamilie in Padua, Bellini wurde, wenn auch als wahrscheinlich uneheliches Kind, in die berühmte Malerfamilie Jacobo Bellinis hineingeboren. Während Mantegna schon früh durch sein außerordentliches Talent auffiel, wurde Bellini von seinem Vater gefördert, bis er das Malerhandwerk beherrschte. Am Anfang des Rundgangs hängt ein Frühwerk Mantegnas, das von seinem Genie zeugt. Das Bildnis des Heiligen Markus hat er mit 17 Jahren gemalt. Es verblüfft durch seine Raumillusion. Von Mantegnas Selbstbewusstsein zeugt, dass er seinen Namen auf einem gemalten Papierzettel am unteren Bildrand platzierte. Es war sicherlich seinem frühen Ruhm zu verdanken, dass Mantegna in die venezianische Künstlerfamilie Bellini einheiraten durfte. Er wurde nicht nur Ehemann seiner Schwester, sondern Bellinis großes Vorbild. Bellini setzte sich intensiv mit dem Werk Mantegnas auseinander. Er eignete sich seinen Malstil an, übernahm dessen Kompositionen. Das ging bis zum Abpausen von ganzen Figurengruppen, die dann zu einem eigenen Gemälde wurden. Erstmals hängen Original und Kopie von „Die Darbringung Christi im Tempel“ nebeneinander. Dabei ist zu sehen, dass es bei Bellini nicht beim bloßen Kopieren geblieben ist. Er entwickelte einen eigenen, prägenden Malstil: Leuchtende Farben, stimmungsvolle Landschaften, feierliche Kompositionen werden zu seinem Markenzeichen.

Die Wege der beiden Künstler trennten sich. Mantegna wurde zum Hofmaler der Markgrafen von Mantua berufen, Bellini zum gefragtesten Maler seiner Heimatstadt Venedig. Aber die beiden bleiben in Verbindung. Mantegnas letztes Werk, ein Fresko, wurde von Bellini vollendet.

Bis zum 30. Juni ist die Ausstellung zu sehen.

Die Befreier sollen weg

Grüne wollen Generale der Befreiungskriege aus Stadtbild tilgen

Die Grünen in Berlin-Kreuzberg beabsichtigen, im Bezirk im großen Stil Straßen umzubenennen. Unter dem Titel „Entmilitarisierung des öffentlichen Raums“ wollen sie die „Umbenennung aller nach Generälen und Schlachten benannten Straßen und Plätze“ durchsetzen.

Neben den großen Straßenzügen York-, Gneisenau- und Blücherstraße wären davon die Horn-, Möckern-, Katzbach-, Großgörschen-, Eylauer-, Großbeeren- sowie Obertrautstraße und vermutlich viele andere betroffen. Zur Begründung des Antrages in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg wird argumentiert, die Straßennamen seien heute nicht mehr angebracht angesichts der „tiefen Partnerschaft zwischen den ehemaligen Erbfeinden Frankreich und Deutschland“.

Konsequenterweise wäre dann auch eine Umbenennung des ganzen Bezirks fällig. Das 1821 eingeweihte Nationaldenkmal auf dem Kreuzberg ist in Form eines Eisernen Kreuzes gehalten, das Karl Friedrich Schinkel nach dem Orden schuf, den der preußische König anlässlich der Befreiungskriege 1813 stiftete.

> Zahlreiche Straßen in Kreuzberg sollen umbenannt werden

Wären diese Straßennamen tatsächlich ein Hindernis für die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland, dann gäbe es gewiss in Frankreich eine Debatte um die Umbenennung zahlreicher Plätze und Straßen.

Bezirksbürgermeisterin Monika Hermann (Grüne) begrüßte den Vorstoß, nannte das Vorhaben aber „sehr ehrgeizig und komplex“. Kritik kommt vom Vorsitzenden der örtlichen CDU, Timur Husein: „Die Generäle sind verdiente Patrioten, die dazu beigetragen haben, Preußen und andere deutsche Länder von der französischen Fremdherrschaft zu befreien ... Wenn wir nicht wissen, woher wir kommen, wissen wir nicht, wer wir sind und wohin wir wollen.“

Gneisenau war Preußens König wegen seines Eintretens für die Wehrpflicht zunächst suspekt. Später reformierte er die Armee und fungierte bei Belle Alliance (Waterloo) als Stabschefs Blüchers. York verweigerte den Königsbefehl und schloss die Konvention von Tauroggen, die den Weg zum preußisch-russischen Bündnis ebnete.

Die Umbenennungen dürften am Widerstand der Anwohner scheitern. Die Bezirksversammlung Kreuzberg hat in der Vergangenheit viele skurrile Beschlüsse gefasst. Am 27. April 1983 erklärte sie den Bezirk zur „atomwaffenfreien Zone“.

Frank Bücker

Keine P&R-Plätze

Berlin will Pendler ganz in Züge zwingen

Immer mehr Menschen pendeln aus dem brandenburgischen Umland an ihren Arbeitsplatz nach Berlin. 2018 pendelten 321 000 Beschäftigte von Brandenburg nach Berlin. 20 Jahre zuvor waren es noch 160 000. In der umgekehrten Richtung sind 186 000 Arbeitnehmer unterwegs. 1998 waren es noch 96 000. Der rot-rot-grüne Senat will den Anteil der Autofahrer an der Mobilität der Hauptstadt nun wieder reduzieren.

> »Menschen vor der Haustür abholen«

An den Berliner S- und Regionalbahnhöfen stehen 44 Park &Ride-Anlagen mit 5140 Plätzen bereit. Der Senat, besonders die Grünen, wollen erreichen, dass die Menschen gar nicht mehr Auto fahren. Harald Moritz von den Grünen: „Unser Ansatz muss sein, die Menschen möglichst vor der Haustür abzuholen, damit sie gar nicht erst ins Auto steigen müssen, um den nächsten Bahnhof zu erreichen.“ Die parteilose, von den Grünen gestellte Verkehrssenatorin Regine Günther hat der „autogerechten Stadt“ insgesamt den Kampf angesagt (siehe auch S. 12).

SPD, Linkspartei und Grüne haben im Berliner Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: „Park&Ride“ könne „zur Verbesserung der Pendlersituation nur einen geringen Beitrag leisten, da der Flächen- und Finanzierungsbedarf in der Regel in keinem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Nutzer steht“. Die Erschließungskosten betrügen rund 10 000 Euro pro einzelnem Stellplatz. In Brandenburg gibt es an 116 Bahnhöfen 22 000 P&R-Plätze. Jeder zehnte Pendler bekäme dort demnach einen Stellplatz.

Frank Bücker

Fasten für die »Klimarettung«

Die zwischen Aschermittwoch und Ostersonntag von frommen Christen praktizierte Fastenzeit wird von der evangelischen und katholischen Kirche in Berlin unter dem Motto „Fasten für das Klima“ politisiert. Eigentlich fasten die Gläubigen, um an den Leidensweg Christi zu erinnern. Der zeitweilige Verzicht auf Nahrungsaufnahme soll der Besinnung, der inneren Einkehr und dem Gebet dienen. Nun soll die Fastenzeit der „Klimarettung“ dienen. Dazu gibt die Kirche eine Broschüre unter dem Titel „So viel du brauchst“ heraus. Die Broschüre könnte laut Kritikern ebenso gut von den Grünen oder Greenpeace publiziert worden sein. Ein Blick in den dort vorgegebenen Wochenplan scheint die Kritik zu bestätigen, wo dem Leser nahegelegt wird: „Ich wasche meine Hände unter kaltem Wasser“, „Ich rühre den Kuchenteig von Hand“, „Ich prüfe den Wechsel zu einem Ökostromversorger“ oder „Ich probiere ein veganes Rezept aus“.

F.B.

MELDUNGEN

Opel bald wieder in Russland

Kaluga – In diesem Jahr soll der deutsche Autohersteller Opel auf den russischen Markt zurückkehren. Das gab der Konzern PSA Peugeot-Citroen bekannt, der die Marke 2017 erwarb. Als Grund für die Russland-Rückkehr von Opel wurde der deutliche Verkaufseinbruch der Marken Peugeot und Citroen genannt. 2018 wurden 5000 Pkws beider Marken weniger verkauft, womit die Vertriebszahlen unter dem Niveau des Jahres 2002 lagen. Allerdings wird in der Region Kaluga nur eine eingeschränkte Modellreihe produziert. Zunächst werden Opel Zafira life, Vivaro sowie die Geländewagen Crossland X und Grandland X auf den russischen Markt kommen. *MRK*

EU-Unterstützung für Taiwan

Taipeh – Eine Delegation der Taiwan Freundschaftsgruppe im EU-Parlament unter Führung des deutschen Abgeordneten Werner Langen (CDU) hat der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen eine von 155 EU-Parlamentsabgeordneten unterzeichnete Erklärung „zur Unterstützung des Landes auf der internationalen Bühne und für Frieden und Stabilität auf beiden Seiten der Taiwan-Straße“ überreicht. Tsai bezeichnete die Erklärung als einen starken Ausdruck des Vertrauens in das Land und die Verteidigung von Freiheit und Demokratie seitens der Regierung. Die EU und Taiwan seien „gleichgesinnte Partner“ und würden weiterhin „in Bereichen gegenseitigen Interesses“ zusammenarbeiten. Im vergangenen Monat hatten sich bereits 20 EU-Abgeordnete im Parlament für eine Unterstützung Taiwans angesichts der Aggression Chinas ausgesprochen. Sie riefen die EU dazu auf, konkrete Maßnahmen zur Verteidigung des Rechts der Selbstbestimmung der 23 Millionen Taiwaner einzuleiten. *J.H.*

Moldau schlittert in die Krise

Parlamentswahl brachte keinen Sieger hervor – Bürger laufen vor Korruption und Armut davon

Am 24. Februar fanden in der Republik Moldau Parlamentwahlen statt, aus der keine der angetretenen Parteien als eindeutiger Sieger hervorgegangen ist. Die bisherige Doppelregierung, bestehend aus einem prowestlichen Regierungschef und einem russlandfreundlichen Präsidenten, bleibt bestehen, wenn nicht, wie befürchtet, Unruhen das Land in die Krise stürzen werden.

Protestaktion in Chisinau: Die Schuhe stehen für Menschen, die ihr Land wegen der allgegenwärtigen Korruption und Armut in Richtung EU verlassen haben Bild: pa

Bei der Parlamentswahl in Moldau, das an der südöstlichen Grenze der EU liegt und als ärmstes Land Europas gilt, konnte am letzten Sonntag im Februar die prorussische „Partei der Sozialisten der Republik Moldau“ (PSRM) mit 31 Prozent zwar die meisten Stimmen auf sich vereinen, sie unterlagen aber insgesamt den EU-freundlichen Parteien. Das prorumänische Oppositionsbündnis ACUM erhielt 26 Prozent und die regierende „Demokratischen Partei Moldaus“ (PDM) landete mit 24 Prozent auf dem dritten Platz. Die Wahlbeteiligung lag lediglich bei 50 Prozent.

3,27 Millionen Wähler waren zur Wahl aufgerufen. Zugelassen waren 14 Parteien sowie ein Bündnis aus 46 Parteien, doch es sollte ein Dreikampf zwischen der PSRM von Präsident Igor Dodon, der regierenden PDM und dem Bündnis ACUM werden. Ministerpräsident Pavel Filip (PDM) hat bisher eine zwischen Moskau und Brüssel lavierende Politik verfolgt.

Da die gegenwärtige Politik von Korruption durchzogen ist – dem Oligarchen und Vorsitzenden der PDM, Wladimir Plahotnjuk, wird außerdem nachgesagt, sich nur nach außen prowestlich zu geben und in Wirklichkeit russlandfreundlich zu agieren –, galt die Parlamentswahl in Moldau als richtungsweisend. An der Patt-Situation dürfte sich allerdings nichts ändern: Weder die prowestliche Regierung noch der prorussische Präsident Dodon zeigen Ambitionen, Reformen durchzuführen.

Erstmals hatten sich 35 000 Wähler mit moldauischem Pass aus Transnistrien an der Wahl beteiligt. In vielen Kreisen stimmten sie für die regierende PDM. Ihnen gefällt, dass sie mit ihren moldauischen Pässen in die EU reisen können, und dass in jüngster Zeit ein Telefonnetz zwischen Moldau und Transnistrien aufgebaut wurde. Auch die Anerkennung von Universitätsdiplomen erleichtert die Mobilität der Transnistrier. Die Wähler wurden mit Bussen eines transnistrischen Unternehmers zu den Wahllokalen gefahren, der beste Verbindungen zu Plahotnjuk unterhalten soll.

In dem dünnen Landstrich des Separatistengebiets östlich des Dnister, das seit Beginn des Konflikts vor fast drei Jahrzehnten von Russland unterstützt wurde, hat sich die Lage verschlechtert, seit der Rubel aus Moskau nicht mehr so großzügig rollt. In Transnistrien scheint die Sowjetzeit stehen geblieben zu sein. Alles erinnert an sie: die Gebäude, die Politik, die Mangelwirtschaft. Zwischen 1200 und 1400 Soldaten der russischen Streitkräfte sind in Transnistrien stationiert.

Die Menschen beiderseits des Dnisters lockt ein besseres Leben und die Reisefreiheit innerhalb der EU. Die Stimmung ist aufgeheizt. Tage vor der Parlamentswahl gab es Demonstrationen gegen die Korruption. Deutlicher als bei der Protestaktion in Chisinau (siehe Foto) kann man die Misere Moldaus kaum ausdrücken: Die Schuhe stehen jeweils für einen Menschen, der das Land verlassen hat, um in der EU oder in Russland sein Glück zu machen. Rund eine Million Menschen haben das Land bereits aus wirtschaftlicher Not verlassen.

> Russland befürchtet eine weitere Farbrevolution

Der Wahlausgang spiegelt die Zerrissenheit Moldaus im Spannungsgefüge zwischen Ost und West wider. Dodon sagte, dass er mit einer Destabilisierung rechne, wenn sich keine regierungsfähige Koalition bilden könne. Vor der Wahl hatten die Parteien Koalitionen mit den Konkurrenzparteien kategorisch ausgeschlossen. Der Chef des russischen Sicherheitsrats Nikolaj Petruschew hält eine Wiederholung des ukrainischen Majdan in Moldau für möglich. Weder die USA noch die EU würden verhehlen, dass sie in Moldau Anhänger einer euroatlantischen Integration an der Macht sehen wollten.

Russland befürchtet, dass der Westen in Moldau eine Farbrevolution wie einst in Georgien und der Ukraine vorbereiten könnte. In der Entsendung Derek J. Hogans als neuen US-Botschafter in Chisinau, einem angeblich ehemaligen Geheimdienstler, sieht Moskau Grund zur Beunruhigung. In Transnistrien sei es zu einer Provokation durch amerikanische Aufklärungsflugzeuge gekommen, die 15 Kilometer von Tiraspol entfernt über einem russischen Munitionslager gesichtet worden waren.

Für die Befürchtung von Unruhen spricht auch die Tatsache, dass die US-Botschaft in Chisinau ihre im Land befindlichen Landsleute vor der Parlamentswahl entsprechend warnte. In Brüssel hatte man Sorge, dass mit dem Sieg einer prorussischen Regierung das labile Machtgefüge am Südostrand der EU gestört werde.

Nun droht Moldau in eine neue langanhaltende politische Krise zu schlittern, da die Regierungsbildung in der Luft hängt und russlandfreundliche sowie prowestliche Kräfte weiter an dem Land zerren werden. Nach Einschätzung des Osteuropa-Experten Alexander Rahr wird Moldau sich jedoch kaum zu einer zweiten Ukraine entwickeln, da das Land für Brüssel zu unwichtig sei. Jedoch hätten die USA ein Interesse daran, Moldau nicht dem Einflussbereich Russlands zu überlassen.

Russland wird indes kaum bereit sein, seinen Einfluss in der Region aufzugeben. Dazu kommt, dass das einstige sowjetische Bruderland für die Republik Moldau immer noch ein riesiger Absatzmarkt für Agrarprodukte ist.

Moldau wird seinerseits nicht bereit sein, den Druck auf das abtrünnige Transnistrien zu erhöhen, da Chisinau Elektrizität aus Transnistrien bezieht. Kritiker vermuten, dass es einen Handel zwischen dem moldauischem Oligarchen Plahotnjuk und Viktor Guschan, dem einflussreichsten Geschäftsmann Transnistriens, gibt.

Vor der Wahl wussten 50 Prozent der Moldauer noch nicht, wem sie ihre Stimme geben sollten. „Unsere Politiker sind ja eh alle korrupt“, hieß es. Daran wird sich auch nach der Wahl vermutlich nicht viel ändern.

Manuela Rosenthal-Kappi

Trendwende in Spanien

Madrid verschärft vor Parlamentswahlen seine Immigrationspolitik

Spanien hatte mit den Regierungswechseln in Rom und Madrid Italien als das Einfallstor für die Masseneinwanderung aus Afrika nach Europa abgelöst. Korrespondierend damit, wurde Libyen von Marokko als das Sprungbrett auf afrikanischer Seite abgelöst. Im Jahre 2018 waren 57 000 Immigranten an südspanischen Küsten registriert worden – nahezu dreimal so viel wie im Vorjahr. 2019 scheint sich der Immigrationsdruck auf Spanien zu verdoppeln. Jetzt sollen Verträge mit Marokko, das zum wichtigsten Transitland in Nordafrika geworden ist, den Massenzustrom eindämmen.

Als Vorbild dient offenbar das EU-Abkommen mit Libyen, dessen Küstenwacht bereits für Europa den Gendarmen spielt, wodurch sich die Zahl der Immigrantenankünfte in Italien fast auf Null verringerte. Die Europäische Union will jetzt auch Marokkos Grenzschutz aufrüsten, damit die Marokkaner die Boote noch in der Nähe der nordafrikanischen Atlantik- und Mittelmeerküste abfangen können. Dazu hat die EU 2018 bereits 140 Millionen Euro für Rabat bereitgestellt, um den Aufbau des marokkanischen Grenzschutzes zu fördern.

Zur Verschärfung der spanischen Immigrationspolitik gehört, dass es einladende Gesten wie im Jahre 2018 nicht mehr geben soll, als mehrere von Italien und Malta abgelehnte Schlepperschiffe wie die „Aquarius“ mit Hunderten aufgenommenen Menschen an Bord nach tagelangen Irrfahrten im Mittelmeer einen spanischen Hafen anlaufen. Spaniens konservative Opposition warf Regierungschef Pedro Sánchez vor, mit solchen Gesten für einen Sogeffekt zu sorgen.

Die steigende Zahl von Bootsankünften sorgte in den letzten Monaten in Spanien für einen spürbaren Stimmungswechsel in der Bevölkerung, die sich noch sehr gut an die Massenanlandungen von Immigranten auf den Kanarischen Inseln vor einem Jahrzehnt erinnert, bis diese durch ein Abkommen mit dem Senegal gestoppt wurden. Rufe nach einer Abschottung werden lauter, die immigrationskritische Partei Vox (Stimme) wird laut Umfragen immer stärker. Die allgemeine Stimmung tendiert in Spanien zunehmend nach rechts, wie bei den Regionalwahlen in Andalusien im Dezember deutlich wurde. Dort errang Vox zwölf Sitze und konnte so nach 32 Jahren die Sozialisten erstmals von der Macht verdrängen. Auch in Madrid könnte Ministerpräsident Pedro Sánchez die Macht verlieren, selbst wenn seine Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) ihren Stimmenanteil halten kann. Der Koalitionspartner „Podemos“ (Wir können) wird Umfragen zufolge fast ein Drittel seiner Mandate verlieren. Ende April kämpft die Regierung von Sanchez in der Parlamentsneuwahl um ihr Überleben.

> Angst vor Abwahl durch immer mehr Immigrationskritiker

Der wachsende innenpolitische Druck führt nun dazu, dass die Regierung die Zügel in der Asylpolitik erstmals anzieht. Angesichts der wachsenden innenpolitischen Spannungen legte die Regierung sogar erstmals zwei Schlepperschiffe von Nichtregierungsorganisationen, darunter die durch mehrere spektakuläre Aktionen bekannte „Open Arms“, an die Kette. Vor einigen Monaten hatte sie noch Italien für ein solches Verhalten aufs Heftigste kritisiert. Die Schiffe dürfen vorerst keine weiteren Schleppereinsätze im Mittelmeer mehr fahren, hieß es von den zuständigen Behörden, „wegen Sicherheitsgründen“. *Bodo Bost*

Für Brüssel und London

Die Gibraltesen wollen zur EU und zu Großbritannien gehören

In das Abkommen über den Brexit, auf das sich die britische Premierministerin Theresa May mit den Staats- und Regierungschefs der anderen 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union am 25. November 2018 einigte, ist Gibraltar nicht mit einbezog. Spanien hatte im Falle einer Verweigerung bilateraler Gespräche mit einer Ablehnung der Übereinkunft gedroht. Nachdem diese im britischen Parlament Mitte Januar keine Mehrheit gefunden hatte, setzte die EU Anfang Februar bei den Verhandlungen über eine beiderseitige Visa- und Gebührenbefreiung im Falle eines harten Brexits am 29. März noch eins drauf. Man erklärte Gibraltar kurzerhand zur „Kolonie“ und berief sich dabei einfach auf 50 Jahre alte Resolutionen der Vereinten Nationen. Downing Street fand den Begriff erwartungsgemäß völlig inakzeptabel und Gibraltars Regierungschef von der Labour Party, Fabian Picardo Picardo, sprach von einem Anachronismus.

Der Brite indischer Abstammung Claude Moraes, seit 2014 Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europaparlaments, blockierte daraufhin mit seinem Veto gegen die Verwendung des umstrittenen Begriffes den gesamten Prozess, da alle drei EU-Institutionen, Parlament, Rat und Kommission, einstimmig handeln müssen. May wird versuchen, am 12. März doch noch die nötige parlamentarische Zustimmung zu erhalten, bevor am 21./22. März in Brüssel ein letztes Mal vor dem Brexit auch über die ungewisse Zukunft Gibraltars gestritten wird.

Dank seiner strategischen Lage war Gibraltar von 711 bis 1462 der erste arabischer Stützpunkt in Europa. Erst 1462 im Zuge der Reconquista befreit, kam es nach neunjähriger Besetzung 1713 durch den Frieden von Utrecht auch offiziell zu England. Als die 1966 auf Druck der UN im Zuge der Dekolonisierung begonnenen spanisch-englischen Rückgabegespräche ergebnislos verliefen, das Referendum von 1967 eine fast 100-prozentige Zustimmung für einen Verbleib ergab und 1969 Gibraltar zum britischen Überseegebiet erklärt wurde, riegelte Spanien bis 1982 die Grenze hermetisch ab. Nachdem das Vereinigte Königreich 1973 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten war, stieg das Pro-Kopf-Einkommen der nur knapp 30 000 Bewohner des lediglich 8,5 Quadratkilometer große Territoriums Gibraltars bis 2014 auf beachtliche 60 000 US-Dollar. Gibraltar wurde zu einem maritimen Dienstleister, extraterritorialen Bankensitz, und internationalem Konferenzzentrum sowie zu einer Steueroase, aber auch zum Umschlagplatz für Drogen und nicht verzollte Genussmittel. Im Juni 2016 stimmte man dementsprechend bei 84 Prozent Wahlbeteiligung mit 96 Prozent für den Verbleib in der EU, deren Zollterritorium man nie beigetreten war.

> Die Gibraltesen fahren gut mit dem Status quo

Picardo, der sich wie alle 17 Parlamentsmitglieder gegen den Brexit ausgesprochen hatte, machte aber in seiner diesjährigen Neujahrsansprache unmissverständlich klar, dass das damalige eindeutige Ergebnis für die EU in keiner Weise als Kompromissbereitschaft bezüglich der Souveränität zu betrachten sei. So gab man anlässlich des Austritts erstmals eine eigene Gedenkmünze heraus, und der britische Minister für internationalen Handel Liam Fox bekräftigte bei einem seiner seltenen Besuche vor Ort in Gesprächen über zukünftige wirtschaftliche Möglichkeiten die beiderseitigen Bande. *Markus Matthes*

Altmaier im Fahrwasser von Paris

Frankreichs und Deutschlands Wirtschaftsminister einigten sich auf ein »Manifest« im Geiste des Etatismus

Unter Bundesminister Peter Altmaier (CDU) vollzieht sich gerade ein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Berlin übernimmt dabei in zügigem Tempo Positionen, die bislang vor allem aus Paris zu hören waren.

Ablesbar ist die Entwicklung an einem gemeinsamen Auftritt von Peter Altmaier und seinem französischen Amtskollegen Bruno Le Maire im Februar in Berlin. Beide Minister präsentierten dabei ein „Manifest“ zur Industriepolitik. Das Papier enthält unter anderem die altbekannte französische Forderung, europäische „Champions“ zu schaffen. Im Bundeskabinett gibt es wohl kaum einen Minister, der aus französischer Sicht die wirtschaftspolitische Annäherung zwischen Paris und Berlin so glaubwürdig verkörpern kann, wie der ehemalige EU-Beamte Peter Altmaier. Der Saarländer spricht fließend Französisch, ihm eilt sogar der Ruf voraus, ein „Frankreich-Versteher“ zu sein.

Bereits im letzten Dezember hatte sich Altmaier bei einem Paris-Besuch mit Le Maire über eine europäische Zusammenarbeit im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) unterhalten. Für Ende März ist bereits ein gemeinsamer Vorstoß zur Änderung der EU-Wettbewerbsregeln angekündigt. Anlass ist ein Veto der EU-Kommission gegen die geplante Fusion der Eisenbahnsparten von Siemens und Alstom. Treibende Kraft hinter dem Verbot war die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Sie befürchtet, der geplante „Airbus der Schiene“ würde auf einigen Marktsegmenten auf Anteile von bis zu 90 Prozent kommen.

Setzen sich Berlin und Paris durch, dann könnten solche Mega-Fusionen künftig mit einer Ausnahmeregelung vom EU-Rat durchgewinkt werden. Auf der Strecke bleiben könnte dabei nicht nur der Wettbewerb. Denn aus deutscher Sicht sind die Erfahrungen mit Gemeinschaftsunternehmen mit französischen Partnern eher durchwachsen.

Eine positive Ausnahme scheint die Entwicklung bei dem Autobauer Opel darzustellen, der 2017 vom französischen Konzern PSA übernommen wurde. Erstmals seit fast 20 Jahren hat Opel im vergangenen Jahr wieder einen Gewinn erzielt. Der Sanierungskurs bei Opel ist zwar mit dem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden, Werksschließungen sind allerdings ausgeblieben.

Deutlich negativer verlief die Entwicklung nach der Fusion von Hoechst mit seinem Rivalen Rhône-Poulenc im Jahr 1999. Der einstige deutsche Pharmariese ist heute nicht viel mehr als ein Tochterunternehmen des französischen Konzerns Sanofi-Synthelabo.

Auf der anderen Seite hat sich Paris oft schwergetan, wenn deutsche Firmen in Frankreich zum Zuge kommen wollten. Als etwa Siemens im Jahr 2004 Teile des angeschlagenen Alstom-Konzerns übernehmen wollte, stellte sich am Ende der damalige Wirtschafts- und Finanzminister Nicolas Sarkozy quer. Eine weitere Abfuhr holte sich Siemens im Jahr 2015, als der Münchner Technologiekonzern die Energiesparte von Alstom übernehmen wollte. Die Franzosen entschieden sich für General Electric (GE), den größten Konkurrenten von Siemens.

Offenbar machen nicht nur deutsche Unternehmen solche Erfahrungen. Aktuell sorgt ein Machtkampf im Luftfahrtkonzern Air France/KLM für schlechte Stimmung zwischen Paris und Den Haag. Die niederländische Regierung hat sich vor Kurzem überraschend einen Anteil von 14 Prozent an dem Konzern gesichert, der im Jahr 2004 aus Air France und der niederländischen Fluggesellschaft KLM entstanden ist. Unter dem Dach einer Holding ist KLM zwar der kleinere Partner, allerdings haben die Niederländer im letzten Jahr einen viermal höheren operativen Gewinn eingeflogen als die größere Air France. Trotz solcher Erfolge ist bei KLM der Eindruck entstanden, zunehmend untergebuttert zu werden. Die Regierung in Den Haag hat inzwischen angekündigt, einen gleich hohen Anteil wie der französische Staat anzustreben.

Tatsächlich könnten die Pläne für neue europäische „Champions“ zur Folge haben, dass der Staatseinfluss auf die europäische Wirtschaft wächst. Wie beim Machtpoker bei Air France/KLM könnten Regierungen den Schluss ziehen, dass einem französischen Dominanzstreben bei Gemeinschaftsprojekten am besten durch eine eigene staatliche Beteiligung Paroli geboten werden kann.

Die gleiche Wirkung könnte die anhaltende Verquickung von Staat und Großunternehmen in China haben. Bundeskanzlerin Merkel hat vor Vertretern der deutschen Industrie unlängst für ein sehr enges Zusammenrücken von Staat und Wirtschaft plädiert. Merkel sagte, mit der bisherigen Arbeitsteilung, nach der die Politik nur die Leitplanken für den Wettbewerb setze, komme man angesichts der Systemunterschiede zu China nicht mehr weiter.

Norman Hanert

Der Franzose und der „Frankreich-Versteher“: Frankreichs Minister für Wirtschaft und Finanzen, Bruno Le Maire, und der deutsche Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, während ihres Treffens vergangenen Monat in Berlin

Bild: Imago

MELDUNGEN

Kfz wichtigstes Exportgut

Berlin – Im Jahr 2018 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Kraftwagen und Kraftwagenteile im Wert von 229,7 Milliarden Euro aus Deutschland exportiert. Damit sind Kraftfahrzeuge das wichtigste Exportgut. Dabei lag der Exportüberschuss in diesem Bereich bei 112,7 Milliarden Euro. Größter Abnehmer von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen waren die Vereinigten Staaten von Amerika mit einem Exportwert von 27,2 Milliarden Euro. Von dort importiert wurden Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile im Wert von 5,2 Milliarden Euro. Das ergibt einen Exportüberschuss in Höhe von 22,0 Milliarden Euro. *J.H.*

Handel warnt vor Verödung

Berlin – Onlinekonkurrenz und Bevölkerungsschwund machen dem Einzelhandel in Stadtzentren zu schaffen. Früher attraktive und vitale Zentren verzeichnen immer mehr Leerstände. Der Handelsverband Deutschland schätzt, dass seit 2012 11 000 Geschäfte aufgegeben haben. Die Verödung zahlreicher Einkaufsstraßen könnte sich noch beschleunigen. Besonders bedroht seien Mittelstädte im Umkreis von Großstädten. Infolge des großen Onlineangebots stiegen die Ansprüche der Kunden hinsichtlich Warenauswahl und -verfügbarkeit. *D.J.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.928.294.434.940 €
Vorwoche: 1.928.352.003.086 €

Verschuldung pro Kopf:
23.262 €
Vorwoche: 23.263 €

(Dienstag, 5. März 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.preussische-allgemeine.de.**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:

BIC:

Datum, Unterschrift:

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft.
Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Prämie: 40 Euro
Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preußische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Ermunterung zum Regelverstoß

Von Alexander Heumann und Hendrik Schnelle

Seit Wochen finden im In- und Ausland – nach Vorbild der schwedischen Schülerin Greta Thunberg – freitags politische Schüler-Demonstrationen gegen den „Klimawandel“ statt. Obwohl die Schüler massenhaft und wiederholt unentschuldigt dem Unterricht fernbleiben, war die bisher übliche Reaktion: „Eigentlich gibt es dafür einen Tadel, aber hier sehen wir mal davon ab“, was der „Tagesspiegel“ – wohl zu Recht – als „Aufmunterung zum Weitermachen“ interpretiert.

Auch der Kieler Landtag gibt grünes Licht: „Regeln sind dazu da, auch mal gebrochen zu werden. Unter diesem Motto hat die Kieler Jamaika-Koalition ... den wöchentlichen Klima-Demonstrationen schleswig-holsteinischer Schüler und dem damit verbundenen Schulschwänzen ihren Segen gegeben.“ Man „begrüßt“ die Demonstrationen als „gelebte politische Beteiligung“. Nur am Rande sei bemerkt, dass die Schüler der Demonstration fernblieben, als diese am 16. Februar, also sonnabends und damit außerhalb der Schulzeit stattfand. Schulrechtliche Konsequenzen wurden zwar nicht ausgeschlossen, müssten „aber verhältnismäßig“ sein. Die „Welt“ interpretiert: „Es wird bei erhobenem Zeigefinger bleiben – möglicherweise mit Augenzwinkern.“

SPD-Abgeordnete betonen sogar ein „Recht“ der Schüler zum Schwänzen, um an den Demonstrationen teilzunehmen. Noch deutlicher wurde laut „Kieler Nachrichten“ die Grünen-Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben: „Wenn es sein muss, werden Regeln auch gebrochen.“ Denn nur so könne die Welt verändert werden. Ähnlich der hessische Kultusminister Alexander Lorz (CDU): „Das Spiel mit dem Regelbruch gehört zum Erwachsenwerden“; er sei daher „nicht gleich für Sanktionen“, so „op-online“.

> Aber Moschee-Schwänzer werden bestraft

Mit Urteil des Amtsgerichts Meldorf wurde dagegen ein Elternpaar wegen „vorsätzlicher Verhinderung des Schulbesuchs“ nach Paragraf 144, 26 Schulgesetz Schleswig-Holstein (Ordnungswidrigkeit) zu Geldbußen verurteilt, weil sie ihren 13-jährigen Sohn ein einziges Mal, nämlich am Tage, an dem dessen Erdkunde-Klasse eine Moschee besuchte, aus weltanschaulichen Gründen zu Hause behielten. Sie wollten nicht, dass der Sohn von einem „Moschee-Vertreter“ im islamischen Glauben unterwiesen wird. Ihr Antrag auf Unterrichtsbefreiung „aus wichtigem Grund“ (Paragraf 15 Schulgesetz) wurde von der Schulleiterin abgelehnt. Diese verständigte stattdessen das Landratsamt, das gegen beide Eltern Bußgeldbescheide über je 150 Euro zuzüglich Gebühren verhängte – vom Amtsgericht erstinstanzlich dem Grunde nach bestätigt, allerdings noch nicht rechtskräftig. Der Vorgang erregte national und international große mediale Aufmerksamkeit.

Merkwürdig, was sich jetzt offenbart: Anlässlich der FridayforFuture-Demos zieht niemand Bußgelder auch nur in Erwägung. Und dasselbe Gymnasium, das Bußgelder fürs Moschee-Schwänzen für richtig hielt, will allgemeines Fernbleiben zur Teilnahme an Klima-Demonstrationen zumindest „einmalig dulden“, so der (neue) Schulleiter.

Nach alledem ist das aberwitzige Gerichtsurteil gegen die Eltern des Moscheeschwänzers aufzuheben. Das Ansehen des Rechtsstaats würde ansonsten schwer geschädigt. Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes lautet: „Niemand darf wegen ... seiner ... religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Im krassen Gegensatz dazu die Wirklichkeit: Wer im Rahmen des „Erdkundeunterrichts“ einmalig einer Moschee fernbleibt, weil er sich nicht islamisieren lassen will, wird sofort mit Geldbuße bestraft, während Schülern, die wiederholt aus politisch genehmen Gründen fernbleiben, allseits applaudiert wird. Wird nun auch das Schulrecht willkürlich nach übergesetzlichen Grundsätzen politischer Korrektheit ausgelegt? Damit würde die vom Bundesinnenminister und namhaften Staatsrechtlern schon bei der Asylpolitik festgestellte Herrschaft des Unrechts auch im Schulwesen einkehren. Von weltanschaulicher „Neutralität“ des Staates und Unparteilichkeit bliebe nichts übrig.

Die Autoren sind Rechtsanwälte und verteidigen die Eltern des Moschee-Boykottieres.

Wäre das gerecht?

Von Manuel Ruoff

Seit der Erfindung der Atombombe gibt es machtpolitisch zwei Ligen: die der Staaten mit und die der ohne Kernwaffen. Kein Großmachtstatus ohne Nuklearwaffen. Frankreich und Großbritannien haben Atomwaffen, Deutschland nicht. Wir müssen uns damit trösten, dass wir wenigstens das Geld für Kernwaffen sparen.

Doch nun hat sich Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) zu Wort gemeldet. Moralinsauer erklärte er gegenüber dem Deutschlandfunk: „Die Engländer, die Franzosen, die geben ein Drittel alleine aus für den nuklearen Bereich, und deswegen ist es eigentlich kristallklar, dass ein gerechter deutscher Beitrag zur europäischen Verteidigung darin bestehen muss, dass wir die stärksten konventionellen Kräfte stellen müssen.“ Wir sollen also Briten und Franzosen bei der Finanzierung ihres Großmachtstatus entlasten.

Rühes Forderung hat jedoch nicht nur einen finanziellen Aspekt. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es noch keinen Atomkrieg gegeben. Die nukleare Abschreckung hat funktioniert. Konventionelle Kriege hat es dagegen viele gegeben, nicht zuletzt unter Beteiligung Frankreichs und Großbritanniens. Sollte der Forderung Rühes nach einer solchen Lasten- und Arbeitsteilung entsprochen werden, würden beim nächsten konventionellen Krieg dieser alten Kolonialmächte Typen wie er – nicht einmal ohne innere Logik – fordern, dass wir uns aufgrund unserer stärksten Ressourcen im konventionellen Bereich an diesen Kriegen auch am stärksten beteiligen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Pflichtbesuch: Weigert sich ein Schulkind, sich in einer Moschee im islamischen Glauben unterweisen zu lassen, bekommen die Eltern eine Strafe

Bild: Ullstein

Gegenwind

Was übrig bleibt, ist die EU

Von FLORIAN STUMFALL

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Politischen Korrektheit gehört das Verbot der Diskriminierung. Eine solche feinsinnige Rücksichtnahme gilt, was den religiösen Aspekt betrifft, tatsächlich im Wesentlichen dem Islam. Zur Erinnerung: Vor einigen Jahren gelang es seinen Anhängern wegen zwei, drei Karikaturen des Propheten Mohammed die halbe Welt in Aufruhr zu versetzen. Wenn in Deutschland ein bösartiger Atheist einen Frosch ans Kreuz nagelt, mit allen implizierten Gedankenverbindungen, die geeignet sind, das Christentum zu schmähen, so fällt das unter den Kunstvorbehalt.

Die Rechtslage leistet einer derartig unterschiedlichen Behandlung vergleichbarer Sachverhalte Vorschub. Der Artikel 166 des Strafgesetzbuches (StGB) lautet: „Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (Paragraf 11 Absatz 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Diese Formulierung stellt den öffentlichen Frieden unter Schutz, nicht das religiöse Bekenntnis. Wer sich in seinem Glauben beleidigt sieht und sich dagegen den Staat als Helfer holen will, der muss den öffentlichen Frieden stören. Wer randaliert, der bekommt Recht, wer demütig und stillschweigend einsteckt, der hat sich seines Rechts begeben. Dass es aber nicht Art der Jünger des Propheten ist, stillschweigend und demütig einzustekken, hat sich oft genug gezeigt.

Die landesübliche Rechtsprechung gewährt den Mohammedanern sogar, wo es ihnen notwendig erscheint, Schutz vor Tatsachenbehauptungen. So bewegt sich, wer darauf aufmerksam macht, dass Mohammed eine Sechsjährige geheiratet und nach drei Jahren die Ehe vollzogen hat, bereits in Gefahr, straffällig zu werden, je nach dem Kontext, in dem die Aussage getroffen wird. Ein Rechtsschutz für den christlichen Glauben in einer vergleichbaren Sache ist bislang noch nicht ergangen.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Im Jahre 2010 stellte die Staatsanwaltschaft Koblenz – um nur ein einziges Beispiel anzuführen und dabei zu zeigen, dass die Entwicklung schon länger anhält – ein Verfahren wegen Beschimpfung eines Bekenntnisses ein. Es war gegen die Mohammedaner Süleyman S. und Burak U. eröffnet worden, weil sie Andersgläubige als „Scheiß-Christen“ bezeichnet hatten. Die Staatsanwaltschaft Koblenz allerdings konnte darin keine Beleidigung erkennen. Im umgekehrten Fall, soviel muss man unterstellen, wäre es zu einem öffentlichen politischen Skandal mit tosender Unterstützung vor allem der Boulevardpresse gekommen.

Wenn aber Vergleichbares ungleich behandelt wird, so ist das nicht nur ein Verstoß gegen die Gerechtigkeit, sondern bedeutet auch die Herabsetzung eines der beiden. Diesem Schritt folgt nach aller Erfahrung eine sich mehr und mehr steigernde Aggression. Tatsächlich nehmen in Deutschland die Fälle gewaltsamer Übergriffe auf Christen laufend zu.

Das Bundeskriminalamt hat die einschlägigen Zahlen für das Jahr 2017 veröffentlicht (siehe Seite 3). In dem Bericht ist die Rede von fast 100 Angriffen auf Christen. Die schwerwiegendsten Taten sind ein Mord, neun Körperverletzungen und ein Fall von Brandstiftung. Ferner wird, wie in solchen Fällen üblich, von einer großen Dunkelziffer gesprochen, wie immer man die abschätzen mag, solange die Ziffer wirklich dunkel ist. Immerhin dürften ungezählte christliche Immigranten darunterfallen, die in Asylantenheimen neben moslemischen Insassen leben. Von hier aus breitet sich, sozusagen unauffällig, die Gewalt gegen Christen in Deutschland aus.

Daran, dass in vielen überseeischen Ländern die Christenverfolgung zum Alltag gehört, scheint man sich in Europa längst gewöhnt zu haben. Der geschäftsführende Vorstandsvorsitzende von „Open Doors“ in Deutschland, einer Missionsgesellschaft, die sich der verfolgten Christen in der ganzen Welt annimmt, sagt: „Die gegenwärtige Situation der verfolgten Christen und anderer Minderheiten ist katastrophal und alarmierend. Die Religionsfreiheit wird massiv unterdrückt. Wenn Millionen Betroffene keine Chance haben, selbst auf ihre Situation aufmerksam zu machen, dann müssen Politiker und wir Christen deutlich mehr tun als bisher.“

Tun Politiker aber nicht. Die Frage nach dem Befinden von Christen in anderen Ländern spielt bei den Beziehungen zu diesen keinerlei Rolle.

Bedenkt man an dieser Stelle noch einmal die Sonderrechte, die der Islam in Deutschland erfolgreich beansprucht, so ist die Liste der Länder, die an der Spitze der internationalen Christenverfolgung stehen, ausgesprochen aufschlussreich. Nach einer Rangliste von „Open Doors“ sind die ersten zehn Positionen der Länder mit der größten Verfolgung so besetzt: Nordkorea, Afghanistan, Somalia, Libyen, Pakistan, Sudan, Eritrea, Jemen, Iran und Indien. Von der Nummer eins und der Nummer zehn abgesehen, handelt es sich durchweg um mohammedanische Länder. Selbst in China ist die Lage der Christen messbar günstiger, das Riesenreich kommt erst auf dem Rang 27.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Der Islam also, der sich bei der Verfolgung von Christen augenfällig hervortut, ist es auf der anderen Seite, der sich in Deutschland und Europa oftmals anmaßend und gebieterisch gebärdet. Selbstverständlich kann dieses Verhalten nur dann ungehindert zum Ausdruck kommen, wenn es sich das umgebende Milieu gefallen lässt. Und das ist der Fall, wahrscheinlich nirgendwo mehr als in dem politisch korrekten, von der neu an sich selbst entdeckten Willkommenskultur berauschten und der eigenen Tradition entfremdeten Deutschland.

Dabei muss man zweierlei auseinanderhalten: Längst schon vor dem Sturm überwiegend mohammedanischer Zuwanderer nach Europa gab es hier Menschen, denen das Christentum völlig gleichgültig und sein Schicksal unbedeutend war, wenn sie nicht gar in bewusster Ablehnung dazu standen. Das ist nicht neu und eine Sache, die hinzunehmen ist. Keiner soll zu einer Überzeugung angehalten werden, der er nicht zustimmt.

Doch auch der leidenschaftlichste Freigeist, ist, ob er es will oder nicht, hierzulande geprägt von der christlichen Tradition Europas, seiner Geistesgeschichte und der ethischen Ausrichtung, auf der grundsätzlich auch die profane Gesetzgebung fußt. Sogar der Humanismus der Aufklärung, der sich ausdrücklich atheistisch verstanden hat, war eine Ableitung aus dem christlichen Erbe.

Wer also das Christentum in Europa billigend Verluste leiden lässt, tut nicht nur dem Glauben Schaden an – dem am allerwenigsten –, sondern gefährdet das kulturelle Erbe. Niemand aber soll sagen, dies könne in keines Menschen Absicht liegen.

Die Entwicklung, das heißt, die Erosion des christlichen Moments in Europa entspricht völlig dem rotgrünen kulturellen Selbsthass und der Ablehnung eines deutschen Volkes. Diesen rotgrünen kulturellen Selbsthass ließ auch die Kanzlerin erkennen, als sie sagte: „Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt.“ So wie das Christentum Europa geprägt hat, so trägt sein Niedergang zur Auflösung dieses Europa bei. Was übrig bleibt, ist die EU, die mit Europa leider herzlich wenig zu tun hat.

Faustischer Franzose

Frauenheld, Noten-Virtuose und Goethe-Verehrer – Zum 150. Todestag des Komponisten Hector Berlioz

Jeder Besucher klassischer Konzerte kennt die „Symphonie fantastique“. Das Werk des französischen Komponisten Hector Berlioz gehört zum Standardrepertoire vieler Orchester und hat durch die „Programmatik“ – eine Art sinfonische Handlung – und seine Leitmotivik Maßstäbe gesetzt. Vor 150 Jahren starb Berlioz, der ähnlich wie Wagner die Musikwelt revolutionierte.

Von allen französischen Komponisten gilt Berlioz als der Deutscheste. Er wurde wie Richard Wagner durch Franz Liszt gefördert, hielt sich mehrfach in Weimar auf und feierte hier Triumphe. Mehr noch. Berlioz leistete in diesem Zusammenhang mit Liszt einen maßgeblichen Beitrag zum zeitweiligen Aufschwung Weimars im „Silbernen Zeitalter“ zu einer bedeutenden Musikstadt Deutschlands, gehörte neben anderen bekannten Künstlern zum engsten Freundeskreis des Musikgenies auf der Altenburg und war auch Mitglied im bekannten „Neu-Weimar-Verein“.

Doch die Weimarer strömten nicht nur wegen der Musik von Berlioz massenhaft in den Konzertsaal, sondern auch wegen der durch die Zeitungen verbreiteten Frauengeschichten des Franzosen. Schon damals wurde der Promikult durch Berichte über vermeintliche Skandale angeheizt. Doch letztlich erlangte Berlioz durch seine unkonventionellen und zum Teil monumentalen Werke über seinen Tod vor 150 Jahren hinaus eine bis heute anhaltende Nachwirkung.

Berlioz wurde am 11. Dezember 1803 in La Côte-Saint-André im Südosten des Landes geboren. Sein Vater war ein angesehener Arzt, der seinem Sohn eine Ausbildung in Latein, Literatur, Geschichte, Anatomie und Musik gewährte. Für die Anfangsgründe in der Musik sorgten ein Onkel, ein Geiger des Lyoner Theaters und der örtliche Musiklehrer François-Xavier Dorant. Den Rest erschloss sich Berlioz als Autodidakt unter Berücksichtigung der Lehrbücher des Barockkomponisten und Musiktheoretikers Jean-Philippe Rameau.

Mit Folgen. Schon 1819 ließ Berlioz in Paris seine erste Komposition drucken. Doch seine Eltern schickten ihn erst einmal zum Medizinstudium nach Paris, wo er sich allerdings die Bibliothek des Konservatoriums, die Aufführungen der Oper erschloss und Partituren studierte.

Daraus entwickelte er eigene Kompositionen mit einem unkonventionellen Verhältnis zum musikalischen Satz. Das beeindruckte den Rektor des Konservatoriums, der ihn zur musikalischen Laufbahn ermutigte und auch die Eltern in diesem Sinne von der „musikalischen Genialität“ des Sohnes überzeugte.

Berlioz komponierte, hing die Medizin an den Nagel und nahm 1827 erstmals am renommierten Rompreis-Wettbewerb teil. Sein eigenständiger Weg zur Musik, sein viel freieres musikalisches Denken, seine unkonventionelle Satzauffassung und seine Orchestrierungskunst spalteten zunächst die Pariser Musikwelt.

Als Berlioz nach der „Faust“-Lektüre eine erste Vertonung seines Kolossalwerkes „Fausts Verdammnis“ nach Weimar schickte, reagierten auch Johann Wolfgang von Goethe und sein musikalischer Berater Carl Friedrich Zelter mit Verständnislosigkeit. Fast parallel erlebte Berlioz in Paris seine ersten Frauengeschichten und die Aufführungen Beethovenscher Sinfonien, die ihm in der Folge als Orientierung dienten.

1830 wurde zur kleinen Zäsur. Er gewann den Rompreis, hatte mit seiner „Symphonie fantastique“ einen größeren Konzerterfolg und verlobte sich mit Camille Moke, einer Konzertpianistin. Doch als er nach einer Beinahe-Katastrophe auf See endlich in Italien ankam, erfuhr er von der Auflösung seiner Verlobung durch die Pianistin, die sich inzwischen mit Camille Pleyel verbunden hatte. Der eifersüchtige Rompreisträger wollte den Nebenbuhler im Duell töten, kam nur bis Nizza, erkrankte schwer und geriet in eine Lebenskrise mit Selbstmordgedanken.

Berlioz, wie ihn ein zeitgenössischer Karikaturist sah Bild: Imago

Nach seiner Heimkehr 1832 und der erneuten erfolgreichen Aufführung seiner ersten „Symphonie“ mit einer italienischen Ergänzung heiratete er noch 1833 die englische Schauspielerin Harriet Smithson. Das war zunächst sein Trost. Er wurde Vater, verdiente sein Geld hauptsächlich als angesehener Musikkritiker und erhielt nach der enttäuschenden Pariser Premiere seiner ersten Oper „Benvenuto Cellini“ auf Fürsprache seines Gönners Luigi Cherubini eine Stelle als Konservator am Konservatorium, was ihm bis ans Lebensende ein regelmäßiges Einkommen sicherte. Dazu kam ein Geschenk von Niccolò Paganini, der ebenfalls an ihn glaubte und ihm 20 000 Francs überließ.

Berlioz hatte nun Zeit für Kompositionen und begann ab 1842 ausgedehnte Konzertreisen, die ihn nach Wien, Prag, London, Berlin und Russland führten und seinen Ruhm als Dirigent begründeten. Parallel warb Liszt von Weimar aus für Berlioz.

Nachdem schon in Johann Nepomuk Hummels letztem Weimarer Konzert ein Werk des Franzosen gespielt worden war, ermöglichte ihm Liszt am 25. Januar 1843 in der Klassikerstadt ein Konzert mit eigenen Werken. Das begründete eine Berlioz-Begeisterung in Weimar. Liszt führte in Weimar „Benvenuto Cellini“ auf, ermöglichte dann sogar eine Berlioz-Woche, in der der Franzose seine Werke dirigierte.

Der mit der Fürstin Caroline zu Sayn-Wittgenstein befreundete Künstler, der inzwischen nach seiner Scheidung und weiteren Affären mit der Sängerin Maria Recio verheiratet war, komponierte und dirigierte nun europaweit. Er hatte während der Pariser Weltausstellung drei spektakuläre

> Weimar war für Berlioz zur zweiten Heimat geworden

Massenkonzerte mit bis zu 1000 Musikern und Sängern, was ihn endgültig auch im eigenen Land auf die Erfolgswelle hob, und wurde 1856 ins „Institut de France“ gewählt. Das war wohl der Höhepunkt seiner Karriere.

Aber es mehrten sich Schicksalsschläge. Nach dem frühen Tod seiner letzten Ehefrau und dem Verlust seines Sohnes während einer französischen Mexiko-Expedition suchte er den Kontakt zu seiner Jugendliebe Estelle Dumont. Dann mehrten sich Krankheiten bis hin zu zwei Schlaganfällen in Nizza. Das war das Ende. Er starb am 8. März 1869 in Paris und fand auf dem Friedhof Montmartre seine letzte Ruhe.

Martin Stolzenau/tws

Adrette Gastarbeiter

Willkommenskultur der 50er Jahre – ZDF lässt die Italiener rein

Da stehen sie nun auf einem Rollfeld in Mailand, die stolzen italienischen Auto-Konstrukteure, und müssen sich ausgerechnet von einem deutschen Ingenieur erklären lassen, wie man ihre Isetta exporttauglich macht. Wobei: Der Deutsche spricht natürlich kein Wort Italienisch und lässt seine Vorschläge deshalb von einer bildhübschen Sekretärin übersetzen.

Schon diese Einstiegsszene aus den 50er Jahren belegt die Anziehungskraft beider Nationen: Hier die Ingenieurskunst, dort der Sinn für smartes Design. Hier teutonische Redlichkeit, auf der anderen Seite Charme und Eleganz. Kein Wunder, dass sich der BMW-Abgesandte Alexander und seine Dolmetscherin Giulietta unsterblich ineinander verlieben. Und logisch, dass der Drehbuchautor ihnen zahlreiche Hindernisse in den Weg legt, an denen sich eine turbulente Familiengeschichte über drei Generationen entfalten kann.

Der ZDF-Dreiteiler „Bella Germania“ nach dem Buch von Daniel Speck – Sendertermine sind am 10., 11., und 13. März, 20.15 Uhr. Dokumentation am 10. März, 21.45 Uhr – beleuchtet ein Kapitel deutscher Immigrationsgeschichte, das hinter dem aktuellen Flüchtlings-Ansturm fast verblasst ist. Italiener waren es, die in den 50er Jahren in das Wirtschaftswunderland kamen, um hier zu arbeiten. Die Gastarbeiter wurden gebraucht, aber nicht akzeptiert. „Itaker“, „Spaghettifresser“ wurden die Fremden genannt, nach ihrer Ankunft mussten sie körperliche Inspektionen über sich ergehen lassen.

Dieser Gesundheitstest fand vielfach in einem ehemaligen Bunker unter dem Gleis 11 des Münchener Hauptbahnhofs statt – dort wurde auch gedreht. Von solch realistischen Szenen abgesehen, greift Regisseur Gregor Schnitzler allerdings beherzt in die Klischeekiste. Wenn Italiener speisen, dann an rot-weiß eingedeckten Tischen, wenn sie sprechen, dann stets mit ausladenden Gesten. Giulietta erscheint zudem adrett wie aus einem Modekatalog entstiegen, genau wie später auch ihre Enkelin Julia, die es in München bis zur Modedesignerin bringt.

Bild: ZDF/Walter Wehner

Ingenieur Schlewitz (Christoph Letkowski) testet die Isetta

Gelegentlich verwirrend sind die Zeitsprünge sowie die Mehrfachbesetzung einzelner Figuren. Vicenzo etwa, einem etwas konstruiert wirkenden Liebesrausch zwischen Alexander und Giulietta entsprungen, wird von vier Schauspielern, darunter Kostja Ullmann und Stefan Kurt, verkörpert.

Trotzdem macht der Dreiteiler auf unterhaltsame Weise deutlich, wie die deutsche Einwanderungsgeschichte einst begann, mit welchen Ressentiments die ersten Gastarbeiter zu kämpfen hatten und wie ihre Geschichte sich dann doch noch zum Erfolg wendete – vor allem auf kulinarischem Gebiet.

Beispiel München: In den 50er Jahren gab es in der bayerischen Metropole gerade einmal vier italienische Restaurants, heute sind es Hunderte. Rund 643 000 Italiener leben heute in Deutschland – vornehmlich im Süden und Südwesten der Republik, wo die Sommer um einige Grade wärmer sind. Die größte ausländische Bevölkerungsgruppe sind längst die Türken, gefolgt von Polen und Syrern.

Und die Isetta? Von 1955 bis 1962 wurde der putzige Vorläufer des Smart von BMW produziert, danach wurde die Produktion dieses Zwitters von Motorrad und Auto eingestellt. Heute hat das Gefährt Sammlerwert und erinnert an gemächlichere Zeiten, als die „Knutschkugel“ auf Deutschlands Straßen „bella figura“ machte. *Anne Martin*

Späte Liebe

Picassos Frau im Museum Barberini

An seiner Frau Jacqueline konnte sich Pablo Picasso offenbar nicht sattsehen. In den letzten zwei Jahrzehnten seines Lebens hat der spanische Maler von seiner Frau mehr Bildnisse geschaffen als je zuvor von einem anderen Modell. In der Ausstellung „Picasso. Das späte Werk“, die am 9. März im Potsdamer Museum Barberini für das Publikum eröffnet wird, dreht sich folgerichtig alles um diese Schönheit und präsentiert Porträts, die bis auf wenige Ausnahmen erstmals in Deutschland zu sehen sind.

Für die Ausstellung trennte sich Catherine Hutin, Tochter Jacqueline Picassos, von 136 Arbeiten, die sich in der von ihr als Erbin verwalteten Sammlung ihrer Mutter befinden. Diese erhielt nach Picassos Tod einen bedeutenden Teil seines Œuvres, als es unter den Erben aufgeteilt wurde. Für das neue Picasso-Museum in Paris wählte der französische Staat aus Picassos Nachlass Werke aus allen Phasen und Techniken aus. Die kanonisierten Phasen des Gesamtwerks nahmen dabei den größten Raum ein.

Das späte Werk Picassos hat sich deshalb in Anzahl und Qualität bis heute am besten in den Sammlungen der Familie erhalten – so auch in der Sammlung Jacqueline Picasso. In dieser Sammlung befinden sich weithin bekannte Werke, die bislang kaum im Original zu sehen waren. Während die Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen und Keramiken, die nach seinem Tod in Staatsbesitz übergingen und seit 1985 im Pariser Musée Picasso der Öffentlichkeit zugänglich sind, blieben weite Teile des Schatzes, den die Ateliers bargen, im Besitz der Familie.

Während Picassos Werk in seinen früheren Phasen stilistisch deutlich unterschieden war – sodass sich die Blaue von der Rosa Periode, der die Form sprengende Kubismus vom geschlossenen Kontur des Neoklassizismus abhebt –, bilden die Stile in Picassos spätem Werk eine Synthese.

Picassos Werk der letzten beiden Lebensjahrzehnte hält Rückschau. Revisionen des eigenen Werks nehmen bekannte Themen auf und erneuern sie. Doch geschieht dies vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen und vielfach im Dialog mit künstlerischen Werken – von den Alten Meistern bis zur Pop Art. In dieser Zusammenstellung wird man daher so schnell keine ähnliche Picasso-Schau erleben. *H. Tews*

Bild: Succession Picasso/VG Bild-Kunst, Bonn 2019/Claude Germain

Picassos Muse: „Jacqueline sitzend mit einer Katze“ (1964)

Die Ausstellung im Museum Barberini läuft bis 16. Juni, geöffnet täglich außer dienstags von 10 bis 19 Uhr, Eintritt: 14 Euro. Online-Zeitfenster-Karten im Internet: www.museum-barberini.com

MELDUNGEN

Das Porzellan der Bauhäuser

Hohenberg an der Eger – Beim diesjährigen Bauhausjubiläum beteiligt sich auch Bayern mit zwei Sonderausstellungen. Im Hohenberger Porzellanikon ist vom 9. März bis 6. Oktober „Reine Formsache – Vom Bauhaus-Impuls zum Designlabor an der Burg Giebichenstein“ zu sehen. Dabei werden nicht nur in einer „Chronik“ Porzellanentwürfe ausgewählter Lehrer und Absolventen von 1915 bis heute präsentiert, darunter Marguerite Friedlaender und Gerhard Marcks, sondern auch im „DesignLab“ Porzellanvisionen der Studenten von heute vorgestellt. Am authentischen Ort, der von Walter Gropius entworfenen Porzellanfabrik Rosenthal am Rothbühl in Selb, zeigt die Ausstellung „Radikal zeitgemäß. Rosenthal X Walter Gropius“ vom 6. April bis 28. September die visionären Denkansätze des Gestalters und Architekten Gropius sowie sein Wirken für Rosenthal. *tws*

Die Vorläufer vom Bauhaus

Berlin – Noch bis zum 5. Mai zeigt das Berliner Bröhan-Museum, Schloßstraße 1a, „Von Arts and Crafts zum Bauhaus. Kunst und Design – eine neue Einheit!“. Die Ausstellung thematisiert die Vorgeschichte der berühmten Schule und zeigt die Schritte der Designentwicklung von Arts and Crafts in England, den Wiener Jugendstil, den Deutschen Werkbund bis zum Bauhaus. Info: www.broehan-museum.de *tws*

Barbie wanderte in die USA aus

Die erfolgreichste aller Puppen unter Spionageverdacht

Auf der US-amerikanischen Spielwarenmesse „American International Toy Fair“ am 9. März 1959 in New York stellte eine bis dahin unbekannte Firma eine kleine Puppe aus Plastik vor. Barbie, so ihr Name, wurde die am meisten verkaufte Puppe aller Zeiten und der Hersteller Mattel der größte Spielwarenproduzent der Welt.

Es war kalt und windig in New York, aber Barbie trug nur einen schwarz-weiß gestreiften trägerlosen Badeanzug, der auf ihrem Busen sicheren Halt fand. Sie hatte einen blonden Pferdeschwanz, einen knallrot geschminkten Herzmund, Rehaugen, Wespentaille und lange Beine. Weil man nie weiß, was der Tag einer so attraktiven jungen Dame noch bringen kann, hatte sie ein schwarzes Abendkleid aus Taft dabei.

Eigentlich hieß Barbie Lilli und war eine Erfindung des Karikaturisten Reinhard Beuthin. Am 24. Juni 1952 tauchte sie in der ersten Ausgabe der „Bild“-Zeitung auf. Die kesse Göre hatte einen blonden Pferdeschwanz, einen knallroten Herzmund, Rehaugen,Wespentaille und lange Beine. Sie kam bei den Lesern des neuen Blatts so gut an, dass Beuthin nun täglich eine Lilli in immer neuen Situationen zeichnen musste. Lilli verkörperte das Frauenbild der Wirtschaftswunderjahre. Berufstätig (als Sekretärin), selbstbewusst, perfekt geschminkt und nach der neuesten Mode gekleidet. Sie war immer auf der Suche nach einem reichen Mann. Beuthin legte ihr Sprüche in den Mund wie „Ich könnte ohne alte Glatzköpfe auskommen, aber meine Urlaubskasse nicht!“ Der Springerverlag ließ von der Firma Hausser in Neustadt bei Coburg eine „Bild“-Lilli produzieren, die als Werbematerial verkauft wurde.

Bei einer Europareise entdeckte Ruth Handler, Mitgründerin von Mattel, solch eine Puppe in einem Schaufenster. Sie nahm Lilli mit nach New York und machte Barbie daraus.

Mattel stellte Bilderrahmen und Puppenmöbel her. Die Produktion einer Mode- und Mannequinpuppe, wie seine Frau sie sich vorstellte, erschien Elliott Handler zu teuer. Seine Frau setzte sich durch. Die geklonte Lilli sollte Barbie heißen, nach Barbara, der Tochter des Ehepaars.

Barbie eroberte die Herzen aller kleinen Mädchen im Sturm. Aber sie erntete auch viel Kritik.

Im Kreise einer Kabinencrew und einer sogenannten Bubblecut: Ein Exemplar des ersten Modells (M.) Bild: pa

Ärzte bemängelten, Barbie sei zu dünn und könne bei Pubertierenden Essstörungen auslösen. Pädagogen und besorgte Eltern rügten ihre Eitelkeit und Putzsucht. Ständig brauchte sie etwas Neues zum Anziehen, Accessoires und Perücken. Deutsche Mütter und Väter blieben zunächst von der Frage, soll unsere Tochter eine Barbie bekommen, verschont. 1964 erwarb Mattel die Vermarktungsrechte von der Firma Hausser, und nun durfte Barbie auch in Deutschland verkauft werden. Lillis sind heute begehrte Sammelobjekte, eine Puppe in blauen Hot Pants wird im Internet für 1200 Euro angeboten.

Die ersten Barbies kosteten drei US-Dollar, umgerechnet zwölf D-Mark. Die Folgekosten konnten erheblich sein. Es gab nichts, was die von der Kaufsucht befallene Puppe nicht haben wollte. Ihre Entourage von Freundinnen und Verwandten nahm beängstigende Ausmaße an. Der Barbie-Kosmos dehnte sich aus wie ein schwarzes Loch. Natürlich hatte sie einen Boyfriend wie jeder Teenager am amerikanischen College. Er hieß Ken, ein brav gescheitelter Jüngling mit der Attitüde eines idealen Schwiegersohns. Ken erreichte nie die Popularität seiner Freundin. Barbie war die Königin, Ken der Prinzgemahl, wobei die beiden aus ungeklärten Gründen niemals heirateten. Barbie machte jeden Modetrend mit. Sie kleidete sich im Stil der Jackie Kennedy, trug Mini wie Mary Quant, später den Disco-Look und Edeljeans. Ihre Ansprüche wuchsen, parallel zu denen der verwöhnten Einzelkinder-Generation. Sie spielte erst Tennis, dann Golf und fuhr ein Cabrio im patentierten grellen „Barbie-Pink“. Die Puppe wurde zum Synonym für die hübsche Blondine mit wenig Hirn unterm Pony. Daran änderte sich nichts, als sie später als Ärztin, Journalistin und Primaballerina in Peter Tschaikowskis „Nussknacker“ auftrat. Nur Aufsichtsratsmitglied eines Dax-notierten Unternehmens wurde sie nicht, obwohl sie Topmanagern in Sachen Gewinnoptimierung auf ihren High Heels weit vorauseilte. Die Puppe wurde als eines der ersten westlichen Produkte in China produziert, gewissermaßen als Erzkapitalistin unter Kommunisten. Abgesehen davon handelt sie stets politisch korrekt. Vorurteile kennt sie nicht. Sie umgibt sich seit den 70er Jahren mit der schwarzen Francie, mit Latinas und Asiatinnen. Die erste Barbie mit Hidschab heißt Sheroe nach der US-Säbelfechterin Ibtihaj Muhammad, die auch bei Wettkämpfen Kopftuch trug. Im T-Shirt mit dem Aufdruck „Love Wins“ protestiert Barbie gegen Homophobie. Barbie divers ist vermutlich schon angedacht.

Zum Frauentag am 8. März vergangenen Jahres huldigte Mattel erfolgreichen Frauen mit der Serie „Inspiring Women“ (inspirierende Frauen). Die insgesamt 19 Barbies dieser Serie tragen Köpfe der Pilotin Amelia Earhart, der Malerin Frida Kahlo, der chinesischen Schauspielerin Xiaotong Guan oder der australischen Naturschützerin Bindi Irwin. Auch die deutsch-iranische Designerin Leyla Piedayesh war dabei, die allerdings kaum jemand in Deutschland kennt. Die „starken Frauen“ sollten, wie Mattel verlauten ließ, kleinen Mädchen Vorbilder sein. Die emanzipierten Köpfe sitzen auf dem Barbie-Body: spitze Brüste, Wespentaille und superlange Beine.

Statistiker rechneten vor, dass jedes kleine Mädchen im Durchschnitt drei Barbie-Puppen besitzt. Eine Sammlerin aus Düsseldorf kam mit über 15 000 Barbies ins Guinnessbuch der Rekorde. Vintage-Puppen können bei Auktionen Rekordpreise erzielen. In London kam die „Gala-Barbie“ für umgerechnet 11 000 Euro unter den Hammer.

An ihrem 60. Geburtstag muss Barbie akzeptieren, dass sie nicht mehr die First Doll ist. Seit einigen Jahren meldet Mattel Umsatzverluste. Barbie 2.0 soll es richten. Die digitale Hello Barbie spricht und antwortet wie ein Automat. Weil die Kommunikation gespeichert wird, warnen Datenschützer vor dieser „Spionin im Kinderzimmer“. Was man Barbara Millicent Roberts, so ihr vollständiger Name, auch vorwirft, Spionin, falsches Schönheitsideal, tumbe Tussi, Barbie bleibt eine ernstzunehmende Zeitzeugin der vergangenen sechs Jahrzehnte. *Klaus J. Groth*

Ein Nationalstaat der Slowaken

Ein gutes halbes Jahrhundert vor der jetzigen entstand die sogenannte Erste Republik

Am 14. März 1939 entstand mit dem Slowakischen Staat, der späteren Slowakischen Republik, der erste slowakische Nationalstaat der Geschichte. Möglich wurde dies durch die Loslösung von der politisch schwer angeschlagenen Tschechoslowakei, in der die Slowaken eine ähnlich schlechte Behandlung erfahren hatten wie die anderen nichttschechischen Völker.

Im Mai 1918 verständigten sich tschechische und slowakische Exilgruppen im Pittsburgher Abkommen auf die Gründung eines gemeinsamen Staates. Von tschechischer Seite wurde den Slowaken dabei Autonomie und Gleichberechtigung zugesichert. Jedoch brachen die Tschechen dieses Versprechen schon bald nach der Proklamation der Tschechoslowakischen Republik (CSR) am 28. Oktober 1918. Sie behandelten die Slowakei wie eine tschechische Kolonie. Deswegen erschallte in den 1920er Jahren immer öfter der Ruf: „Die Slowakei den Slowaken!“ Hierauf reagierte Prag mit demonstrativer Härte: So wurde der slowakische Abgeordnete im tschechoslowakischen Parlament Vojtech Tuka 1929 wegen angeblicher Spionage für Ungarn zu 15 Jahren Haft verurteilt. Allerdings führte das nur zu einem weiteren Aufschwung der slowakischen Unabhängigkeitsbewegung und zur Radikalisierung von Hlinkas Slowakischer Volkspartei, unter der Führung des katholischen Geistlichen Andrej Hlinka.

Deren Stunde schlug nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens am 29./30. September 1938 und dem Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938: Die Zentralregierung in Prag, die weder den Verlust des Sudetenlandes an das Deutsche Reich noch die Abtretung weiter Teile der südlichen Slowakei an Ungarn hatte verhindern können, befand sich in einer derartigen Position der Schwäche, dass sie dem Drängen der Hlinka-Partei nach formeller Autonomie nachgeben musste. Am 22. November 1938 wurde die Verfassung der CSR geändert und der Slowakei nun die weitgehende Selbstständigkeit und eine eigene Landesregierung zugebilligt. An deren Spitze stand der römisch-katholische Priester und Theologe Jozef Tiso, der nach dem Tode Hlinkas am 16. August 1938 erst als dessen bisheriger Stellvertreter de facto und später auch formell von diesem den Parteivorsitz in der Hlinka-Partei übernahm.

Kurz zuvor hatte Adolf Hitler die Annexion der „Rest-Tschechei“ beschlossen. Deshalb dachte man jetzt in Berlin intensiv über das weitere Schicksal der Slowakei nach. Dabei standen folgende Optionen offen: Angliederung an die deutsche Ostmark, komplette Überlassung an Ungarn oder nationale Unabhängigkeit. Die endgültige Entscheidung resultierte aus den Handlungen der Regierung in Prag ab dem 2. März 1939.

An diesem Tage forderte der autoritär agierende neue tschechoslowakische Ministerpräsident Rudolf Beran den slowakischen Regierungschef Tiso zu einer Loyalitätserklärung in Bezug auf die tschechoslowakische Staatsidee auf und verlangte des Weiteren das Ende der slowakischen Selbstbewaffnung sowie den Verbleib tschechischen Militärs im nunmehrigen „Autonomen Land Slowakei“. Das lehnte die Regierung in Pressburg (Bratislava) kategorisch ab. Daraufhin kam es in der Nacht vom 9. zum 10. März 1939 zum sogenannten Homola-Putsch: Der tschechische Divisionsgeneral Bedrich Homola, der das im mittelslowakischen Turz-Sankt Martin stationierte 7. Armeekorps kommandierte, verkündete in Abstimmung mit dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Emil Hácha den Ausnahmezustand in der Slowakei. Zeitgleich marschierten weitere tschechische Truppen bis nach Pressburg vor, wo sie den dortigen Landtag auflösten. Anschließend entließ Hácha Tiso und ersetzte ihn am 11. März durch dessen innerparteilichen Rivalen Karol Sidor.

Die deutsche Reaktion auf all diese Ereignisse bestand darin, sowohl Sidor als auch Tiso zu drängen, einen Hilferuf nach Berlin zu senden und zugleich die vollständige Loslösung der Slowakei von der Tschechoslowakei zu erklären. Das aber lehnten beide Politiker zunächst entschieden ab, da sie die friedliche und einvernehmliche Verselbstständigung der Slowakei anstrebten. Nichtsdestotrotz folgte Tiso am 13. März 1939 einer Einladung Hitlers nach Berlin. Dort wurde ihm mitgeteilt, Deutschland werde die Slowakei ab sofort ihrem Schicksal überlassen, falls er nicht „blitzschnell“ die Unabhängigkeit seines Landes ausrufe. Um die Ernsthaftigkeit der Lage zu unterstreichen, behauptete Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop wahrheitswidrig, ungarische Truppen seien auf dem Wege in Richtung der slowakischen Grenze. Hieraufhin äußerte Tiso, er wolle das Parlament in Bratislava als die einzig zuständige Instanz in dieser Frage auffordern, eine umgehende Entscheidung zu treffen.

Der slowakische Landtag trat dann auch tatsächlich schon am nächsten Tag zusammen und proklamierte um genau 12.07 Uhr mittags nach kurzen Ansprachen von Tiso und Sidor einstimmig den „selbstständigen und unabhängigen slowakischen Staat“, der nach der Verabschiedung einer Verfassung am 21. Juli 1939 als „Slowakische Republik“ firmierte. Zu diesem Schritt meinte der damalige slowakische Innenminister Martin Sokol später: „Aus Solidarität mit den Tschechen konnten wir keinen nationalen Selbstmord begehen.“

Die Slowakische Republik wurde nicht nur vom Deutschen Reich, sondern auch von zahlreichen anderen Staaten diplomatisch anerkannt, darunter Großbritannien, Italien, Frankreich, die Sowjetunion, Japan, China, Spanien, die Schweiz und Ungarn. Mit dem deutsch-slowakischen Schutzvertrag vom 23. März 1939 und dem hieran anknüpfenden Schutzzonenstatut vom 28. August lehnte sich die Republik an das Reich an. Folgerichtig gehörte sie später auch zum Kreis der Achsenmächte und nahm an der Seite des Reiches am Zweiten Weltkrieg teil. Hierdurch blieb das Land von einer Besetzung durch die Wehrmacht bis zum sogenannten Slowakischen Nationalaufstand (SNP) im Jahre 1944 verschont – lediglich im Waagtal entlang der Grenze zu Mähren war vereinzelt deutsches Militär stationiert.

Mit dem SNP kam das faktische Ende der ersten Slowakischen Republik. Für den Ausbruch des SNP zeichnete die tschechoslowakische Exilregierung in London mitverantwortlich. In Reaktion auf die Erhebung übernahmen Wehrmacht- und Waffen-SS-Verbände unter SS-Obergruppenführer Gottlob Berger die Kontrolle. Allerdings nur bis April 1945, dann wurde die Slowakei von der Roten Armee besetzt. Dem folgte ihre zwangsweise Wiedereingliederung in die neu errichtete Tschechoslowakei, die von 1948 bis 1989 unter der Fuchtel der Kommunisten beziehungsweise Moskaus stand. Danach konnten sich die Slowaken erneut aus der Umklammerung durch die Tschechen lösen und 1993 eine zweite Slowakische Republik gründen.

Wolfgang Kaufmann

Kurts, Wilhelms und Konrads Pendant

Der Partei- und Regierungschef Otto Grotewohl überführte die SPD in die SED

Als Zentralausschussvorsitzender der SPD war er das ostzonale Pendant Kurt Schumachers; als einer der beiden Vorsitzenden der SED war er das sozialdemokratische Pendant Wilhelm Piecks und als erster Ministerpräsident der DDR war er das östliche Pendant Konrad Adenauers. Die Rede ist von Otto Grotewohl, dessen Geburtstag sich am 11. März zum 125. Mal jährt.

Für die Beantwortung der Frage, wie man sich gegenüber den Kommunisten verhalten sollte, gibt es in der deutschen Nachkriegssozialdemokratie wohl keine gegensätzlicheren Exponenten als Kurt Schumacher und Otto Grotewohl. Der eine leitete nach dem Zweiten Weltkrieg die SPD in den Westzonen, der andere die in der Ostzone. Beide Haltungen gegenüber den Kommunisten stimmten mit denen der entsprechenden Besatzer überein. Das wirft die grundsätzliche Frage auf, ob ihre Haltung aus Überzeugung oder Opportunismus resultierte. Was Grotewohl anbelangt, nannte ihn die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ anlässlich seines Todes einen Opportunisten und Weltverbesserer.

Sicherlich war der damalige „Zeit“-Artikel vom Kalten Krieg geprägt, doch war Grotewohl in der Tat eher ein schwacher Charakter, den die Nachkriegszeit nach oben geschwemmt hatte und den Zukkerbrot wie Peitsche der sowjetischen Besatzer nicht unbeeinflusst ließen. Allerdings spricht die Tatsache, dass Grotewohl 1918 für vier Jahre von der SPD in deren linke Abspaltung USPD wechselte, aus der dann viele schließlich in der KPD landeten, dafür, dass Grotewohl eher dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie zuzurechnen ist, dem eine echte Sympathie für die Kommunisten nicht wesensfremd ist.

Die KPD hatte die SPD in der Endphase der Weimarer Republik zwar als Sozialfaschisten attackiert, aber viele Nachkriegssozialdemokraten waren von den bürgerlichen Partnern in der Weimarer Zeit, für die sich die SPD in der Novemberrevolution entschieden hatte, enttäuscht. Die Bürgerlichen hatten 1933 mehrheitlich für das Ermächtigungsgetz gestimmt, sie hatten abgesehen von den in fast allen Parteien vertretenen Juden vergleichsweise wenige NS-Opfer zu beklagen gehabt und ihr Widerstand gegen die NS-Herrschaft hatte sich auch in Grenzen gehalten. Die viel beklagte Spaltung der Arbeiterbewegung wurde als ein tragisches Versagen empfunden, welche die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten erst möglich gemacht habe. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich die SPD für die Zusammenarbeit mit den rechts von ihr stehenden bürgerlichen Parteien entschieden. Nicht wenige in der SPD wollten nun, nach dem Zweiten Weltkrieg es lieber mit der links von ihr stehenden KPD wagen, die eher als Fleisch vom eigenen Fleisch empfunden wurde, was parteiengeschichtlich betrachtet auch nicht falsch war.

Ein Generationenunterschied war es nicht, der Grotewohl und Schumacher trennte. Beide waren fast ein Jahrgang. Nur ein gutes Jahr trennte die beiden. Während der SPD-Chef der Westzonen aus Ostdeutschland kam, aus Westpreußen, war sein Pendant in der Ostzone ein gebürtiger Westdeutscher. In Braunschweig stand seine Wiege. Im Gegensatz zum Kaufmannssohn Schumacher hatte Grotewohl eine eher proletarische Jugend. Der Sohn eines Schneidermeisters begann 1908 eine Ausbildung zum Buchdrucker und trat der Sozialistischen Arbeiterjugend bei. 1912 beendete er die Ausbildung und wurde SPD-Mitglied. Es folgte eine Tätigkeit im erlernten Beruf.

Wie Schumacher war auch Grotewohl Soldat im Ersten Weltkrieg, kam jedoch mit vergleichsweise leichten Verwundungen davon. Nach dem Krieg vervollständigte Grotewohl seine Bildung, betätigte sich in der braunschweigischen Landespolitik als Landtagsabgeordneter, Landesminister und SPD-Vorsitzender. Für einen sozialdemokratischen Politiker in der Weimarer Zeit nicht untypisch, arbeitete er für Einrichtungen wie eine Ortskrankenkasse, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder sozialdemokratische und gewerkschaftliche Zeitungsverlage. Bis zum Ende der Weimarer Zeit hatte er es in der Politik bis in den Reichstag und im Beruf bis zum Präsidenten der Braunschweiger Landesversicherungsanstalt geschafft.

Bild: akg images

Ein symbolträchtiger Handschlag: Grotewohl (M.) mit Pieck (l.) auf dem Vereinigungsparteitag

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten verlor Grotewohl Reichstagsmandat und Präsidentschaft. Er schlug sich als Selbstständiger im kaufmännischen Bereich durch und landete schließlich in Berlin. Protegiert wurde er in jener Zeit von seinem Partei- und persönlichen Freund Erich Gniffke. Grotewohl kam zweimal in Untersuchungshaft, wurde aber jedes Mal wieder entlassen. Als er nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 erneut verhaftet werden sollte, entzog er sich dem durch Untertauchen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ließen die Sowjets die Gründung von Parteien früher zu als die Westmächte. Im Juni konstituiert sich in Berlin der Zentralausschuss der SPD als Führungsorgan der Partei. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden wurden Gniffke, Grotewohl und Max Fechner gewählt. Der ehrgeizige Grotewohl kristallisierte sich schließlich als Sprecher und Spitzenrepräsentant der Ost-SPD heraus.

Im Aufruf des Zentralausschusses zum Neuaufbau der Partei vom 15. Juni 1945 wurde bereits die „organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse“ gefordert. Die KPD hoffte zu dem Zeitpunkt jedoch noch, mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht auch ohne die Sozialdemokraten zur stärksten Partei zumindest in der Ostzone werden zu können. Erste Nachkriegswahlen in Ungarn, Österreich und Westdeutschland wirkten jedoch diesbezüglich sehr desillusionierend. Daraus wurde die Konsequenz gezogen, nun die Einheit mit den Sozialdemokraten zu suchen.

Die sowjetische Besatzungsmacht unterstützte die kommunistischen Vereinigungsbemühungen mit Zuckerbrot und Peitsche. Dazu gehörten eine Einbestellung Grotewohls zur Sowjetischen Militäradministration nach Karlshorst ebenso wie „Pajoks“ genannte Geschenkpakete. Mit der Unterstützung Grotewohls vereinigten sich am 21./22. April 1946 seine SPD und die KPD in der Ostzone zur SED.

Formal wurde sehr großer Wert auf Parität gelegt. Dazu gehörte, dass die bisherigen Parteichefs von SPD und KPD gleichberechtigte Vorsitzende der neuen SED und auch die nachgeordneten Posten paritätisch besetzt wurden. Parität signalisierte auch das Logo der neuen Partei, der Händedruck von Grotewohl und Pieck auf der Bühne des Admiralspalastes während des Vereinigungsparteitages.

Auf diese formale Parität wurde auch drei Jahre später bei der Gründung der DDR Wert gelegt. Pieck wurde Präsident, Grotewohl Ministerpräsident. Insofern hatte Grotewohl in der DDR erreicht, was Schumacher in der Bundesrepublik versagt blieb – Regierungschef des eigenen deutschen Teilstaats zu werden.

Doch kann man in dem berühmten Zitat Walter Ulbrichts „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ problemlos das Wort „demokratisch“ durch „paritätisch“ ersetzen. Die SED wurde systematisch in eine kommunistische Partei neuen Typus umgewandelt. Ex-Sozialdemokraten hatten die Wahl, entweder gute Miene zum bösen Spiel zu machen oder ihre Posten zu verlieren und schlimmstenfalls verfolgt zu werden. Grotewohl entschied sich wie viele Sozialdemokraten für die gute Miene. Dem Dreigestirn aus Pieck, Ulbricht und der Sowjetmacht erwies er sich zunehmend als nicht gewachsen. Widerständiges Verhalten ging über die Warnung gefährdeter Genossen kaum hinaus.

Nachdem 1954 bereits das Amt des SED-Vorsitzenden ersatzlos gestrichen worden war, kam 1960 auch das Ende der beiden an der Spitze von Staat und Regierung. Im September starb Pieck, und zwei Monate später zog sich Grotewohl aus gesundheitlichen Gründen aus der Politik zurück. Fortan wurde Grotewohl an der Spitze der Regierung von seinem späteren Nachfolger Willi Stoph vertreten, der wie der Staatsratsvorsitzende Ulbricht ein Ex-KPD-Mitglied war. Nachdem Otto Grotewohl zu seinem 70. Geburtstag noch der Leninorden und der Titel „Held der Arbeit“ verliehen worden war, starb er, gelähmt und des Sprechens nicht mehr fähig, am 21. September 1964 in Ost-Berlin an den Folgen eines Schlaganfalls. *Manuel Ruoff*

Frankreichs Attentate trafen auch Bundesbürger

Vor 60 Jahren fiel Georg Puchert in Frankfurt am Main einem Anschlag zum Opfer, der dem Service Action zugeordnet wird

Der Himmel über der Mainmetropole war bedeckt, als Georg Puchert am Morgen des 3. März 1959 um kurz nach 9 Uhr in der Guilollettstraße des Frankfurter Westendes in seinen Mercedes stieg. Wie gewohnt, startete er den Motor und fuhr los. Doch bereits nach wenigen Metern zerriss eine ohrenbetäubende Explosion den Boden des Fahrzeuges. Puchert erlag noch an Ort und Stelle den Folgen der Verletzungen, die die unter seinem Wagen platzierte Sprengladung verursachte. Sein gewaltsamer Tod war nicht das erste Attentat in einer schon seit mehreren Jahren anhaltenden Mordserie, die sich über Nordafrika und halb Europa erstreckte. Auch sollte er nicht das letzte Opfer bleiben.

Keine 44 Jahre war Puchert alt geworden. Das Leben des am 15. April 1915 im damaligen Petrograd und heutigen Sankt Petersburg geborenen Deutsch-Balten hatte sich zunächst in ruhigen Bahnen bewegt. Mit der Annexion Lettlands durch die Sowjets siedelte die Familie in das Deutsche Reich über, und Puchert diente als Marineoffizier in der Wehrmacht. Nach dem Krieg zog es ihn in die internationalisierte Zone um die marokkanische Stadt Tanger, in der er zu einer wichtigen Figur im weltweiten Zigarettenschmuggel und bei anderen dubiosen Geschäften wurde. In diesem Zusammenhang kam er auch in Kontakt mit Gewährsleuten der jungen Unabhängigkeitsbewegungen in den nordafrikanischen Kolonien Frankreichs. Im Jahr 1954 hatte in Algerien der Bürgerkrieg begonnen. Dieser sollte mit fast 200 000 Toten einer der blutigsten Konflikte im Prozess der Dekolonisierung werden. An der Spitze des Unabhängigkeitskampfes gegen Frankreich stand die bis heute in Algerien regierende Nationale Befreiungsfront (FLN, Front de Libération Nationale). Puchert wurde einer der wichtigsten Waffenlieferanten ihrer Guerillaarmee.

Neben den Angriffen in Algerien selbst, weitete die FLN ihren Kampf schnell auf das französische Mutterland aus. Hierbei konnte sie sich auf die Solidarität Tausender nach dem Zweiten Weltkrieg nach Frankreich ausgewanderter Landsleute stützen. Die FLN verübte Anschläge auf Polizeistationen, Militäreinrichtungen und wirtschaftlich wichtige Einrichtungen im Herzen der Republik. Während der französische Staat in seiner Kolonie aufgrund des über Algerien verhängten Kriegsrechts in der Wahl seiner Mittel keinen besonderen Beschränkungen unterlag, stellte sich die Situation im Mutterland ganz anders dar. Hier konnte er nur mit den üblichen Mitteln des Rechtsstaates vorgehen, und der Kampf gegen die FLN blieb weitestgehend Sache der Polizei. Eine weitere Herausforderung, vor der die Kolonialmacht stand, war die große internationale Unterstützung, die den algerischen Freiheitskämpfern aus dem Ausland zuteilwurde.

Die Franzosen entschieden sich daher dazu, die FLN maßgeblich mit geheimdienstlichen Mitteln zu bekämpfen. Eine eigene Abteilung des französischen Auslandsnachrichtendienstes Direction Générale de la Sécurité Extérieure (DGSE, Generaldirektion für äußere Sicherheit) sollte wichtige Anhänger und Unterstützer der Befreiungsfront töten und die Infrastruktur der Freiheitskämpfer zerstören. Ausgeführt wurden die Operationen von der dem Dienst unterstehenden geheimen Militäreinheit Service Action (SA), die in Deutschland heute nur noch durch die Versenkung des Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior“ im Jahr 1985 bekannt ist. Damals wollten die Umweltaktivisten mit ihrem Schiff französische Atomtests auf dem Mururoa-Atoll im Pazifik verhindern. Ein Mensch kam bei dem Sprengstoffanschlag des Geheimdienstes ums Leben.

> In Bonn kniff man aus Angst vor dem französischen Nachbarn beide Augen zu

Bei ihren Aktionen gegen die FLN sollten die Anschläge der SA nach außen hin so aussehen, als seien sie nicht durch den französischen Staat, sondern durch radikale französische Siedler aus den Kolonien begangen worden. Zu diesem Zweck operierte man unter dem Namen „Rote Hand“ („La Main Rouge“). Wann genau sie gegründet wurde, ist bis heute nicht geklärt. Einige Historiker gehen davon aus, dass die Rote Hand von der sozialistischen Regierung unter Ministerpräsident Guy Mollet 1956 ins Leben gerufen wurde. Doch es gibt auch Stimmen, die ihr bereits Morde auf Vertreter der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung im Jahr 1952 zuschreiben. Bevor die Rote Hand zuschlug, erhielten ihre Opfer vorab in der Regel Warnungen, in denen sie zum Unterlassen einer weiteren Unterstützung der FLN aufgefordert wurden. Zeigte die Einschüchterung keine Wirkung, so versuchten die Franzosen die Betreffenden zu töten. Bei ihren Attentaten setzten sie sowohl Schusswaffen als auch Sprengstoff ein. Doch nicht nur Menschen wurden zum Ziel ihrer Anschläge. Die Rote Hand versenkte mehrere Schiffe, von denen sie annahm, dass mit ihnen Waffen transportiert wurden. Zwar lässt sich bis heute keine genaue Opferzahl nennen, es wird jedoch davon ausgegangen, dass einige Hundert Personen von den französischen Staatsterroristen ermordet wurden. Das Pikante daran ist, dass auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik getötet wurde.

Im September 1956 explodierte in den Geschäftsräumen des Waffenhändlers Otto Schlüter in Hamburg eine Bombe. Ein zufällig anwesender Geschäftspartner von Schlüter wurde getötet und Schlüters Mutter schwer verletzt. Ein Jahr später detonierte eine Haftladung unter seinem Fahrzeug, bei der die Mutter diesmal umkam. Im Oktober 1958 explodierte eine Sprengladung auf dem Frachtschiff „Atlas“ im Hamburger Hafen. Es wurde niemand verletzt, doch das Schiff wurde schwer beschädigt. Einen Monat später wurde vor der tunesischen Botschaft in Bad Godesberg der Chef des deutschen FLN-Büros mit einer Maschinenpistole aus einem fahrenden Auto niedergeschossen. Der Mann erlag einige Monate später seinen Verletzungen. Im Januar 1959 wurde ein weiteres FLN-Mitglied auf dem Bahnhof von Saarbrücken ermordet. Im Oktober 1960 verlor der Waffenhändler und Spitzel des Bundesnachrichtendienstes Wilhelm Beisner bei einem Sprengstoffanschlag auf sein Fahrzeug in München-Schwabing ein Bein.

Die bundesdeutschen Behörden wussten schon damals, dass es sich bei diesen Attentaten nicht um Fälle gewöhnlicher Kriminalität handelte. Doch in Bonn kniff man aus Angst vor dem französischen Nachbarn beide Augen zu. Auf Anweisung zog der Generalbundesanwalt die Zuständigkeit in den zahlreichen Strafverfahren an sich, damit kein übereifriger Staatsanwalt in der Provinz das deutsch-französische Verhältnis gefährden konnte. Pflichtgemäß wurden die Ermittlungen nach einigen Wochen eingestellt. Selbst als die französische Marine völkerrechtswidrig deutsche Handelsschiffe in internationalen Gewässern aufbrachte und nach Waffen durchsuchte, schwieg man am Rhein. In der Mitte der 90er Jahre wurde von einigen Staatsanwaltschaften in Deutschland erneut versucht, die Fälle juristisch aufzuarbeiten. Doch auch diese Ermittlungen ließ man im Sande verlaufen. *Dirk Pelster*

Moment der Woche

Bild: Imago

Wir möchten, dass die Menschen ihr Auto abschaffen“, sagte Berlins Verkehrssenatorin Regine Günther (parteilos, für Grüne) in einer Rede zur Zukunft der Mobilität in der Hauptstadt vor der CDU-Mittelstandsvereinigung vergangene Woche.

»Berliner sollen ihr Auto abschaffen«

Wie der „Tagesspiegel“ meldet, haben 2018 in keiner deutschen Stadt Autofahrer so viel Zeit im Stau verloren wie in Berlin, im Schnitt 154 Stunden. Doch das ist es weniger, was Günther stört. Die Senatorin will die Stausituation offenbar eher noch verschärfen. Laut ihr sollen momentan von Fahrzeugen genutzte Flächen zu Grünflächen umgewandelt oder für den Wohnungsbau genutzt werden.

Im Fokus der Politikerin steht der Kampf gegen Individualverkehr im Allgemeinen und den Verbrennungsmotor im Besonderen; der habe „ausgedient und wird sehr schnell ersetzt werden“, so die Senatorin. *H.H.*

Merkel-Kultur

Ein bescheidener Vorschlag zur Bereicherung unseres Wortschatzes

Wenn es ein Wort im offiziellen Diskurs gibt, das sich fortwährend großer Beliebtheit erfreut, dann ist es das Wort „Kultur“. Meist wird es zusammen verwendet mit einem Eigenschaftswort, welches das Wort „Kultur“ näher bezeichnet oder als zusammengesetztes Hauptwort – beispielsweise „politische Kultur“ oder „Erinnerungskultur“ oder „Diskussionskultur“. Für ein neues Kompositum unter Verwendung des Begriffs „Kultur“ sei hier ein bescheidener Vorschlag gemacht.

Wo Schutzgebende vor Schutzsuchenden Schutz finden

Dazu noch vorausgeschickt: Neulich traf der Verfasser dieser Zeilen auf eine kurze Beschreibung, welche eine „Herausforderung“ unserer gesellschaftlich-politischen Lage treffend kennzeichnet. Es geht bei dieser Neuerung um die millionenteure Sicherung öffentlicher Plätze, vor allem durch Fahrzeugsperren. Diese sollen „die Menschen“ oder „die Bevölkerung“ vor dem sogenannten Terror – zuweilen auch „islamistischer Terror“ genannt – schützen. Auf bemerkenswerte Weise ist unsere „Gesellschaft“ im Zusammenhang des „Strebens nach mehr Gerechtigkeit in der Welt“ somit auch sicherheitstechnisch aufgewertet worden.

In unserer „die Ängste der Menschen ernstnehmenden“ Kultur ist „unser“ Staat bemüht, zur Abwehr des immer wieder völlig überraschend auftretenden Phänomens „Terror“ wenigstens hier und da für seine „Bürgerinnen und Bürger“ einige – noch – sichere Enklaven zu schaffen. Es war wohl bei Michael Klonovsky, wo man nun las, dass zur „Terrorabwehr“ Schutzzonen für Schutzgebende eingerichtet werden, um die Schutzgebenden vor den Schutzsuchenden zu schützen. Mit solchen Worten wird die Sinnhaftigkeit unserer Willkommenskultur ganz gut auf den Punkt gebracht.

Diese wirklich innovativen Schutzzonen insgesamt, zu denen unter anderem Schutzzäune und die sogenannten Merkel-Poller gehören, kann man zusammenfassend kaum angemessener denn als Teil einer Art von „Merkel-Kultur“ bezeichnen. Angesichts unserer Großen Grenzöffnerin A. M. ist es bemerkenswert, dass wir nach wie vor Grenzen haben. Nur haben diese sich von rundum schützenden Landesaußengrenzen zu Enklaven-Binnengrenzen wunderbar verwandelt, die dort zumindest vereinzelt noch Schutz gewähren sollen. Das ist eine interessante Entwicklung.

Wie niemand anderes steht unsere Bundeskanzlerin für solche Art von Fortschritts- und Schutzkultur – sowohl symbolisch als auch ursächlich. Mit Eifer hat „die Politik“ dafür gesorgt und tut dies auch weiterhin, dass auch nach Merkels Ausscheiden aus dem Amt sich diese Schutzkultur fortsetzen wird. Eine bessere Bezeichnung als „Merkel-Kultur“ zu finden, dürfte schwierig werden. Deshalb verdient es das Kompositum „Merkel-Kultur“ unbedingt, als erkenntnisunterstützender Begriff in den öffentlichen Diskurs als Terminus technicus aufgenommen zu werden.

Der obigen, auf den ersten Blick etwas verwirrenden Beschreibung von Schutzgebenden und Schutznehmenden würde man nur zu gerne lediglich Humoristisches abgewinnen. Leider macht dies unsere „gelebte“ Schutzkultur nicht möglich. Zu viele Tote gibt es bereits. Die Zahl der Ermordeten, die wir als Ergebnis dieser sehr speziellen Philanthropie-Kultur dereinst eigentlich verzeichnen müssten, wird zudem von Jahr zu Jahr wachsen.

Beruhigend ist, dass wir dank unserer halluzinatorischen Verdrängungskultur, ich verbessere, dank dieser Freundliches-Gesicht-Zeige- und Bürger-nicht-Verunsicherungs-Kultur die entsprechenden genauen Zahlen vermutlich nie im Leben erfahren werden.

Sicher können wir allerdings sein: Um all den Toten, dieser sehr bedauerlichen Randerscheinung einer eigentlich höchst wünschenswerten Entwicklung, interkulturell-sensibel gerecht werden zu können, werden maßgebliche Vertreter unserer politischen Kultur und sonstige „Kulturschaffende“ intensiv daran arbeiten, als Teil unserer Willkommenskultur eine neue Opferkultur zu entwickeln, um diese dann zu inkulturieren. Auch dies kann man als Bestandteil des nicht mehr ganz neuen, aber hier neu benannten Kulturfortschritts betrachten.

Ein besonderer Platz in der Geschichte ist Angela Merkel sicher

Unbedingt zu ergänzen ist an dieser Stelle noch: Ein besonderer Platz ist Angela Merkel schon heute in der Geschichte sicher, nicht nur in der Kulturgeschichte.

Auf jeden Fall gilt: Soviel Kultur war noch nie!

Otto Hiller v. Gaertringen

Hat der Großmut einen Preis?

Üppige Parteispenden zahlungskräftiger Geber – Der Verdacht der Einflussnahme auf die Politik schwingt immer mit

Politische Parteien finanzieren sich in Deutschland vorrangig durch Mitgliedsbeiträge, staatliche Zuschüsse und Spenden. Interessant sind dabei vor allem die Großspenden von Unternehmen und Einzelpersonen, weil sie einiges über den Zustand unserer Demokratie verraten.

Gemäß Paragraph 25 des Gesetzes über die Politischen Parteien (Parteiengesetz) müssen Spenden, „die im Einzelfall die Höhe von 50 000 Euro übersteigen“, unverzüglich dem Präsidenten des Bundestages gemeldet werden. Der wiederum hat „die Zuwendung unter Angabe des Zuwenders zeitnah als Bundestagsdrucksache“ zu veröffentlichen.

Dadurch ist recht leicht nachvollziehbar, welche Parteien von welchen juristischen oder natürlichen Personen größere Geldzuwendungen erhalten – was übrigens sogar für Parteien gilt, die gar nicht im Parlament vertreten sind.

So erfuhren die Bundesbürger beispielsweise auch, dass die höchste Spende, die jemals eine Partei aus den Händen eines einzigen Gönners überreicht bekam, von dem früheren Bergbau-Ingenieur Michael May aus Moers stammte: Nachdem dieser Ende 2004 Aktien und Immobilien im Werte von mehreren Millionen Euro geerbt hatte, überwies der Rentner der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) insgesamt 2 659 167 Euro, weil angeblich nur sie die Interessen der Kumpel vertrete.

Ansonsten ergibt ein Blick auf das komplette Spendenaufkommen der vergangenen fünf Jahre folgendes Bild: Während die Parteien 2014 lediglich 1,5 Millionen Euro erhielten, stiegen die Zahlungen in den Folgejahren deutlich an: 2015 flossen bereits 2,1 Millionen, 2016 um die drei Millionen, im Wahljahr 2017 knapp 7,5 Millionen und 2018 immerhin auch noch einmal 3,3 Millionen. Dabei fielen die Stücke vom Spendenkuchen aber unterschiedlich groß aus. Das meiste Geld kassierte die CDU mit mehr als fünf Millionen Euro, gefolgt von der FDP, die 3,57 Millionen einheimste, und der CSU, welche 2,07 Millionen erhielt. Auf den weiteren Plätzen rangierten dann die Grünen mit 1,9 Millionen sowie die SPD mit 1,53 Millionen Euro. Außerdem konnte die MLPD weitere 827400 Euro an Großspenden verbuchen, und an die DKP gingen ebenfalls noch genau 352 420,50 Euro. Des Weiteren bekam der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der freilich „außer Konkurrenz“ läuft, weil bestimmte Passagen des Parteiengesetzes für ihn nicht gelten, 1,56 Millionen Euro vom dänischen Bildungsministerium in Kopenhagen. Die AfD musste sich hingegen mit 100 000 Euro begnügen und die Linkspartei verzeichnete gar keine Spende über mehr als 50 000 Euro.

Als Geldgeber fungierten unter anderem die Verbände der Bayerischen, Baden-Württembergischen und Nordrhein-Westfälischen Metall- und Elektroindustrie, der Verband der Chemischen Industrie in Frankfurt am Main sowie Unternehmen wie BMW, Daimler, Evonik Industries, R & W Industriebeteiligungen, Trumpf, Sixt, Theiss Naturwaren, VHB Grundstücksverwaltung und Beteiligung sowie die WID Unternehmergesellschaft. Dabei fällt zum einen die wachsende Spendenbereitschaft der Immobilienbranche auf, zum anderen sticht ins Auge, dass die Grünen neuerdings immer häufiger bedacht werden. So nun sogar auch vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (VBM), zu dem die Rüstungskonzerne Airbus, Krauss Maffei, MTU und Diehl gehören.

Außerdem füllten 31 natürliche Personen die Kassen der deutschen Parteien zwischen Anfang 2014 und Ende 2018 mit etwa 6,7 Millionen Euro auf. Besonders hervorzuheben sind hier folgende Großspender: Lutz Helmig (500 000 Euro für die FDP), Hans-Joachim Langmann (800 000 Euro an die CDU), Jochen Wermuth (799 989 Euro für die Grünen), Wolfgang Göller (250 000 Euro an die MLPD) und Andreas Zechmeister, von dem die erwähnten 352 420,50 Euro für die DKP stammten.

Beleuchtet man den Hintergrund dieser Leute, offenbart sich Folgendes: Während Göller und Zechmeister einfache Bürger sind, die wie der eingangs genannte May ererbtes Geld verschenkten, ist Helmig Milliardär und Gründer der Helios-Kliniken sowie der Beteiligungsgesellschaft Aton GmbH. Langmann wiederum war früher Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie beziehungsweise Chef des Darmstädter Merck-Konzerns, während der Anlage-Experte Wermuth gezielt in „ökologische und klimafreundliche“ Unternehmen investiert.

Das sind aber beileibe nicht die einzigen Unternehmer, die in den Bundestagsdrucksachen zum Thema Großspenden von mehr als 50 000 Euro nur mit ihrem Namen aufgeführt werden, wodurch beim flüchtigen Betrachter der Eindruck entstehen kann, es handele sich hier um keine Personen aus der Wirtschaft.

Da wären beispielsweise auch noch Hans-Georg Näder, geschäftsführender Gesellschafter der Otto-Bock-Firmengruppe, die Immobilien-Gewinnler Klaus Groth und Christoph Alexander Kahl, der Baustoff-Fabrikant Ralf Pollmeier, Andreas Lapp, Vorstandsvorsitzender der Stuttgarter Lapp Holding AG, sowie der Medienunternehmer Georg Jakob Kofler. Außerdem spendete der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner seiner eigenen Partei 50 249 Euro und 17 Cent aus Privateinnahmen – wahrscheinlich Honorare für die gut dotierten Vorträge, welche Lindner immer wieder halten darf.

Natürlich gibt es massive Kritik an diesen Geldzuweisungen von Unternehmen, Verbänden und Einzelpersonen, weil sie ganz zweifellos die Möglichkeit der Beeinflussung des politischen Geschehens bergen. Deshalb wollten die Grünen die Höhe der Spenden auf 100 000 Euro pro Jahr und Spender begrenzen – das war freilich 2010, als sie sich selbst noch nicht über einen solch warmen Geldregen wie heute freuen konnten ... Aktuell wird die Parteispendenpraxis vor allem von der Nichtregierungsorganisation Lobby-Control – Initiative für Transparenz und Demokratie als Gefahr dargestellt: Wohlhabende Industrielle, die das Wahlkampfbudget einer Partei aufbessern, könnten damit auch den Ausgang von Wahlen mehr als andere Bürger beeinflussen, was dem Prinzip „Ein Mensch, eine Stimme“ zuwiderlaufe.

Und tatsächlich fällt auf, dass der Spendenstrom gerade im Bundestagswahljahr 2017 enorm anschwoll, wobei manche der Geldgeber auch gar keinen Hehl aus ihren Absichten machten: „Mir geht es darum, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt“, begründete der „Betongold“-Profiteur Klaus Groth seine 100 000-Euro-Zuwendung an die CDU gegenüber der „Berliner Zeitung“ und fügte hinzu: Deutschland müsse in ruhigem Fahrwasser bleiben; Merkel und die Union seien der Garant für Stabilität und Wachstum – ansonsten hoffe er natürlich auf eine Vereinfachung der Bauvorschriften. Sein „Kollege“ Pollmeier hingegen setzte auf Martin Schulz von der SPD, denn der sei „ein guter Typ“.

Grüne waren misstrauisch – bis sie selbst profitierten

Des Weiteren wird bemängelt, dass leider nur die Großspenden so penibel offenzulegen sind. Das gebe den Unternehmern, Konzernen und Verbänden die Möglichkeit, ihre Einflussnahme auf die Politik zu verschleiern, indem sie die Zuwendungen einfach in kleinere Tranchen stückeln. Zudem bleibe eine weitere wichtige Geldquelle für die Parteien intransparent, nämlich das Sponsoring im Zusammenhang mit der Abhaltung von Parteitagen und ähnlichen Veranstaltungen.

Andererseits ermöglichen die Vorgaben des Parteiengesetzes aber zumindest, dass jedermann genau nachvollziehen kann, welche Partei mit Überweisungen von mehr als 50 000 Euro ausgehalten wird und von wem das Geld genau kommt. Denn dadurch vermag der Bürger seine Wahlentscheidung um einiges fundierter zu treffen. Insofern lohnt ein regelmäßiger Blick auf die laufend aktualisierte Internetseite www.bundestag.de/parlament/ praesidium/parteienfinanzierung. *Wolfgang Kaufmann*

Vor Wahlen gibt es besonders viel: Großspenden sind meldepflichtig

Bild: Imago

Das Ostpreußenblatt

Nr. 10 – 8. März 2019

MELDUNGEN

Großbäckerei in Wartenburg

Wartenburg – Mehr als 20 000 Quadratmeter, neueste Technologie, alte Rezepturen und langjährige Erfahrung – bei Wartenburg entsteht die größte Bäckerei in Polen. Der Eigentümer, der auf dem Allensteiner Markt in dieser Branche seit 30 Jahren tätig ist, versichert, dass kein gefrorener Teig und keine Geschmacksverstärker verwendet werden. Die Kosten der Investition betragen 11,6 Millionen Euro, wovon 4,6 Millionen von der Europäischen Union kommen. Die Bäckerei beginnt in etwa drei Monaten an zu arbeiten. *PAZ*

Umleitungen in Südostpreußen

Allenstein – Von Februar bis Ende Juli ist die Strecke von Niedersee Nieden [Ruciane-Nida] zum Beldahnsee [Jezioro Baldany] geschlossen. Der kürzeste Weg von Rudczanny [Ruciane] nach Weissuhnen [Wejsuny] zu ist damit geschlossen. Um von einer Seite zur anderen zu gelangen, muss man mehrere Kilometer Umweg Richtung Johannisburg [Pisz] in Kauf nehmen. Während der Bauarbeiten wird eine neue Brücke über den Kanal für die gerade renovierte Schleuse Guzianka II gebaut. Die Schleuse in Guzianka verfügt über eine Länge von 44 Metern, eine Breite von 7,5 Metern und überwindet einen Höhenunterschied von zwei Metern zwischen dem Beldahnsee und dem Kleiner Guszianka-See/Kleiner Guschiener See [Jezioro Guzianka Mała] und sichert den Schifffahrtsweg vom Spirding-See [Jezioro Sniardwy] bis zum Niedersee [Jezioro Nidzkie]. *E.G.*

»Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte«

Ausstellung von Familienfotos im Allensteiner Haus Kopernikus zeigt, wie sich die Stadt verändert hat

Am 25. Februar fand im Allensteiner Haus Kopernikus die Eröffnung der Ausstellung „Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte. Familienfotos der deutschen Minderheit" statt.

Ausstellung im Haus Kopernikus: Fotos spiegeln die Geschichte der Stadt wider Bild: D.K.

Im Fokus der Ausstellung, deren Ideengeber der Historiker Ralf Meindl vom Institut für Auslandsbeziehungen war, stehen Fotografien, die aus den privaten Archiven der Familien Black, Naguschewski, Angrik, Dombrowski, Heidrich, Poek und Kochanek kommen. Die Ausstellungstafeln wurden mit ausführlichen Erläuterungen sowohl in deutscher als auch in polnischer Sprache versehen, die den Betrachtern ausgewählte Familiengeschichten näherbringen.

Die zweisprachige Bereitstellung der Textinhalte verhalf dazu, dass die Ausstellungseröffnung auf großen Widerhall stieß. Wie Meindl bei der Eröffnungsrede unterstrich, erschienen zuweilen Bilder von unbekannten Familienmitgliedern nicht so interessant zu sein. Man schaue sich lieber Fotos von eigenen Verwandten an, aber bei genauerer Betrachtung von Abbildungen fremder Personen stelle sich heraus, dass die Fotos viel über die Zeitperiode verrieten, in der sie entstanden seien. Man müsse nur lernen, sie sich entsprechend anzusehen, denn nicht nur die Menschen im Vordergrund, sondern auch die Hintergründe der Bilder, also die verewigte Umgebung, könnten viel über die Geschichte der Stadt, der Region oder sogar Europas erzählen.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass die dargestellte Zusammenstellung von Familienfotografien Einblicke darin gibt, wie sich die Stadt Allenstein im Laufe der Jahrzehnte verändert hat. Ein Beispiel dafür ist eine Abbildung des im Jahr 1902 in der Wilhelmstraße errichteten Gebäudes, das dem angesehenen Allensteiner Bürger Xaver von Naguschewski gehörte und bis heute besteht. Ein anderes Foto aus der Sammlung der Familie Naguschewski belegt, dass dort, wo sich jetzt der Zentrale Park mit vielen Grünflächen befindet, damals ein großer Garten und Acker war. Man erfährt dabei, dass Naguschewski, indem er 1912 viele Bäume pflanzte, eine Oase mitten in der Stadt anlegte, die nach 1945 weiterhin ein Rückzugsort war, wo sich Deutsche unbehelligt treffen konnten.

Viele der ausgestellten Fotos halten die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wach, es werden beispielsweise die Brüder Naguschewski in Soldatenuniformen gezeigt. Anhand der auf einer Fotografie festgehaltenen Leichenumbettung auf den Soldatenfriedhof in Bartossen bei Lyck erinnert man sich auch an die Schrecken des Krieges, an dessen Opfer sowie an deutsche Soldaten, die in den Kämpfen fielen und in Massengräbern oder auch nur notdürftig am Straßenrand bestattet wurden. Zum Glück konnten die wiedergefundenen, exhumierten sterblichen Überreste der im Ersten und Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet Ostpreußens gefallenen Soldaten auf dem deutschen Ehrenfriedhof in Bartossen ihre letzte Ruhestätte finden.

Erinnerungen an den Krieg festgehalten

Zu betonen ist, dass die Ausstellung indirekt vermittelt, wie die Großmächte USA, England und Sowjetunion am Kriegsende aufgrund der in Jalta und Potsdam gefassten Beschlüsse die Schicksale vieler Familien mitbestimmten. In diesen Familiengeschichten spiegeln sich die große Weltgeschichte und deren Auswirkungen auf das Leben von Bewohnern Ostpreußens wider. Für viele Deutsche bedeuteten die politischen Entscheidungen der Alliierten, dass sie von einem Tag auf den anderen Bürger Polens wurden. Zwar flohen viele von ihnen in die Bundesrepublik oder in die DDR, manche, wie Apotheker Eugen Heidrich, wurden mit dem Einmarsch der Roten Armee erschossen, andere verschleppte man nach Sibirien, aber diejenigen, die in ihrer ostpreußischen Heimat verblieben, waren gezwungen, sich mit den neuen Umständen zurechtzufinden.

Die Fotodokumentation beweist auch, dass Deutsche in der Nachkriegszeit mit Polen, die wegen der Grenzverschiebungen oft aus östlichen Gebieten nach Ostpreußen zogen, meistens gut auskamen und friedlich miteinander lebten. Die Kinder aus deutschen und polnischen Familien besuchten dieselben Schulen, nahmen an denselben Ferienlagern teil, verbrachten gemeinsam ihre Freizeit, wuchsen zusammen auf, um letztendlich, abgesehen von ihrer Herkunft, eine Ehe zu schließen.

Infolge der Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten konnten in Polen die Organisationsstrukturen der Deutschen Minderheit aufgebaut werden. Ein Beleg dafür ist eine Fotografie, die Walter Angrik, den Gründervater der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, bei der Eröffnung des alten Sitzes der Organisation im Jahre 1991 zeigt. *Dawid Kazanski*

»Planet« in Königsberg

Ozeanmuseum am Pregelufer wird erweitert – Eröffnung im Jahr 2020

In Königsberg, in der Bohlwerksgasse am Pregel, wurde mit der Verglasung einer riesigen Kugel begonnen. Es handelt sich um ein neues Ausstellungsgebäude des Ozeanmuseums mit der Bezeichnung „Planet Ozean". Für die Verwirklichung dieses Bauwerks und die Vorbereitung der Ausstellung darin wurden umgerechnet rund 15 Millionen Euro bereitgestellt. Das neue Objekt ist Teil des Ozeanmuseums, das im Rahmen des Staatlichen Zielprogramms „Kultur Russlands 2012 bis 2018" gefördert wurde.

Das kugelförmige Gebäude am Pregelufer mit einem Durchmesser von 42 Metern wächst immer mehr zu einem riesigen Globus. Bis April soll es vollständig verglast sein. Bis zum Ende der Bauarbeiten muss aber noch viel getan werden: die haustechnischen Leitungen müssen verlegt, die Innen- und Außenarbeiten fertiggestellt werden. Dann wird die für die Ausstellung notwendige technische Ausrüstung installiert: Bildschirme, Aquarien, Laboratorien.

Weltkugel am Pregel: Neues Museumsgebäude Bild: J.T.

Die Verglasung des kugelförmigen Gebäudes hat bereits begonnen – die erste Glasplatte ist montiert. Insgesamt werden es 1200 sein. Jedes Glas unterscheidet sich von dem anderen, sowohl in der Form als auch in der Zeichnung, die mit einer speziellen farbigen Keramik aufgetragen wurde. Für die Zeichnung wurden Aufnahmen der NASA aus dem Weltall genutzt und zu einer einzigen Zeichnung zusammengefügt. Die Sphäre des Ausstellungsgebäudes „Planet Ozean" wird die Farbe von Wasser und Wolken von dunkelblauem Farbton haben. Nach der Idee der Designer wird das Gebäude also wie der Planet Erde aussehen, wie wenn man sie vom Weltraum aus betrachtet.

Im Inneren wird die Kugel mehrere Etagen haben: sieben oberirdische und zwei unterirdische. Im Inneren werden Spielautomaten und interaktive Ausstellungen installiert sowie Skelette von Meerestieren gezeigt. Die Besucher können die Forschungsergebnisse des Schiffes „Witjas" in Augenschein nehmen. In der Ausstellung des neuen Komplexes werden mehrere Laboratorien eingerichtet, die über die erstaunlichen Prozesse in den Ozeanen der Welt erzählen. Laut der Museumskonzeption wird es in dem neuen Gebäude sechs Ausstellungsräume geben: „Laboratorium der Erde", „Laboratorium des Wassers", „Laboratorium des Weltalls", „Laboratorium der Luft", „Laboratorium des Lebens" und „Laboratorium der Schönheit".

Die Verglasung der Kugel war übrigens schon für den Beginn der Fußballweltmeisterschaft 2018 geplant. Jedoch hatte sich der Bau insgesamt verzögert. Die vollständige Fertigstellung der Kugel und die Eröffnung der Ausstellung ist nun erst für das kommende Jahr zum 30. Jubiläum des Ozeanmusuems geplant.

Jurij Tschernyschew

Neuer Radrundweg

Route auch von Süd- nach Nord-Ostpreußen

Green Velo, der bekannte Fahrradweg in der Repbulik Polen, führt auch durch das südliche Ostpreußen. Mit dieser Route soll ein neuer Radweg „Mazurska Petla Rowerowa" (Masurischer Radrundweg) verbunden werden, der rund um die großen masurischen Seen entstehen soll. Neben der 300 Kilometer langen Hauptroute werden noch etwa 20 lokale Fahrradrouten mit einer Gesamtlänge von 500 Kilometern angelegt. Es werden 42 Rastplätze angelegt. Dazu sollen Fahrradkarten des Masurischen Radrundwegs sowie eine mobile App entstehen. Es wird ein Fahrradverleihsystem geschaffen, ein einheitliches Touristeninformationssystem und eine einheitliche Werbung für den Fahrradweg sowie ein touristisches Angebot, das Fahrrad- und Wasserattraktionen kombiniert.

Zu einer Attraktion für die Radfahrer kann auch der geplante Radweg zwischen Bischofsburg [Biskupiec] und Ortelsburg [Szczytno] werden. Der Bau wurde in drei Etappen unterteilt: Ortelsburg, Mensguth [Dzwierzuty] und Bischofsburg. Zwei Abschnitte, insgesamt 30 Kilometer lang, werden von der EU-Förderung finanziert. Für die dritte Etappe, elf Kilometer lang, die über die Gemeinde Mensguth führen wird, gelang es, die Zuwendungen vom EU-Programm der Zusammenarbeit Polen-Russland zu bekommen. Der russische Partner ist die Selbstverwaltung von Rauschen [Swetlogorsk] im Königsberger Gebiet.

Der Radweg wird an der Stelle der ehemaligen Eisenbahnlinie Ortelsburg-Bischofsburg gebaut. Diese Bahnlinie wurde in den 1990er Jahren stillgelegt. Die Strecke ist von wunderschöner Natur umgeben. Deswegen hat sich der Ortelsburger Landrat, Jarosław Matlach, für einen Radweg entschieden, der im Winter auch als Langlaufloipe dienen kann. Die russischen Partner werden in Rauschen einen Park mit Amphitheater bauen. Das Projekt soll die bisherige Zusammenarbeit zwischen Rauschen und Ortelsburg stärken. Es soll zum kultur-touristischen Austausch kommen. Auf dem neuen Radweg sollen auch polnisch-russische Läufe stattfinden.

Edyta Gladkowska

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 8. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Jeziorowski, Martha, geb. **Kulinna**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 6. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Berghoff, Elisabeth, geb. **Kuschinski**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. März
Luschnat, Lucie, geb. **Tetzlaff**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. März
Rokotta, Kurt, aus Lyck, am 1. März
Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bartel, Günter, KG Ebenrode, am 8. März
Briese, Elisabeth, geb. **Jelinski**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 4. März
Gläßmann, Karl, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 1. März
Maring, Willi, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Meyer-Brandtstädter, Edith, geb. **Brandstädter**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. März
Paulus, Anna, geb. **Czeslik**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. März
Sedelke, Margarete, geb. **Mrowka**, aus Groß Retzker, Kreis Treuburg, am 9. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baehr, Elisabeth, geb. **Witt**, aus Lötzen, am 9. März
Gaudl, Anneliese, geb. **Kling**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. März
Kaldun, Erna, geb. **Nummert**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 2. März
Lanzendorf, Erika-Ursula, geb. **Fahrun**, aus Lyck, am 4. März
Neumann, Marta, geb. **Babick**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. März
Schultz, Elfriede, geb. **Denda**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bernhard, Rosemarie, geb. **Hermes**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 5. März
Hlavka-Mozarski, Rose, geb. **Hlavka**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. März
Huuck, Erwin, aus Geidau, Kreis Fischhausen, am 6. März
Schmitz, Frieda, geb. **Schwarz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 13. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Böhnke, Ernst, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 8. März
Günther, Lieselotte, geb. **Turowski**, aus Lyck, am 11. März
Hapke, Willibald, aus Schönwäldchen, Kreis Osterode, am 12. März
Holuba, Renate, geb. **Kirschnick**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. März
Jankowski, Erich, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 1. März
Karpowski, Friedrich, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 8. März
Mollnau, Elli, geb. **Menger**, aus Neidenburg, am 12. März
Nothdurft, Hildegard, geb. **Prepens**, aus Lötzen, am 10. März
Porath, Edeltraut, aus Lyck, am 1. März
Wenzel, Anneliese, aus Lyck, am 4. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Benger, Grete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 11. März
Boelter, Elfriede, geb. **Waschkewitz**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. März
Donder, Hans, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 11. März
Draempaehl, Else, geb. **Markowski**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 2. März
Erwin, Gerda, geb. **Lenz**, aus Grimmendorf, Kreis Neidenburg, am 11. März
Groth, Hildegard, geb. **Zwiesler**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 8. März
Hoffmann, Hannelore, geb. **Warnat**, aus Lyck, am 14. März
Hofmann, Erika, geb. **Ballnus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 12. März
Keßler, Christel, geb. **Pelletier**, aus Fischhausen, am 7. März
Kulessa, Anneliese, geb. **Pilgrim**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 1. März
Meyer, Marie-Luise, geb. **Tabel**, aus Sanglienen, Kreis Fischhausen, am 2. März
Pogoda, Werner, aus Lyck, am 10. März
Schulz, Liesbeth, geb. **Breßlein**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 10. März
Schulz, Margarethe, geb. **Freiwald**, aus Lyck, am 14. März
Steltz, Irmgard, geb. **Helmcke**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bernst, Elfriede, geb. **Hildebrandt**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 9. März
Dombrowski, Herbert, aus Lyck, Bahnhofstraße 1, am 13. März
Gunia, Irene, geb. **Hanke**, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 12. März
Hennig, Siegfried, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 11. März
Holzwirth, Käthe, geb. **Hennig**, aus Plinken, Kreis Fischhausen, am 5. März
Kristandt, Helmut, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 9. März
Krüger, Emma, geb. **Marzinowski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 3. März
Lutz, Elsa, geb. **Reißmann**, aus Alexwangen, Kreis Fischhausen, am 9. März
Mattke, Richard, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 12. März
Rohmann, Emma, geb. **Griese**, aus Lyck, Steinstraße 17, am 7. März
Welz, Irmgard, geb. **Zittlau**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 3. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bierkandt, Ruth, geb. **Wehowski**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. März
Busse, Hildegard, aus Lyck, am 1. März
Buttgereit, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. März
Hänsel, Lieselotte, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 11. März
Lork, Erich, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 14. März
Schliwinski, Otto, aus Mulden, Kreis Lyck, am 5. März
Schumann, Helmut, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 12. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bellendorf, Elsa, geb. **Liebenau**, aus Mantau, Kreis Fischhausen, am 5. März
Beyer, Waltraut, geb. **Lau**, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 11. März
Broziewski, Franziska, aus Gollen, Kreis Lyck, am 1. März
Buddrus, Dieter, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 10. März
Edlefs, Ursel, geb. **Sulimma**, aus Lyck, Bahnbeamtenhaus 3, am 6. März
Ehlert, Horst, aus Fischhausen, am 7. März
Fuhrmann, Maria, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. März
Funk, Ingrid, geb. **Worgull**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. März
Giering, Hildegard, geb. **Naujoks**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 9. März
Hempel, Christa, geb. **Becker**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 7. März
Joppien, Ingrid, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 11. März
Jorzik, Walter, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 8. März
Kibitzki, Gisela, geb. **Raabe**, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 6. März
Milewski, Anni, geb. **Schalmann**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 11. März
Moranz, Alfons, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. März
Niepelt, Ruth, geb. **Wippich**, aus Lyck, Fligges Garten, am 9. März
Piachnow, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Backeln, Kreis Fischhausen, am 14. März
Pyko, Heinz, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. März
Roeder, Margarete, aus Milucken, Kreis Lyck, am 9. März
Sandner, Elfriede, geb. **Zellmann**, aus Neidenburg, am 10. März
Skibowski, Elisabeth, geb. **Dittrich**, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, am 8. März
Sprengel, Fritz, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 3. März
Steinke, Anneliese, geb. **Kirschnick**, aus Sorthenen, Kreis Fischhausen, am 14. März
Wegner, Hildegard, geb. **Stolzenwald**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 13. März
Wietzorek, Magdalene, geb. **Pentz**, aus Lyck, am 5. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Altrock, Günther, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 10. März
Augustin, Horst, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 8. März
Bachler, Fritz, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 9. März
Baumgart, Gerhard, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 8. März
Betka, Gertrud, geb. **Chrzan**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 5. März
Flüthe, Berhard, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 6. März
Friedmann, Irmgard, geb. **Vogel**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 2. März
Grabowski, Horst, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März
Hammerschmidt, Christel, geb. **Hammer**, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 13. März
Heemeier, Annemarie, geb. **Flottrong**, aus Tauern, Kreis Ebenrode, am 12. März
Hoffmann, Herbert, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 13. März
Husung, Johanna, geb. **Riemer**, aus Brandlacken, Kreis Wehlau, am 12. März
Kerpe, Eva, geb. **Klement**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 1. März
Kucklick, Wolfgang, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. März
Langner, Horst, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 14. März

Wir gratulieren
Fortsetzung auf Seite 15

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Auf nach Wolfsburg!

Ostpreußen aus allen Teilen Deutschlands und aus der Heimat werden am 11. Mai im CongressPark Wolfsburg zum Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erwartet.

Die Besucher können sich auf ein reichhaltiges und kurzweiliges Programm freuen. Das Jahrestreffen beginnt mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die deutschen Heimatvertriebenen auf dem Klieversberg. Der nur wenige Gehminuten von dem CongressPark errichtete 14 Meter hohe Obelisk gehört zu den beeindruckendsten Denkmälern für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung im gesamten Bundesgebiet.

Ab 10 Uhr beginnt das musikalische Vorprogramm mit der Siebenbürger Blaskapelle Wolfsburg. Es folgt die Festveranstaltung, die traditionell mit dem Glockengeläut des Königsberger Domes und dem stimmungsvollen Einmarsch der Fahnen der ostpreußischen Kreise eröffnet wird. Das geistliche Wort übernimmt Domherr André Schmeier aus Allenstein und für die heimatverbliebenen Ostpreußen wird Heinrich Hoch, der Vorsitzende der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, das Wort ergreifen. Höhepunkt des Vormittags ist dann die Ansprache des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Eine zweistündige Mittagspause schließt sich an, die zur kulinarischen Stärkung einlädt und Gelegenheit bietet, sich die Stände und Ausstellungen der Kreisgemeinschaften sowie der Aussteller im Foyer anzuschauen. Der Nachmittag steht ganz im Zeichen der ostpreußischen Kultur. Auftreten werden die französische Sopranistin Isabelle Kusari mit ostpreußischen Volksliedern, die Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der bekannte Heimatsänger BernStein, der auch durch das Programm führt. Es gibt also viele Gründe, nach Wolfsburg zu kommen und der Öffentlichkeit gegenüber zu dokumentieren, dass die Ostpreußen fast ein Dreivierteljahrhundert nach Flucht und Vertreibung eine vitale Gemeinschaft sind.

Karten können im Vorverkauf zum Preis von 10 EURO (Versand zusätzlich 1 EURO) bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: selke@ostpreussen.de und an der Tageskasse in Wolfsburg erworben werden.

Landsmannschaft Ostpreußen

Am 11. Mai werden hier die Elchschaufelfahnen hängen: CongressPark Wolfsburg Bild: D Wecke Photodesign

Wir gratulieren
Fortsetzung von Seite 14

Lasarzik, Heinz, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 10. März
Lubitzki, Heinz, aus Lissau, Kreis Lyck, am 4. März
Maschke, Anni, geb. **Schiemann**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 14. März
Matthies, Gertraud, geb. **Kristofiak**, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 10. März
Paulson, Adolf, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 8. März
Piepke, Inge, geb. **Staats**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 8. März
Poganski, Albert, aus Neidenburg, am 14. März
Pomian, Manfred, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 11. März
Rahnenführer, Hermann, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 7. März
Richter, Ilse, geb. **Brenk**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März
Rimkus, Kurt, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 12. März
Rogalla, Werner, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 8. März
Stobbe, Brigitte, geb. **Engler**, aus Danzig und Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. März
Voigtländer, Ingrid, geb. **Schidlowsky**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. März
Winkler, Erika, geb. **Fischer**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 11. März
Wittschorek, Hubertus, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 10. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Billich, Erika, geb. **Laubrinus**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 8. März
Bohnsack, Helga, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 11. März
Cilwik, Helmut, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 11. März
Dressler, Edith, geb. **Kraska**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 3. März
Fischer, Traute, geb. **Lischewski**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 10. März
Froese, Gerhard, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 9. März
Kamphausen, Gert, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 6. März
Lorre, Helga, geb. **Traven**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 8. März
Manneck, Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. März
Marcinczyk, Gertrud, geb. **Kowalik**, aus Lindengrund, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Meiser, Ursula, geb. **Aßmann**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 14. März
Modistach, Ursula, geb. **Riemann**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 7. März
Otremba, Erika, geb. **Sdunkowski**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 1. März
Overton, Helga, geb. **Philippzik**, aus Lyck, am 8. März
Peper, Karl-Heinz, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 8. März
Podleck, Marion, geb. **Lucas**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 10. März
Pries, Ilse, geb. **Rempel**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 9. März
Rude, Edelgard, geb. **Müller**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 11. März
Skorzinski, Edelgard, geb. **Meyer**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 3. März
Truskowski, Günter, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 3. März
Von Grumbkow-Weiß, Marie-Agnes, geb. **von Grumbkow**, aus Milchbude, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. März
Warnke, Helmuth, aus Ortelsburg, am 13. März
Ziemek, Dietmar, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Alex, Willfried, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 9. März
Hinz, Adelheid, geb. **Büchler**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 11. März
Korpp, Adelheid, geb. **Spließ**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 8. März
Lange, Karl-Heinrich, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 5. März
Lünz, Heidi, geb. **Objartel**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 9. März
Metzker, Georg, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 9. März
Neumann, Karl-Ernst, aus Kallehnen, Kreis Wehlau, am 14. März
Reiss, Gabriele, KG Lötzen, am 10. März
Schön, Helgard, geb. **Ehlert**, aus Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. März
Von Borries, Evelyn, geb. **Stein**, aus Gut Schönwiese, Kreis Preußisch Eylau, am 11. März

Anzeige

Suche Info zum Verbleib
von **Frieda Gerullis,** geb. 28.12.1901 in Schloßberg und ihrer Mutter **Johanna Gerullis** geb. Görke.
Infos bitte per Mail an **gerullis@fantasymail.de** oder **03461-275689**

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Wahlaufruf

Sonntag, 31. März: Einsendeschluss des Wahlscheins.

Die Stadtgemeinschaft Allenstein und die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land haben beschlossen, sich zur Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. zu vereinen. Der Eintrag in das Vereinsregister des Amtsgerichts Osnabrück ist erfolgt, und die Gemeinnützigkeit wurde durch das Finanzamt bestätigt.

Entsprechend der Wahlordnung der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. rufen wir alle Mitglieder der Stadtgemeinschaft Allenstein und der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land zur Wahl der gemeinsamen Kreisversammlung auf. Als Mitglieder gelten heutige und frühere Bewohner der Stadt und des Landkreises Allenstein, ihre Ehegatten und Nachkommen sowie diejenigen, die sich unserer Heimat besonders verbunden fühlen. Die Mitgliedschaft entsteht durch Aufnahme in die Heimatkartei und kann durch Anmeldung oder eine dieser gleich zu setzenden Erklärung, wie die Beteiligung an der Wahl der Kreisversammlung, erfolgen. Jedes Mitglied der beiden Kreisgemeinschaften ist wahlberechtigt und auch wählbar.

Die Wahl muss schriftlich auf dem im Allensteiner Heimatbrief Nr. 266 und im Heimatjahrbuch Landkreis Allenstein 2018 enthaltenen Wahlschein erfolgen. Die Wahl ist gültig, wenn insgesamt nicht mehr als 15 Kandidaten gewählt werden. Auf dem Wahlschein sind Name und Anschrift des Wählers anzugeben.

Folgende Mitglieder der beiden Kreisgemeinschaften kandidieren für die Kreisversammlung: Alexander Bauknecht, Hans-Peter Blasche, Johann Certa, Andreas Galenski, Bernhard Grodowski, Jan Hacia, Stefan Hein, Gottfried Hufenbach, Artur Korczak, Waldemar Lehnardt, Waldemar Malewski, Herbert Monkowski, Thomas Nowack, Christine Plocharski, Werner Schaffrin, Horst Tuguntke, Dagmar Urban.

Der Wahlschein ist an Kreisgemeinschaft Allenstein e.V., Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen oder per E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de zu senden. Einsendeschluss ist der 31. März

Gottfried Hufenbach,
Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Allenstein
Hans-Peter Blasche,
Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land

ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Der Vorstand tagte

Aus Kostengründen tagt der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg nur zweimal im Jahr im Zusammenhang mit der traditionellen heimatpolitischen Tagung im Februar und den Angerburger Tagen (Kreistreffen) im September eines jeden Jahres. Dazu begrüßte Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski am 15. Februar im Besprechungsraum „Angerburg“ im Verwaltungsgebäude des Landkreises Rotenburg (Wümme), die erschienenen Vorstandsmitglieder und Frauke Rosin als Bearbeiterin der Versanddatei für den Angerburger Heimatbrief sowie Michael Meyer, den zuständigen Referenten für Patenschaftsangelegenheiten. Er hieß die Sitzungsteilnehmer herzlich willkommen und überbrachte zugleich die Grüße von Landrat Hermann Luttmann. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachten die Sitzungsteilnehmer der am 16. Januar 2019 im Alter von 78 Jahren verstorbenen Oberstudienrätin a.D. Gudrun Lutze, die viele Jahre im Vorstand mitgearbeitet hat. Eine große Trauergemeinde, darunter Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski mit seiner Ehefrau und Michael Meyer vom Landkreis Rotenburg (Wümme), nahmen am 1. Februar auf dem kirchlichen Friedhof in Bremen-Grohn Abschied von Gudrun Lutze. Wie immer, war eine lange Tagesordnung abzuarbeiten. Der Kreisvertreter dankte Brigitte Junker und Michael Meyer für die Vorbereitung und Durchführung der 61. heimatpolitischen Tagung am 16. und 17. Februar. Als Termin für die 62. heimatpolitische Tagung wurde der 15. bis 16. Februar 2020 festgelegt. Außerdem wurde der Ablauf der 65. Angerburger Tage am 14. und 15. September in der Theodor-Heuss-Schule besprochen. Eingeleitet werden die 65. Angerburger Tage am 14. September mit einer Kranzniederlegung um 10.30 Uhr am Patenschaftsstein im Amtshofpark des Rotenburger Kreishauses. Anschließend findet um 11 Uhr die Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft im großen Sitzungssaal des Rotenburger Kreishauses statt. Als wichtigster Tagesordnungspunkt wird die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung stehen. Um 14 Uhr erfolgt die Saalöffnung in der Theodor-Heuss-Schule mit Bewirtung und um 19.30 Uhr der Heimatabend mit anschließendem geselligen Beisammensein.

Am Sonntag, 15. September erfolgt die Saalöffnung bereits um 9.30 Uhr und für 11 Uhr ist die Feierstunde geplant. Nach der Feierstunde in der Theodor-Heuss-Schule besteht Gelegenheit zum Mittagessen und zum Besuch der Geschäftsstelle mit Angerburger Zimmer am Weicheler Damm 11 in der Zeit von 13 Uhr bis 16 Uhr. Bis zu den 65. Angerburger Tagen wartet also noch viel Arbeit auf den Vorstand. Brigitte Junker erläuterte den Jahresabschluss 2018. Die Ausgaben betrugen 37957,63 Euro und überstiegen die Einnahmen um 2223,83 Euro. Allein der Versand der Heimatbriefe verursacht höhere Portokosten von rund 400 Euro jährlich. Hinzu kommt, dass nur etwa 42 Prozent der Heimatbriefbezieher spenden. Mit dem Angerburger Heimatbrief wird nicht nur der Heimatbrief finanziert, sondern auch unsere Heimatarbeit mit Geschäftsstelle und die Deutsche Gesellschaft Mauersee in Angerburg. Auch an der Finanzierung des Schüleraustausches Rotenburg-Angerburg beteiligen wir uns. Ferner informierte der Kreisvertreter die Sitzungsteilnehmer über den Verlauf der Sitzung der Ostpreußischen Landesvertretung am 3. und 4. November in Wuppertal und die Veranstaltungen der Landsmannschaft Ostpreußen in diesem Jahr. Mit einem Filmbeitrag über die Schlussveranstaltung Angerburger Schüler in Waldmichelbach (vier Teilnehmer) schloss der Kreisvertreter nach über vier Stunden mit einem Dank an die Sitzungsteilnehmer die Sitzung.

ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschaftsgespräch

Eisenach – Sonnabend, 23. März: Nachbarschaftsgespräch Tilsit, Tilsit-Ragnit und Elchniederung (nur Vorstandsmitglieder).

GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimattreffen

Spornitz – Sonnabend, 23. März, 10 bis 15 Uhr, Landhotel: 53. Gesamtdeutsches Heimattreffen des ostpreußischen Regierungsbezirkes Gumbinnen.

Das Landhotel in Spornitz ist an der B 191 gelegen, nahe Parchim. Alle Landsleute und Interessierte sind herzlich eingeladen. Es wird Wissenswertes über Ostpreußen zu hören sein. Ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die Heimat sind vorgesehen und werden die Vergangenheit in die Gegenwart holen, sodass der Landsmann und auch der Nichtostpreuße hiervon beeindruckt sein und gerne zu Nachfolgetreffen kommen wird.

Das Hotel kann entweder mit dem PKW über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden.

Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden.

Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze. Es bietet dem Weitgereisten eine Unterkunft an.

Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig unter Telefon (038726) 880 vereinbart werden.

Auskunft erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinkman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon und Fax (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@arcor.de

Anzeige

MASUREN
Komfort Einfam.-Haus und sep. Appartement, voll ausgestattet, direkt am See, eigener Badesteg mit Ruderboot, 2 Garagen.
Wejsunen, Krs. Johannisburg
Ab 12,00 € pro Person / Tag – Näheres:
J. Bartlick, **Tel. 040/51904313 - 0163/4300582**

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Sachsen – Sonnabend, 23. März, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte Eschenweg 60, 08060 Zwickau OT Marienthal: Jahresrückblick, Beisammensein, Lieder und Gedichte. Nähere Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Schwerin – Mittwoch, 13. März, 12 Uhr, Gaststätte KAKTUS, Dreescher Köpmarkt, Schwerin: Treffen. Nähere Informationen bei Helga Hartig, E-Mail: hehartig@web.de, Telefon (0385) 3922633,

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Zusendungen für Ausgabe 13

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 13/2019 (Erstverkaufstag: 29. März) bis spätestens Mittwoch, 20. März an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Anzeige

„Das Schönste, was der Mensch auf Erden hat, ist seine Melodie.“
aus ‚JOHANNISFEUER‘ von Hermann Sudermann

Siegfried Plewa

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande

** 31. 12. 1931 Pfaffendorf / Kreis Ortelsburg*
† 14. 2. 2019 Essen

Seine Melodie wird weiter klingen.

In liebevoller Erinnerung
Doris
Kerstin und Astrid
Ann-Kathrin, Adrian und Konstantin
Viktoria
Pit und Kalle

Die Trauerfeier und anschließende Beisetzung erfolgten am 21. Feb. 2019 auf dem Städt. Friedhof in Essen-Kray, Friedenstraße 18.

Kondolenzanschrift: Doris Plewa, c/o Bestattungen Gröf, Aktienstraße 49, 45359 Essen

»Was wird von mir wohl bleiben?«

Agnes Miegels 140. Geburtstag – 50 Jahre Agnes-Miegel-Gesellschaft

Am 9. März feiern wir Agnes Miegels 140. Geburtstag – und gleichzeitig das 50-jährige Bestehen der Agnes-Miegel-Gesellschaft, die fünf Jahre nach ihrem Tode in Bad Nenndorf gegründet worden war.

Und so darf man wohl fragen – was ist von ihr geblieben, die laut einer Umfrage in den 30er Jahren einmal zu den sechs bekanntesten Persönlichkeiten Ostpreußens zählte? Die für ihre Balladen, Gedichte und Erzählungen so außerordentliche Ehrungen erhielt wie 1924 die Ehrendoktorwürde der Königsberger Universität Albertina (ohne dass sie ein akademisches Studium absolviert hatte) – 1940 den hochangesehenen Goethepreis der Stadt Frankfurt (dessen Preiskomitee auch in den dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte nicht von seinem hohen Anspruch an hervorragende künstlerische Qualität abgewichen war) und 1959 den Großen Literaturpreis der Bayerischen Akademie der Schönen Künste. Als erste Frau wurde sie 1939 Ehrenbürgerin ihrer damals fast 670 Jahre alten Vaterstadt Königsberg und, einmalig in der Geschichte des Staatsbades Nenndorf, ihrer Altersheimat, 1954 zum Ehrenkurgast erhoben.

Als sie 1964 starb, telegrafierte der Parteivorsitzende der SPD Willy Brandt zusammen mit Fritz Erler und Herbert Wehner sein Beileid an Elise Schmidt-Miegel: „In Frau Agnes Miegel verliert die Geisteswelt eine Dichterin, deren Schaffen, von der tiefen Liebe zur Heimat geprägt, in die deutsche Literaturgeschichte eingehen wird."

Heute aber trägt keine Schule mehr ihren Namen, und kulturferne politische Agitatoren betreiben die Umbenennung von Straßen, die nach ihr benannt sind. Die früher selbstverständliche Kenntnis von einigen Miegel-Gedichten ist pauschalierenden Schlagworten gewichen, entweder wird die „Nazidichterin" gleich in Bausch und Bogen verurteilt, ungeachtet ihrer zeitlosen künstlerischen Werke und ihrer vollständigen Entlastung, oder die „Mutter Ostpreußen", wie ihre Landsleute und heimatvertriebenen Schicksalsgenossen sie liebevoll nannten, wird als unbedeutende Heimatdichterin abgetan.

Man hat Agnes Miegel öfters mit Annette von Droste-Hülshoff verglichen, sie zuweilen gar als „Droste des Ostens" betitelt. Mit dem Ruhm war es bei der Westfälin genau umgekehrt: Zu Lebzeiten war sie kaum bekannt, heute ist sie aus keiner Literaturgeschichte fortzudenken. Aber auch sie – kennt man sie denn? Meistens verbindet man nur zwei oder drei Titel aus dem Schulunterricht mit ihrem Namen. Ruhm ist nicht gleichbedeutend mit Bekanntheit und Textvertrautheit.

So gilt für Agnes Miegel wie für jeden Dichter: Das Werk muss jeder Leser selbst entdecken, sich erobern. Schon Goethe brachte das mit seinem bildhaften Vergleich auf den Punkt: „Gedichte sind gemalte Fensterscheiben." Von außen ist nicht viel zu sehen, erst drinnen überraschen und bezaubern Licht und Farben.

Nehmen wir zum Beispiel Agnes Miegels Ballade „Das Opfer" von 1920.

Der Amtmann saß im Saale, da kamen sie langsam herein,
Spuckten aus und zogen die Mützen, sie kamen zu zwein und drein,
Vierschrötig, kurzbeinig und sonnverbrannt, an die hundert Mann.
Sie schoben sich vor den Richtertisch und starrten den Amtmann an.
Sie rochen nach Salz und Seewind, sie rochen nach Kienrauch und Teer.
Der Amtmann schnitzte am Federkiel: „Willem Pönopp, komm mal her,
Es geht durchs ganze Samland über dich ein groß Geschrei:
Der Willem verlockt die Fischer zu heidnischer Zauberei."

Man sieht die Szene vor sich, mit allen atmosphärischen Details, als wäre man selbst mit dabei. Man sieht die Schar der Fischer, spürt ihre wortkarge Wesensart und ihren handfesten Arbeitsalltag am Wasser. Und dann rollt Agnes Miegel im Bericht der Fischer vor dem Amtmann die Handlung auf – es ist die ostpreußische Sage von Valtin Supplitt, die hier mit einigen dramaturgisch wirkungsvollen Änderungen gestaltet wird.

Unter der schwedischen Belagerung entschließen sich die bedrängten Fischer zur Selbsthilfe und bauen auf ihre alte Religion, die tatsächlich handfeste Hilfe bewirkt. Ein Nachfahre der alten Priester vertreibt die Fische mit einem Ritual, das noch fern in seiner Erinnerung verankert ist. Die Schweden ziehen tatsächlich ab – aber die Fischer leiden selbst Hungersnot. Nach schweren Monaten für die ganze Bevölkerung bleibt dem strengen Amtmann nichts anderes übrig, als ein erneutes (heidnisches) Handeln der Fischer zu verlangen, das die Fische wiederbringen soll. Der Zauber gelingt, große Fischschwärme ziehen heran, „aber der silberne Hering kam nie mehr zurück".

Mit bannender, detailfreudiger Unmittelbarkeit schildert Agnes Miegel das Geschehen und die Gebete an den „Gott unsrer Väter", den „Herrn des salzigen Wassers den kein Name nennt", „dem alles gehört was glitzernd die Flossen regt", „der auf dem Haupt den erstarrten Honig des Meeres trägt", – den Vater, der seinem bedrängten Volke helfen möge. Man muss die ganze Ballade lesen, um Wort und Gestaltung staunend zu entdecken, zu erleben.

Die Dichterin selbst aber war fest in der christlichen Religion verwurzelt und gehörte der reformierten Burgkirchengemeinde in Königsberg an wie ihr Vater und ihre Königsberger Vorfahren. Was sie schrieb, reicht in zahlreiche Kulturen und Regionen der Erde, in die sie sich seherisch einfühlte.

„Sang ich, mir selber kaum deutbar, was Schatten und Erde mich lehrten,
Sang ich Liebe und Tod – sang ich das eigne Geschick."

Flucht und Heimatverlust trug sie mit ihren Landsleuten, die sie mit ihrem Wort und ihrer warmherzigen, integeren Persönlichkeit tröstete und stärkte.

In ihren letzten Lebensjahren fragte sie sich oft, „Was wird von mir wohl bleiben?" und ob noch „ein Vers von mir, ein Wort lebendiges Herze rühren wird?" Bei den Veranstaltungen der Agnes-Miegel-Gesellschaft jedenfalls ist das immer wieder zu erleben, wie sehr ihr dichterisches Wort die Zuhörer anzurühren vermag. *M. Kopp*

Anmerkung der Redaktion: Die promovierte Marianne Kopp ist 1. Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V.

Die ostpreußische Dichterin am Anfang und zum Ende ihrer Schaffenszeit: Agnes Miegel

Bilder (2): Archiv

Schüttelrätsel

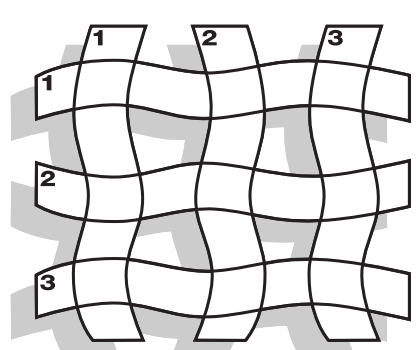
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABCEH NOSTT	BERU	▼	AILMS	EEGH	▼	EMNOT	ORTU	AELS	ENST
▶									
EKLNU ▶						ELO ▶			
EEGM TU			EGNS SU ▶						
▶						ART ▶			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Rüsseltier, Dickhäuter.

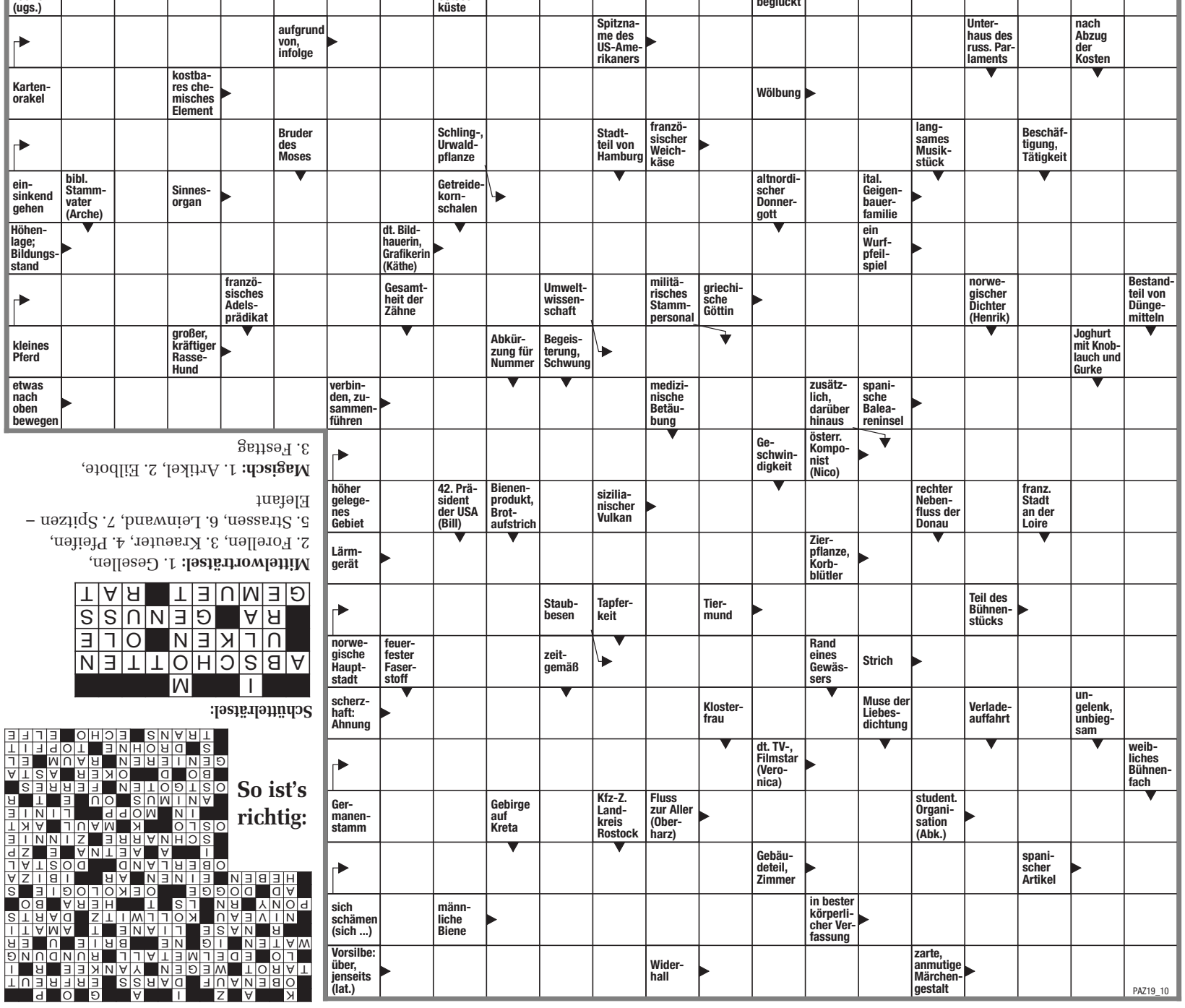
1	JUNG	■				▼				BRIEF
2	BACH								■	FILET
3	WILD	■								BAD
4	TON							■	■	TABAK
5	FERN	■								BAU
6	FILM	■								HELD
7	HAAR	■							■	ROCK



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Zeitungsaufsatz
2 Kurier, Postzusteller
3 Gelegenheit zum Feiern



So ist's richtig:

Magisch: 1. Artikel, 2. Eilbote, 3. Festtag

Mittelworträtsel: 1. Gesellen, 2. Forellen, 3. Kraeuter, 4. Pfeifen, 5. Strassen, 6. Leinwand, 7. Spitzen – Elefant

Schüttelrätsel:

A	B	S	C	H	O	T	T	E	N
U	L	K	E	N	■	O	L	E	■
R	A	■	G	E	N	U	S	S	■
G	E	M	U	E	T	■	R	A	T
■	■	■	■	■	M	■	■	I	■

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; E-Mail: kreiver.strysio@t-online.de; Erster Stellvertreter: Klaus Dowanr, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißen, Telefon (03521) 4592901, E-Mail: kodo48@aol.com; Kassenverwalter: Günter Woyzechowski (kommissarischer Kreisvertreter), Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63428, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Heimatreise

Freitag, 12., bis. Sonntag, 21. Juli: Zehntägige Busreise nach Johannisburg, Königsberg, Kurische Nehrung (Nidden), Rominter Heide, unter der Leitung von Siegfried Strysio.

Am 12. Juli beginnt die Busreise von Wuppertal über Hannover zunächst nach Stettin, das bei einer Stadtrundfahrt näher betrachtet wird. Doch das Ziel heißt Ostpreußen und genauer Johannisburg, deswegen geht es gleich am nächsten Tag entlang der Pommerschen Ostseeküste weiter in die ostpreußische Hauptstadt. In Königsberg wird es neben einer Stadtrundfahrt auch Besichtigungen des Doms und des Kantmuseums geben. Weiter geht die Fahrt Richtung Nidden, wo gleich zwei Übernachtungen eine gute Erholung auf der Kurischen Nehrung bieten, ohne die Kultur dabei außer Acht zu lassen. Besichtigungen der Wanderdüne, des Thomas-Mann-Hauses und des Hexenbergs sind zwar freiwillig, aber eigentlich ein Muss.

Nun liegt Johannisburg im Süden Ostpreußens und so geht es auch mit insgesamt vier Übernachtungen wieder in diese Richtung, über Insterburg, Kanthausen, Gumbinnen, Trakehnen und Groß Rominten, Goldap, Treuburg und Lyck nach Johannisburg.

Dort steht der Besuch des schönen denkmalgeschützten Wasserturms auf dem Programm, ebenso wie ein Besuch der einzigen evangelischen Kirche im Kreis Johannisburg und des Igor Newwelgs mit seiner schöpferischen Arbeit, eine Schifffahrt darf natürlich auch nicht fehlen. Von Johannisburg aus sind private Fahrten in die Heimatorte mit Taxen möglich. Ein letzter Tag in Masuren wird mit Staken auf der Kruttinna und einem gemütlichen Folkloreabend gestaltet. Weiter geht die Fahrt über Ortelsburg, Hohenstein und Thorn in den Großraum Posen. Die Heimreise bestimmt den zehnten Tag.

Weitere Auskünfte erteilt der Kreisvertreter Siegfried Strysio unter Telefon (05147) 975518 oder E-Mail: kreisvert.strysio@t-online.de

LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellung

Neumünster – Sonnabend, 16. März, 15.30 Uhr, Lötzener Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: Eröffnung der Ausstellung „Masuren – Land der Stille“. Gezeigt werden Aquarelle von Hans-Jürgen Gaudeck (geb. 1940 in Berlin).

Sie hängen schon – die Bilder der neuen Ausstellung im Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster. Es handelt sich bei den Kunstwerken um 22 großformatige Aquarelle des in Berlin lebenden Malers Hans-Jürgen Gaudeck. Sie stellen eine Auswahl dar aus dem umfangreichen Ergebnis eines mehrwöchigen Malaufenthalts in Masuren.

Gaudeck (geb. 1941) entdeckte eine mit den Spuren deutscher Geschichte durchsetzte Landschaft, vor allem jedoch „Masuren – Land der Stille“. So der Titel der Ausstellung, der ebenfalls hätte lauten können: „Eine gemalte Liebeserklärung“.

Mit Pinsel, Stift und Farbe hat Gaudeck charakteristische Motive abgebildet wie die beeindruckende Größe von Dönhoffstedt (Schloß und Park), die Morbidität des Schlosses Steinort, die barokke Pracht der Wallfahrtskirche Heiligelinde, die Naturschönheit der Krutinna oder die Verlassenheit des Philipponenfriedhofs von Eckertsdorf. Die Darstellung stimmungsvoller Seeblicke, wie auf den Spirding oder den Beldahnsee, von sommerlichen und dramatischen Wolkenlandschaften, des oft besungenen hohen Himmels Masurens oder die Wiedergabe der Weite und scheinbaren Menschenleere der Landschaft überzeugen.

Hans-Jürgen Gaudeck gelingt der Versuch, den Zauber Masurens dem Betrachter zu erschließen. Er beweist mit nahezu jedem seiner Blätter, dass er auf der Suche nach der Melancholie Masurens fündig wurde. Der Künstler selbst spricht von der tiefen, schweren Musik der Landschaft, die er mit seinen Bildern auszudrücken versucht.

Eröffnet wird die Ausstellung im Lötzener Heimatmuseum am Sonnabend, den 16. März 2019 um 15.30 Uhr. Der Künstler wird anwesend sein. An diesem Tag wird auch sein in 2016 im Steffen Verlag Berlin erschienenes Buch „Masuren – Land der Stille“ vorgestellt. Es kann erworben und von Hans-Jürgen Gaudeck auf Wunsch signiert werden. Das Vorwort zu diesem Bild-Text-Band verfasste Arno Surminski.

Das Ausstellungsprojekt konnte realisiert werden durch eine Kooperation zwischen dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg (Kulturreferentin Agata Kern) und dem Lötzener Museum in Neumünster (verantwortlich Ute Eichler), dazu durch wirkungsvolle Hilfe im Hintergrund durch mehrere Personen.

In der Sudetenlandstraße 18 H wird die Ausstellung bis einschließlich 21. Juli zu sehen sein. Zu besuchen ist der Lötzener Ausstellungsraum am 16. März, 27. April, 18. Mai, 15. Juni und 20. Juli sowie fast jederzeit nach Absprache unter Telefon (040) 6083003 (Eichler). An den genannten Daten gibt es jeweils um 15.30 Uhr ein besonderes Veranstaltungsangebot, über das im Vorfeld in der Presse informiert wird.

LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Mittlere Generation

Göttingen – Freitag, 22., bis Sonntag, 24. März, Hotel Rennschuh, Kasseler Landstraße 93, 37081 Göttingen, www.rennschuh.de: Frühjahrstagung der Mittleren Generation.

Programm

Freitag, 22. März, bis 18 Uhr Anreise, 18.30 Uhr: Gemeinsames Abendessen, 20 Uhr: Bildpräsentation.

Sonnabend, 23. März, 9 Uhr: Begrüßung, Geschichten aus Ostpreußen, 10.30 Uhr: Kaffeepause, 11 Uhr: Bericht über Aktivitäten der KG von Bärbel Wiesensee, 12 Uhr: Mittagessen, 13.45 Uhr: Abmarsch zum Bus Linie 31, 15 Uhr: Geowissenschaftliches Zentrum der Universität Göttingen, Vortrag und Führung durch die Bernsteinsammlung, 18.30 Uhr: Rückfahrt zum Hotel, 19 Uhr: Abendessen, anschließend gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 24. März, 9 Uhr: Bericht Glückwunschkartei von Dieter Czudnochowski, 10.15Uhr: Kaffeepause, 10.30 Uhr: Besprechung Herbstfahrt, 12 Uhr: Mittagsimbiss, danach Heimreise.

Programmänderungen vorbehalten.

Eine Unkostenpauschale von 20 Euro beispielsweise für den Eintritt, Führung sammle ich vor Ort ein. Die Fahrtkosten werden von der Kreisgemeinschaft bezahlt. Die Übernachtung und Verpflegung muss jeder selbst bezahlen. 74 Euro pro Nacht im Doppelzimmer mit Frühstück, 54 Euro pro Nacht im Einzelzimmer Komfort mit Frühstück, 47 Euro pro Nacht im Einzelzimmer Standard mit Frühstück.

Es stehen nur wenige Standard-Einzelzimmer zur Verfügung, das Datum der Anmeldung entscheidet.

Die Vollverpflegung während des Wochenendes beträgt 90 Euro, darin enthalten sind: Abendessen am Freitag und zwei Getränke Sonnabend: Mittagsimbiss und ein Getränk, Kaffeepause am Nachmittag, Abendessen und zwei Getränke, Wasser und Apfelsaft unlimitiert, Sonntag: Mittagsimbiss und ein Getränk, Wasser und Apfelsaft unlimitiert. Wir treffen uns um 18 Uhr zur Begrüßung im Nebengebäude im 1. Stock, anschließend gemeinsames Abendessen. Bitte meldet Euch so schnell wie möglich. Ich freue mich auf eine schöne Zeit mit Euch in Göttingen.

Anmeldung bei Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen, E-Mail: heidi-mader@gmx.de, Telefon (0421) 67329026.

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Versammlung

Bad Sassebdorf – Sonnabend, 31. August, 14 Uhr, Hotel Haus Rasche, Wilhelmstraße 1, 50505 Bad Sassendorf, Telefon (02921) 55501: Mitgliederversammlung mit Wahl des neuen Kreistags.

Tagesordnung:

TOP 1: Eröffnung der Mitgliederversammlung und Begrüßung durch den Kreisvertreter;

TOP 2: Totenehrung;

TOP 3: Wahl des Versammlungsleiters;

TOP 4: Wahl des Protokollführers;

TOP 5: Vorstellung der Tagesordnung durch den Versammlungsleiter;

TOP 6: Bericht des Kreisvertreters;

TOP 7: Bericht des Schatzmeisters;

TOP 8: Bericht des Dateiverwalters;

TOP 9: Vorstellung des Wahlablaufs durch den Versammlungsleiter;

TOP 10: Wahl der Mitglieder des neuen Kreistags für die Wahlperiode 2019 bis 2023.

Der Kreistag besteht aus maximal 21 Mitgliedern, das sind die Kirchspielvertreter und die sogenannten weiteren Vertreter. Zur Wahl stehen Vertreter für die meisten der folgenden Kirchspiele: Altenkirch, Argenbrück, Breitenstein, Groß Lenkenau, Hohensalzburg, Königskirch, Rautenberg, Sandkirchen, Schillen, Trappen, Ragnit-Land/Tilsit-Land, Neuhof-Ragnit und Ragnit-Stadt. Die Kirchspiele Argenbrück und Sandkirchen werden zurzeit nicht betreut.

Als sogenannte weitere Vertreter sollen gewählt werden: der Kreisvertreter, der Geschäftsführer und Verwalter der Homepage, der Schatzmeister, der Schriftleiter und Beauftragte für die Öffentlichkeitsarbeit, der Protokollführer, der Beauftragte für die Chronik und das Archiv, der Beauftragte für die Dateiverwaltung und die Betreuerin/der Betreuer der Heimatstube. Kreistagsmitglieder können mehrere Ämter innehaben.

Wahlvorschläge zum neuen Kreistag sind bis zum 30. Juni an den Kreisvertreter einzureichen. Dem Wahlvorschlag muss eine vom vorgeschlagenen Kandidaten unterschriebene Einwilligungserklärung beiliegen.

Der Wahl schließt sich die konstituierende Sitzung des neu gewählten Kreistags an.

Nach dem gemeinsamen Abendessen ist ein gemütliches Beisammensein geplant.

Dieter Neukamm

Helmut Subroweit

Helmut Subroweit wird 70 Jahre alt Bild: privat

Im Heft 89 unseres Heimatbriefes stellt der Jubilar dar, was ihn veranlasste, sich im Oktober 2011 zum Schatzmeister der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit wählen zu lassen. Zusammengefasst war das zum einen der Tatsache geschuldet, dass seine Vorfahren seit Generationen in Ostpreußen, im nordöstlichen Teil der Provinz, gelebt hatten und zum andern dem Umstand, dass er das Amt eines Schatzmeisters von seiner langjährigen Tätigkeit als Kassenwart eines Radsportvereins her kannte.

Helmut wurde am 8. März 1949 in Elze bei Hannover geboren. Heute wohnt er in Soest, wohin er bereits vor vielen Jahren gezogen war. Nach einer kaufmännischen Lehre und der Wehrpflicht schloss sich ein Studium des Sozialwesens in Münster/Westfalen an, das ihn qualifizierte, im Jugendamt der Stadtverwaltung Soest schließlich als Beamter auf Lebenszeit tätig zu sein, und zwar als Amtsvormund, im Allgemeinen Sozialdienst und abschließend, bis zu seiner Pensionierung, in der Betreuung von auffälligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Der Vater von zwei Söhnen betreibt immer noch intensiven Radsport, sei es mit dem Rennrad oder auf längeren Radtouren, und, wenn möglich, nimmt er an Segeltörns auf der Ostsee teil.

Seine Tätigkeit als Schatzmeister im Vorstand der Kreisgemeinschaft nimmt ihn sehr in Anspruch. Nachdem der dreiköpfige Vorstand durch den langen, krankheitsbedingten Ausfall des Geschäftsführers im November 2017 entsprechend geschrumpft war, musste, bis nach längerer Zeit Ersatz gefunden worden war, die bisherige Arbeit des Geschäftsführers von den beiden ‚Verbliebenen‘ erledigt werden. Hier zeichnete Helmut sich durch disziplinierte, umsichtige, einsatzfreudige und zielorientierte Erledigung der übernommenen Aufgaben aus. Seine berufliche Erfahrung in der Verwaltungsarbeit war ihm dabei sicher eine Hilfe. Bereits 2013 verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Helmut als Anerkennung für seinen Einsatz für die Heimat ihr Verdienstabzeichen.

Die Mitarbeiter im Kreistag der Kreisgemeinschaft schätzen Helmuts freundliches, offenes, verbindliches Wesen. Sie gratulieren ihm herzlich zu seinem Geburtstag und wünschen ihm und seiner lieben Ehefrau Annette noch viele glückliche Jahre bei guter Gesundheit. *i.A. Dieter Neukamm, Kreisvertreter*

Korrektur

In der *PAZ*-Ausgabe 8/2019 heißt es in dem Text „Flüchtlingsschiff ‚Pretotia‘“ „...des Deutschen Panzermuseums Münster“. Tatsächlich befindet sich das Panzermuseum in Munster. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Ludwigsburg – Dienstag, 19. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 16. März, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Jahreshauptversammlung. Der Vorstand lädt alle Mitglieder mit Familie und Freunde unserer unvergessenen Heimat herzlich ein.

Wir bitten wegen der Essensvorbestellungen um kurze Anmeldung bei Ilse Hunger unter Telefon (07121) 52541.

Stuttgart – Dienstag, 19. März, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Stuttgart.

Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Entscheidung, ob die Kreisgruppe den e.V. auflöst und als Untergliederung der Landesgruppe weiter besteht.

Nach dem offiziellen Teil wird ein Film über Ostpreußen gezeigt. Bitte nehmen Sie zahlreich an der Veranstaltung teil.

Gäste sind herzlich willkommen.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 8. März, 19 Uhr, Hotel Gasthof Krone, Gunzenhausen: heimatliches Essen „Schmandhering mit Pellkartoffeln“, anschließend Lesung „Aus der Russenzeit 1914“, Bericht einer ostpreußischen Gutsfrau, vorgetragen von den Damen Rossius, Klischat und Sanowski. – Sonnabend, 23. März, 9 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Ordensschloss in Ellingen: Kulturtagung des Kulturzentrums Ostpreußen.

Ansbach – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Orangerie: Treffen.

Hof – Sonnabend, 9. März, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marestraße 88: „Quer durch Ostpreußen“.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPE

Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Frauengruppe – Mittwoch, 13. März, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Treffen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Königsberg – Freitag, 22. Mär, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Rastenburg – Sonntag, 10. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

www.preussische-allgemeine.de

BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Potsdam – Sonntag, 23. März, ab 11 Uhr, Galerie „Die Ersten Preußen“ in 14467 Potsdam, Am Neuen Markt 9d: Mitgliederversammlung mit zwei Vorträgen. Hierzu lädt der Vorstand der LO-Landesgruppe Brandenburg auch interessierte Gäste ein.

Hinweis: Im Innenhof des Kutschstalls wird ein weiteres Ge-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

bäude errichtet. Bitte um den Bauzaun herumgehen, der Eingang zur Galerie ist erreichbar.

Programm:

10.30 Uhr: Öffnung der Räumlichkeiten;

11 Uhr: Mitgliederversammlung der LO-Landesgruppe Brandenburg e.V.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung;
2. Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung;
3. Tätigkeitsbericht des Vorstands;
4. Bericht des Schatzmeisters, Jahresrechnung;
5. Bericht der Rechnungsprüferin;
6. Aussprache, Entlastung des Vorstands;
7. Wahlen

7.1 Wahlleiter und Wahlhelfer

7.2 Vorstand (Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Schatzmeister, Schriftführer,)

7.3 Kassenprüfer;

8. Vorhaben im Jahr 2019;
9. Verschiedenes.

Anträge zur Tagesordnung, wie auch das Interesse von Mitgliedern an einer ehrenamtlichen Tätigkeit, bitten wir dem Vorstand möglichst bis zum 18. März 2019 schriftlich (Brief, FAX, E-Mail) mitzuteilen.

12 Uhr: Hans-Jürgen Müller, Berlin, berichtet über die aktuelle Situation der Deutschen Minderheit in Memel und Heydekrug;

13 bis 14 Uhr: Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss;

14 Uhr Rolf Tolkmitt, Ritterhude, führt die Teilnehmer mit seinem multimedialen Vortrag „Der Alltag der Prußen, der westbaltischen Urbevölkerung Ostpreußens“ Jahrhunderte zurück. Er skizziert deren Leben und Alltag und spannt einen Bogen von der Nahrungsbeschaffung, über Sitten und Gebräuche, Religion, bis hin zu damaligen Tieren in ihrer natürlichen Umwelt und Natur;

15.30 Uhr: Ausklang, Ende der Veranstaltung.

Der Vorstand freut sich, Mitglieder sowie Gäste möglichst zahlreich begrüßen zu können und wünscht eine gute Anreise.

Jetzt anmelden zum Kulturseminar in Helmstedt, vom 12. bis zum 14. April unter Telefon (040) 41400826.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonntag, 31. März, Abfahrt 13 Uhr ab Mekkelfeld: Das Kulturreferat lädt ein zum ostpreußischen Theater Dittchenbühne nach Elmshorn per Bus. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken und einem Gläschen Bärenfang sehen wir uns die Komödie von William Shakespeare „Was Ihr wollt“ an. Der Preis beträgt 30 Euro pro Person. Im Preis ist enthalten: Fahrt in einem modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Fahrt, Kaffee und Kuchen sowie die Theateraufführung. Weitere Informationen und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de

FRAUENGRUPPE

Bergedorf – Mittwoch 13. März, Café Hof Neun Linden mit Biohofladen, Billdeich 480, 21033 Hamburg: Kaffeetrinken der Frauengruppe.

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Landesgruppe – Sonnabend, 30. März, 9.30 bis etwa 17.15 Uhr, Wilhelm-Kempf-Haus 1, 65207 Wiesbaden-Naurod: Kulturtagung. Der Teilnehmerbeitrag in Höhe von 30 Euro pro Person enthält ein Mittagessen, Kaffee und Kuchen. Anmeldungen ab sofort an Kuno Kutz, unter Telefon (06441) 770559 oder per E-Mail: Kuno.Kutz@t-online.de

Wetzlar – Montag, 11. März, 12 Uhr, Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: „Was Essen zum Genuss macht“ ist der Titel eines Vortrages von Karla Weyland (Rauschenberg). Die Veranstaltung startet mit dem Verspeisen einer ostpreußischen Spezialität, dem Grützwurstessen. Vorbestellungen dazu werden erbeten an den Leiter der Kreisgruppe, Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559. Karla Weyland wird das Treffen mit allerlei Interessantem über heimatliche Spezialitäten, Gebräuche beim Essen und Trinken ergänzen.

Wiesbaden – Dienstag, 12. März, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Frauengruppe. Zum Heimatnachmittag sind Gäste immer herzlich willkommen. – Sonnabend, 16. März, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Monatstreffen. – Donnerstag, 21. März, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 15. März bei Irmgard Steffen unter Telefon (0611) 844938.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. März, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle Volkshaus, Baustraße 48–49 (Stadtzentrum/Nähe Markt), Anklam: landesweite Große Frühlingstreffen der Ostpreußen. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten sehr herzlich eingeladen. Ehrengäste sind der Dichter Simon Dach aus Königsberg und das von ihm besungene Ännchen von Tharau. Der russische Kant-Chor Gumbinnen gibt dazu ein wunderschönes Freundschaftskonzert mit deutschen, russischen und ostpreußischen Volks- und Heimatliedern, darunter das „Ännchen von Tharau“. Das Heimattreffen wird vom Blasorchester Redefin musikalisch umrahmt. Wie immer ist für Mittagessen, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend kostenlose Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 600 Besucher.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 13. März, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38–40, 26122 Oldenburg-Eversten: Treffen mit einem Vortrag von Michael Hirschfeld, Vechta: „Zwischen Seelsorge und Politik in der NS-Zeit, am Beispiel des ermländischen Bischofs Maximilian Kaller 1880–1947“. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Sonnabend, 9, März, 12 Uhr, Hotel Bürgerbräu, Blumenhallerweg 43, 49080 Osnabrück: Jahreshauptversammlung. – Freitag, 15. März, 15 Uhr, Hotel Bügerbräu, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 14. März, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Hans-Walter Butschke aus Lemgo wird den Vortrag „Der Hauptmann von Köpenick – Wahrheit und Legende“ über den Schuster Friedrich Wilhelm Voigt aus Tilsit halten. Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus nah und fern herzlich willkommen, der Eintritt ist frei. Weitere Informationen unter Telefon (05751) 5386 oder über E-Mail: rebuschat@web.de zu erfahren.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düren – Sonnabend, 16. März: Frühjahrstagung der LO in Oberhausen. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com

Düsseldorf – Mittwoch, 13. März, 15 Uhr, Raum 311 „Siebenbürgen“, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 15. März, 17 bis 20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Nacht der Bibliotheken „Mach es! – Werkstatt zur Familienforschung“. – Sonnabend, 16. März, 10 Uhr, Haus Union, Oberhausen: Frühjahrstagung der LMO NRW mit Neuwahl. – Donnerstag, 21. März, 18 Uhr, Raum 412 „Ostpreußen-Zimmer“, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals.

Köln – Mittwoch, 13. März, 14 Uhr, Café zum Königsforst: Treffen der Ostpreußengruppe zu Besprechungen, aber auch zum gemütlichen Kaffeetrinken.

Witten – Montag, 18. März, 14.30 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 15. Juni, 9 Uhr, Kleingartenverein Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: 7. Regionaltreffen. Beiträge können jederzeit angenommen werden. In traditioneller Weise sind die Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, die Kreisgemeinschaft Schlossberg und die Samländer an der Gestaltung beteiligt. Die LM Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. bindet den „Tag der Heimat“ in diese Veranstaltung ein. Weitere Informationen erteilt der stellvertretende Landesvorsitzende Eberhard Grashoff unter E-Mail: ebs.grashoff@web.de oder Telefon (0341) 9010730.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 14. März, 14.30 Uhr, AWO: Treffen.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Treffen (siehe *PAZ* Folge 9).

Bericht – Der Vorsitzende der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig, Jochen Gawehns, konnte auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung 24 Mitglieder sowie den Landesvorsitzenden und Kulturreferenten der LO Edmund Ferner im Haus im Stadtpark begrüßen.

Wie der Vorsitzende der Versammlung mitteilte, konnte er auf ein arbeitsreiches Jahr zurückblicken. Ganz besonders aber freue er sich, dass das Haus im Stadtpark dem Verein weiterhin zur Verfügung steht.

Auch die Kulturreferentin Ina Naujok blickte auf ein arbeitsreiches Jahr zurück. Insgesamt haben an den neun monatlich stattfindenden Nachmittagen 252 Mitglieder und Gäste teilgenommen, zusätzlich gehören noch die Gratulationsbesuche zu ihrem Aufgabenbereich.

Kassenführerin Sigrid Pieper bestätigte der Versammlung eine gesunde Kassenlage, die von Anne Sagl und Karin Klatt ohne Beanstandung geprüft wurde und sie den Antrag auf Entlastung der Kassenführerin und des Vorstandes beantragten, der einstimmig genehmigt wurde. Zum neuen Kassenprüfer wurde Gerhard Grubski einstimmig gewählt.

Der Landesvorsitzende Edmund Ferner überbrachte Grüße vom Landesverband, ging auf die Ziele der Landsmannschaften ein, das Kulturgut Ostpreußens zu bewahren. Weiterhin teilte er unter anderem mit, dass es in Schleswig-Holstein noch 21 Ortsgruppen der LO gibt, dass im August 2018 in Lüneburg das Ostpreußische Landesmuseum wieder nach großem Umbau und großer Erweiterung feierlich eröffnet wurde und die Burger Landsmannschaft im Juni dorthin ihren Jahresausflug machen wird, wie Schriftführerin Brigitte Christensen bekannt gab.

Geehrt wurde auf dieser Versammlung „in Würdigung langjährigen Einsatzes für den Verein“ durch den Landesvorsitzenden Edmund Ferner an Karl-Heinz Lorenz.

Ein Dankeschön an die fleißigen Helfer in Form eines Blumenstraußes ging an Hannelore Grubski, Hannelore Maass und Karin Klatt. B.C.

Uetersen – Freitag, 8. März, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End, Kirchenstraße 7: Treffen (siehe *PAZ* Folge 9).

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Eine Region selbst interpretieren

Oberschlesien von oben geht – von innen nicht

Das Schlesische Museum zu Kattowitz eröffnete dieser Tage eine neue Ausstellung, die endlich einmal wieder etwas mit der Region zu tun hat, die man im polnischen Sinne als Aufgabengebiet zu verstehen hat, wenn von „Schlesien“ die Rede ist – Oberschlesien. „Oberschlesien aus der Luft“ heißt die neue Ausstellung und stellt einen Ausschnitt der fast zweijährigen Arbeit des Gleiwitzer Journalisten und Autoren Dawid Smolorz und des Berliner Fotografen Thomas Voßbeck dar.

Erstmalig wurde die gesamte Region in ihren historischen Grenzen in einer systematischen Weise fotografisch aus der Luft erfasst. Die Ausstellung beleuchtet dabei sowohl den polnischen als auch den tschechischen Teil Oberschlesiens. Die Autoren beschränkten sich nicht allein auf die allgemein bekannten Städte und Objekte. „Wir zeigen auch Orte und Anlagen, die bisher zwar weniger Beachtung fanden, sich aus der Luft aber zum Teil sehr attraktiv präsentieren, zum Beispiel das Rundangerdorf Knispel [Ksieze Pole] im Kreis Leobschütz, die riesige Abraumhalde ‚Charlotte‘ in Rydultau [Rydultowy] oder die Festungsanlagen von Neisse [Nysa]“, so Kurator Smolorz. Doch Platz fand diese Ausstellung nicht in einem der sieben Stockwerke des Museums, wovon drei unterirdisch sind, sondern im Freien auf dem Plac Grubiorza zwischen dem Verwaltungsgebäude und der historischen Waschkaue. Dass seine Präsentation, die noch bis zum 2. Juni zu sehen ist, bereits angelaufen ist, erfuhr Smolorz von der Museumshomepage – „kein guter Stil“, bemängelt der Kurator.

„Oberschlesien von oben“ ist neben einer Kunstausstellung der aus der Gegend von Lublin stammenden Teresa Murak, die jedoch trotz ihrer Herkunft hier ihren künstlerischen Blick auf die oberschlesischen Identität wirft, die einzige Sonderausstellung, die Oberschlesien zum Thema hat. Sonst findet man hier derzeit weitere temporäre Ausstellungen zum Thema Domestizierung der Säugetiere und der Müllentsorgung.

Historischer Förderturm dokumentiert die Metamorphose der Region: Schlesisches Museum in Kattowitz Bild: C. W. Wagner

Dies scheint zur Philosophie der Museumsleiterin Alicja Knast zu passen. „Schlesische Geschichte ist so etwas wie ein Kondensat der polnischen und europäischen Geschichte. Beim Blick auf die Dynamik der Grenzänderungen, des sozialen und wirtschaftlichen Wandels wird klar: Über die Geschichte unserer Region zu erzählen, ist eine geeignete Methode zur Einführung in die Vorgänge, die das Schicksal von Polen und Europäern bestimmt haben. Das kann dazu dienen, die kulturelle Eigenart der Region zu erklären, aber ebenso gut, Lokalpatriotismus zu wecken“, schreibt Knast im deutsch-polnischen Magazin Dialog. „Aus ihrer historischen Erfahrung heraus bleiben die (Ober-)Schlesier skeptisch gegenüber dem, was sich in der Öffentlichkeit abspielt, und sie kultivieren ihre Traditionen und Bräuche im häuslichen Rahmen“, so Knast. Wer jedoch aus dem oberschlesischen „Kondensat“ den deutschen Teil der Geschichte verschweigt und daraus einen „europäischen“ baut, wird kaum Vertrauen bilden. Dem deutschen Oberschlesier bleibt demnach scheinbar nur, seine Identität lediglich in den eigenen vier Wänden auszuleben.

Fast zaghaft versteckt sich in der Dauerausstellung zur Region hier und da noch etwas, das unverkrampft an die deutsche Geschichte erinnert. So hat die deutschstämmige, oberschlesische Filmemacherin Alice Schatton das Vorkriegsoberschlesien akustisch eingefangen, indem sie deutschsprachige Gesprächsfetzen zum Beispiel über den Kaiser bei der Jagd in Pless oder die galoppierende Inflation in einer Caféatmosphäre abspielt (vgl. *PAZ* 34/2018). Darin zeigt sich noch die Handschrift des bei der Gründung des Museums 2015 zunächst ernannten Direktors Leszek Jodlinski, der nach Intervention nationalkonservativer Kräfte gleich wieder seines Amtes beraubt wurde. Auf der in Polnisch und Englisch geführten Internetseite wird der Besucher, der verstehen will, was nun die oberschlesische Identität ausmacht, sich selbst überlassen, indem er „Emotionen interpretieren soll“.

Chris W. Wagner

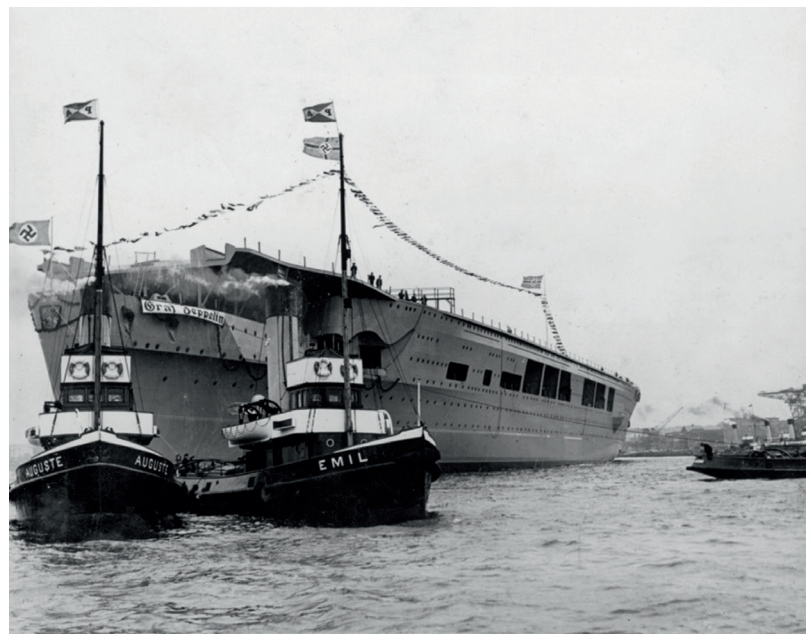
”Graf Zeppelin“ – Unvollendeter Flugzeugträger

Vom Hoffnungsträger der Marine in Kiel zum Ersatzteillieferanten in Stettin

Flugzeugträger „Graf Zeppelin“
Stapellauf: 8. Dezember 1938
Bauwerft: Deutsche Werke AG, Kiel
Länge über alles: 262,5 m
Breite: 36 m
Verdrängung: 33.350 t
Baukosten: 92.700.000 Reichsmark
Besatzung/geplant: 1.760 plus Flugpersonal
Um das Ende des Flugzeugträgers ranken sich mehrere Versionen.

Das Deutsche Schifffahrtmuseum, das sich am Hans-Scharoun-Platz in Bremerhaven zwischen dem Alten Hafen und der Außenweser befindet, behandelt neben vielen Exponaten zur Marinegeschichte auch ein besonderes Kapitel, das in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist: die Entwicklung des ersten und einzigen deutschen Flugzeugträgers. Der Koloss wurde auf Befehl der Nazis nach deren Machtübernahme entwickelt, war als Typschiff der Graf-Zeppelin-Klasse geplant und wurde in Kiel gebaut. Der Stapellauf erfolgte vor genau 80 Jahren in Anwesenheit zahlreicher Nazigrößen und wurde in den deutschen Medien damals als spektakulärer Beginn einer neuen Ära der deutschen Marine gefeiert. Als Heimathafen des Flugzeugträgers war Bremerhaven vorgesehen. Dafür wurde ein Extrakai ausgebaut und ein „ausgeklügeltes System zum Einschleusen des Riesenschiffes durch die enge Nordschleuse“ ersonnen. Für die Bestückung mit Flugzeugen war der nahe Fliegerhorst Weddewarden vorgesehen. Doch die damit verbundenen Zukunftsvisionen der Marineführung zerplatzten in der Folge an der Kriegswirklichkeit ab 1939. Der Flugzeugträger erlebte unvollendet eine sprichwörtliche Odyssee, wurde in einem Seitenarm der Oder bei Stettin in Pommern als Ersatzteillieferant für andere Kriegsschiffe der Nazimarine genutzt und am 25. April 1945 vor der anrückenden Roten Armee auf Grund gesetzt. Die Sowjetunion wiederum interessierte sich sehr für den Träger. Sie ließ ihn heben, technisch für eigene Entwicklungen untersuchen und versenkte ihn letztlich erneut in der Ostsee, wo er über Jahrzehnte unentdeckt in Vergessenheit geriet. Heute erinnern im DSM in Bremerhaven ein Modell, Fotoreihen und Texte an diese deutsche Einmaligkeit. Über den Kai, der in Bremerhaven einst für die „Graf Zeppelin“ gedacht war, werden jetzt deutsche Autos verladen für die Verschiffung in die ganze Welt.

Nach der Machtübernahme Adolf Hitlers in Deutschland begannen die Nazis unter Missachtung der Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages sehr schnell mit der Wiederaufrüstung. Für die Marine waren neben großen Schlachtschiffen und U-Booten auch Flugzeugträger für den Einsatz auf den Weltmeeren geplant. Zu diesem Zweck beauftragte die Marineführung schon früh ihre Konstruktionsabteilung damit, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Verantwortlich für den Flugzeugträgerbau war der Diplom-Ingenieur Wilhelm Hadeler, der mit seinem Team allerdings über keine Erfahrungen im Trägerbau verfügte und deshalb Informationen über ältere britische und japanische Modelle sammelte, auswertete und dann für eine eigene Konstruktion nutzte. Hadeler leitete später nicht nur den Kriegsschiffbau in Kiel, sondern auch in Wilhelmshaven. Parallel zu den ersten Träger-Planungen erreichte die Naziführung 1935 das Deutsch-Britische Flottenabkommen und damit eine rechtliche Grundlage für eigene Kriegsschiffe. Danach wurde bei den Deutschen Werken in Kiel mit dem Bau begonnen. Den Bauauftrag für das Schwesterschiff des ersten Flugzeugträgers erhielt dann die Kieler Germaniawerft. Die Marineführung sorgte mit Druck für den schnellen Fortgang der Arbeiten und am 8. Dezember 1938 für den Stapellauf mit Schiffstaufe. Hella von Brandenstein-Zeppelin taufte den Koloss auf den Namen „Graf Zeppelin“. Die Festansprache vor der versammelten Naziprominenz mit Adolf Hitler hielt Hermann Göring, der mit dem neuen Träger von künftiger deutscher Luftüberlegenheit auf den Weltmeeren träumte. Nach der Taufe begann der Ausbau des Kolosses. Zu Kriegsbeginn war er mit einer maximalen Panzerung von bis zu 100 mm im Gürtel und bis zu 60 mm auf dem Panzerdeck zu 90% fertiggestellt. Der Träger war 262,5 Meter lang, 36,2 Meter breit und hatte einen Tiefgang von 8,5 Meter. Die Maschinenleistung lag bei 200.000 PS und sollte für eine Höchstgeschwindigkeit von 63 Km/h sorgen. Die Bewaffnung sollte neben Seezielartillerie und Flugabwehrkanonen 43 Flugzeuge unterschiedlichen Typs mit Aufklärern, Jagdflugzeugen und Sturzkampfbombern umfassen.



Nach dem Stapellauf im Kieler Hafen (Foto: Archiv)

Der September 1939 wurde zur ersten Zäsur für den Koloss. Die NS- Führung favorisierte jetzt den U-Boot-Bau. Damit begann die Odyssee des fast fertigen Flugzeugträgers. Er wurde über Saßnitz nach Gotenhafen geschleppt, kam nach Stettin und dann wieder nach Gotenhafen und wurde zeitweise als Lagerraum genutzt. Erst nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor sorgte die Marineleitung für die erneute Überführung des einstigen Hoffnungsträgers nach Kiel, wo die nächste Bauphase mit zusätzlichen Umbauten begann. Sie dauerte bis zum 2. Februar 1943. Nach Hitlers Baustoppbefehl wurde der Träger zurück nach Stettin geschleppt. Er diente in Pommern dann als „Ersatzteillieferant für andere Kriegsschiffe der Kriegsmarine“. Nach der Versenkung durch ein deutsches Kommando und der Hebung durch die SU erschloss die Siegermacht die Technik und testete daran zusätzlich eigene Kampfmittel. 1947 kam dann das Ende. Ein Spezialkommando der Roten Armee versenkte den Träger zum zweiten und letzten Mal in einer geheimen Aktion vor der Danziger Bucht, wo er bis heute liegt und lange vergessen war. Erst im Juli 2006 entdeckte ein polnisches Forschungsschiff das Wrack 55 Kilometer entfernt vom polnischen Hafen Großendorf/ Wladyslawowo in 80 Metern Tiefe. Eine Sensation. Die Bundesregierung verwies auf den letzten Eigner, dessen Rechtsnachfolger Rußland ist. Inzwischen weiß man mehr über die beim Stapellauf vor 80 Jahren einmalige Konstruktion des Konstrukteurs Hadeler. Sie brach damals gleich mehrere Rekorde. Das reichte vom leistungsfähigsten Antrieb, den 1938 ein europäisches Schiff besaß, über die spektakulären Hallendecks für Flugzeuge, die denen der Alliierten überlegen waren, bis zum ausgereiften Startwagensystem zum Start der Deckflugzeuge, das „18 Flugzeuge pro Intervall in die Luft“ bringen konnte. Aus technischer Sicht hatte Konstrukteur Hadeler eine Spitzenleistung vollbracht. Nun können sich Marineinteressenten im DSM in Bremerhaven am 1:200-Modell den ersten und einzigen deutschen Flugzeugträger erschließen.

Das Schifffahrtsmuseum befindet sich derzeit im Teilumbau.

Info: https://www.dsm.museum
Öffnungszeit Di-So 10-18 Uhr

Martin Stolzenau

Fastnacht in Pommern

Hippel?
Was ist das denn?

In der Fastnacht vermummten sich die Kinder und zogen in kleinen Gruppen von Haus zu Haus und sagten ihren Spruch auf:

„Hippel die Pippel,
die Wurscht hat zwei Zippel,
der Speck hat vier Ecken,
das muss man so schmecken.
(Das ist die Kurzform)

Oder, für besonders eifrige Kinder:

Hippel die Pippel,
die Wurscht hat zwei Zippel,
zwei Zippel hat die Wurscht,
der Bauer hat Durscht.
Durscht hat der Bauer,
das Leben ist ihm sauer,
sauer ist ihm das Leben,
der Weinstock trägt drei Reben,
drei Reben trägt der Weinstock,
ein Kalb ist kein Ziegenbock,
ein Ziegenbock ist kein Kalb,
alle meine Herren,
meine Predigt ist halb.
Halb ist meine Predigt,
mein Bauch ist ledig,
ledig ist mein Bauch,
meine Mütze ist Rauch,
Rauch ist meine Mütze,
mein Bruder heißt Fritze,
Fritze heißt mein Bruder,
ein Schwein ist kein Luder,
ein Luder ist kein Schwein,
alle meine Herren,
meine Predigt soll nun zu Ende sein.

Auch dieser Vers wurde vorgetragen:

Ick bin`n kleener Könich,
jebt mich nich zu wenich,
laßt mich nich zu lange stehn,
ick muß noch`n Haus weiterjehn.

Die Kinder erhielten dann leckere Wurstzippel, Speckstückchen, Fastnachtsbrezeln, Süßigkeiten u.v.m., die auf eine kleine Astgabel gespießt wurden – ja, das ist der Hippel.

(Entdeckt in einer Aufzeichnung zu einer Fastnachtsfeier – BS)

Erinnerungstafeln für Rudolf Virchow

– in Braunschweig am Klinikum und in Schivelbein/Swidwin

Obwohl Braunschweig eine Großstadt ist, hat sie die Überschaubarkeit eines Dorfes nicht verloren. So sind die Erinnerungstafeln im Stadtgebiet nicht zu übersehen. Ihre Texte weisen auf besondere Ereignisse hin oder berichten von Frauen und Männern, deren Bedeutsamkeit für die Löwenstadt nicht in Vergessenheit geraten soll.

Bei einem Besuch im Klinikum, Cellerstraße, entdeckte ich die Erinnerungstafel zur Gründung der Deutschen Gesellschaft für Pathologie. Der Text lautet:

„Hier im ehemaligen Herzoglichen Landeskrankenhaus Braunschweig, Celler Straße 38 (eingeweiht 1895) wurde am 27. September 1897 die Deutsche Gesellschaft für Pathologie gegründet.
Die Gesellschaft ging aus der deutschen Gesellschaft der Naturforscher hervor, die sich 1822 aus der Leopoldina von 1687 ausgegliedert hatte.
Gründungspräsident war Professor Rudolf Virchow, Berlin, die Gründungskommission bestand aus den Professoren Chiari, Prag, Hanau, St. Gallen, Ponfick, Breslau, von Recklinghausen, Straßburg und Ziegler, Freiburg. Gastgeber war Professor Beneke, Prosektor in Braunschweig von 1890 - 1903.
Das Logo der Deutschen Gesellschaft für Pathologie zeigt das Bild des Gründungspräsidenten Professor Virchow und die Jahreszahl der Gründung in Braunschweig 1897.
Ziel der wissenschaftlichen Gesellschaft ist die Erforschung von Krankheiten. Die Gesellschaft hatte im Jahr 2012 über 800 Mitglieder und ist international hoch angesehen.“

Gedenkstein in Schivelbein (Foto: Trappresse)

Rudolf Virchow wurde 1821 in Schivelbein geboren. An seinem Geburtshaus an der Marktecke neben der Apotheke hing früher eine gusseiserne Plakette, die an den großen Sohn der Kleinstadt erinnerte. Das Geburtshaus wurde aber schon in der deutschen Zeit vor dem Krieg abgerissen und musste einem Geschäftsneubau weichen. Heute steht im polnischen Swidwin/Schivelbein vor dem Neubau ein Gedenkstein mit der aus dem Polnischen übersetzten Inschrift: „Rudolf Virchow, Sohn Schivelbeiner Erde, weltberühmter Arzt.“

Sein Abitur bestand Rudolf Virchow in Köslin. Er studierte in Berlin und erhielt bereits mit 22 Jahren seinen Doktortitel. Er galt schon zu seinen Lebzeiten als „Papst“ der medizinischen Wissenschaft. Rudolf Virchow starb hochangesehen 1902 in Berlin.

„Jede Zelle entsteht aus einer Zelle,“ Das ist kurz gefasst seine Theorie über die Entstehung von Leben und Krankheiten. Mit dieser Erkenntnis legte er die Grundlagen für die moderne Pathologie.

Brigitte Klesczewski

Im Fluss der Zeit – Jüdisches Leben an der Oder

Ausstellung im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald vom 3. März bis 28. April 2019

Die Landschaft an der Oder mit ihren wechselnden herrschaftlichen und nationalen Zugehörigkeiten war über Jahrhunderte ein Begegnungsraum. Hier kreuzten sich auch die deutsch-jüdische und die polnisch-jüdische Kultur. In der Neuzeit bedrohte der Nationalismus, gepaart mit dem Antisemitismus, diese kulturelle Vielfalt an Oder, Obra und Warthe. Der Nationalsozialismus zerstörte sie. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden weite Abschnitte der Oder zur deutsch-polnischen Grenze und die deutsche Bevölkerung aus den Regionen östlich des Flusses vertrieben. Polen fanden hier eine neue Heimat und für kurze Zeit schien es, dass in Niederschlesien und Pommern jüdisches Leben heimisch werden könnte. Mehrere Zehntausend polnisch-jüdische Holocaustüberlebende siedelten sich hier an, doch die meisten wanderten bis Ende der 1960er-Jahre wieder aus. Die jahrhundertelange Anwesenheit von Juden an der Oder fiel dem Vergessen anheim, ihre Spuren wurden oft zerstört. Die Ausstellung widmet sich Momenten der jüdischen Geschichte beiderseits der Oder. Sie will zum Nachdenken und zum Gespräch zwischen den ehemaligen und heutigen Bewohnern der Region anregen. Sie ist zugleich eine Einladung zur Neuentdeckung des deutsch-polnisch-jüdischen Kulturerbes dieser Landschaft.

Eine Ausstellung des Deutschen Kulturforums östliches Europa
Info:
www.pommersches-landesmuseum.de

Keulenschwingende »Krauts« gegen den Brexit

Zu: EU gleitet in den Niedergang (Nr. 3)

Die neuen Forderungen aus London würden Sabine Weyand, die Stellvertreterin des Franzosen Michel Barnier bei den Brexit-Verhandlungen der EU mit dem Vereinigten Königreich, an den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnern.

Frau Weyand ist nicht die einzige Deutsche, die sich mit solcher Herablassung, solcher Arroganz über das britische Parlament lustig zu machen versucht. In deutschen Medien wird seit Monaten die Keule gegen die knappe Brexit-Volksabstimmung geschwungen. Hat sich nicht der Gründervater der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, mit exakt einer Stimme Vorsprung, seiner Stimme, zum Bundeskanzler gewählt? Knapper ging es nicht.

Das britische Parlament hat sehr vernünftig entschieden und sendet der EU somit folgende Botschaft: Erstens wurde der Antrag des einflussreichen konservativen Hinterbänklers Graham Brady mit 317 gegen 301 angenommen. Er fordert, dass die Garantie für eine offene Grenze zwischen dem britischen Nordirland und dem EU-Mitglied Irland aus dem Brexit-Abkommen entfernt wird. An die Stelle des sogenannten Backstops sollen alternative Regelungen treten.

Zweitens signalisiert gleichzeitig das britische Parlament der EU, dass es zurzeit an einer einvernehmlichen Lösung interessiert sei. Der Änderungsantrag wurde mit 318 gegen 310 Stimmen angenommen: kein Brexit ohne Abkommen. Rechtlich ist er jedoch nicht bindend. Ein No-Deal-Brexit ist nicht vom Tisch. Aber drittens wurde der Änderungsantrag von Yvette Cooper von der Labour-Partei mit 298 zu 321 abgelehnt: Der Brexit wird nicht verschoben.

Die Backstop-Regelung, wie sie von der EU zurzeit verstanden wird, ist für Großbritannien völlig inakzeptabel. Das Vereinigte Königreich muss solange als Ganzes ein Teil der Europäischen Zollunion bleiben, bis das Problem anderweitig gelöst ist. Zudem muss sich Nordirland weiter an Regeln des Binnenmarkts halten. Ja, wenn das Problem heute nicht anderweitig zu lösen ist, dann wird es erst recht in naher und fernster Zukunft nicht gelöst werden, weil die EU das gar nicht will. Ich zitiere Sabine Weyand: „Die Zollunion muss die Grundlage für die zukünftigen Beziehungen sein“ und: „Die Briten müssen ihre Regeln anpassen, aber die EU wird die komplette Kontrolle behalten“.

Die Deutschen haben es in der Hand: Hat weiterhin Weyand das Sagen und agieren weiterhin die Keulenschläger, so bestärken sie die Briten in ihrem Eindruck: Wieder die „Krauts“, wir gehen, harter Brexit. **Jürg Walter Meyer, Leimen**

Nackte Deutsche

Zu: Nackt in die Krise (Nr. 8)

Der mündige und noch nicht ganz verdummte Bürger dieses Landes wird es wohl längst gespürt haben, dass eine Politik der Ausschweifung, der Liederlichkeit und des schamlosen Schuldenmachens dazu führen kann, dass sie sich irgendwann einmal rächen wird – natürlich an denen, die mit ihrer Steuerpflicht und -last jene Politik des Ausverkaufs finanzieren mussten. Eigentlich bekannte, aber gern ignorierte Stationen waren zum Beispiel Griechenland-Rettung, Euro- und Bankenrettungsschirme, die sogenannte Energiewende, der Dieselbetrug oder Asylanten-Irrsinn. Es wurden Gesetze mit Füßen getreten oder so verstümmelt, bis sie für den deutschen Ausverkauf passend waren (siehe unter anderem Einführung des Euro).

Doch auch die objektiven Gesetze der Ökonomie – dass zum Beispiel während der Konjunktur gespart werden muss, um in Krisenzeiten Rücklagen zu haben – wurden gravierend verletzt. Dabei hätte die einstige FDJ-Sekretärin, Moskauer Beststudentin und heutige Kanzlerin dieser Republik doch eigentlich wissen müssen, dass zu den „objektiven Gesetzen“ nicht nur die naturwissenschaftlichen, sondern auch die gesellschaftlichen (und damit die ökonomischen) gehören.

Vielleicht war es gerade jenes Wissen, dass bewusst für den deutschen Ausverkauf bis zum „Nacktsein“ missbraucht wurde. Fragen, die sich daraus ergeben: Wird die Welt dadurch besser werden? Wären das nicht Themen für die „Kinder-Demos“ an den Freitagen? **Manfred Kristen, Freital**

Wiederaufgebautes Montecassino: Die 1944 von alliierten Bombern verursachte, aber den Deutschen in die Schuhe geschobene Zerstörung der Abtei konnte nur wiedererrichtet werden, weil deutsche Soldaten die Baupläne gerettet hatten Bild: Pietro Scerrato

Schuldhistoriker erfinden ständig neue Verbrechen der Deutschen

Zu: Militärisch sinnlose Barbarei (Nr. 2)

Die Kulturbarbarei der Alliierten beim Kampf um die Eroberung von Montecassino ist eigentlich ein gut erforschter Teil des Zweiten Weltkriegs. Anerkannt sind die schlimmen Tatsachen wohl bei allen Beteiligten, aber es kommen bei ihnen wenig oder gar keine Schuldgefühle und Reue auf. Aber doch schon wieder Teile der bundesrepublikanischen Schuldhistoriker meinten wieder mal autochthone Schuldgefühle zu generieren. So blätterte ich vor Jahren in einer Kölner Buchhandlung in einem Fotobildband über den Zweiten Weltkrieg und sah ein Foto der Ruine der Abtei mit der Unterschrift: „Deutsche Bomber zerstörten diese Abtei.“

Die eigentliche Barbarei bei der Eroberung der Region Montecassino/Latium waren Übergriffe, Tötungen und Vergewaltigungen von Tausenden von italienischen Frauen und Mädchen. Der französische General Alphonse Juin gab seinen marokkanischen Truppen dieses Versprechen in einem Tagesbefehl, zu marodieren und zu vergewaltigen, nach dem Sieg.

Leider ist dieses Kriegsverbrechen der Franzosen und Alliierten „vergessen“ und diese möchten nicht daran erinnert werden. Lieber erinnert man die Deutschen permanent von Zeit zu Zeit an ihre „Untaten“, was die elitäre politik- und meinungsbildende Schicht der Bundesrepublik auch gern kolportiert und auch immer wieder neu entdeckte Verbrechen der Deutschen generiert = erfindet. **Heinz Kurt Täubner, Köln**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Verdrehte Fahne

Zu: Unumstrittenes Symbol der Franzosen (Nr. 6)

Ohne die Ausführungen des Autors anzuzweifeln oder in Abrede zu stellen sei darauf hingewiesen, dass es eine andere Erzählung zum Ursprung der französischen Trikolore gibt, die sehr viel einfacher und plausibler erscheint.

Die französische Trikolore ist demnach einfach ein Ableger der sehr viel älteren niederländischen Trikolore. Die französischen Revolutionäre und Republikaner haben einfach die niederländische Trikolore um 90 Grad verdreht am Fahnenmast aufgehängt.

Die niederländische Trikolore war seit der Abspaltung der nördlichen niederländischen Provinzen und Städte von den spanischen Habsburgern und Gründung der Vereinigten Niederlande im Jahre 1581 die offizielle Staatsfahne. Sie basierte auf der älteren Prinzenflagge der Oranier (Orange, Weiß und Blau), bei der das Orange der Oranier durch Rot ersetzt worden war. Die nach dem Friedensvertrag von Den Haag gegründete und von den Franzosen abhängige Batavische Republik dekretierte am 14. Februar 1796 die traditionelle niederländische Trikolore per Gesetz zur Nationalfahne.

Es kann vermutet werden, dass die revolutionären Franzosen, die gegen die französische Monarchie gekämpft hatten, sich die niederländische Trikolore als Vorbild für ihre offizielle neue Nationalflagge am 15. Februar 1794 nahmen in Bewunderung für den 80-jährigen Freiheitskampf der Niederländer (1568 bis 1648) gegen die Habsburger, der erst mit dem Westfälischen Frieden zu Münster und Osnabrück beendet wurde.

Französische Patrioten und Anhänger der „Grande Nation“ mögen vielleicht nicht dieses Narrativ des niederländischen Ursprungs ihrer Trikolore – aber wahrscheinlich ist es so wie mit der deutschen republikanischen Trikolore (Schwarz, Rot, Gold), für deren Farben und Ursprung es auch verschiedene Erzählungen gibt. **Dr. Christian Gerth, Haltern am See**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

»Ich lege hier für den Fall meines Todes
das Bekenntnis ab, dass ich die deutsche Nation
wegen ihrer überschwänglichen Dummheit
verachte und mich schäme, ihr anzugehören.«
Arthur Schopenhauer

Dies ist wahrscheinlich eines der ungewöhnlichsten Bücher, die Sie je lesen werden. Es ist kein klassisches Sachbuch, sondern etwas Neues, Einzigartiges.

Dumm, dümmer, deutsch ist ein Exzess an Leidenschaft, Offenheit, Klarheit, ständig präsentem Wortwitz und elegant transportiertem Humor. Eloquent analysiert Christian Wolf die politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands.

Betrachten Sie seine Gedanken als eine Art schriftliches Kabarett in der Tradition des Hofnarren. Diese durften auch heiße Eisen an- und Wahrheiten aussprechen – solange sie mehr Lacher als Unmut ernteten.

Um nicht gebarschelt, gemöllemannt oder gehaidert zu werden, versichert der Autor, dass seine Ausführungen fast so ernst zu nehmen sind wie die Ergüsse der Repräsentanten des (hust) »freiesten Staates der deutschen Geschichte«.

Wer dieses Buch liest, vergisst es nicht. Geistreich, schwungvoll, stets mit fundiertem Wissen und Stil regt Wolf seine Leser an und zuweilen auch auf. Der Autor lächelt, obwohl er leidet, wenn er mit ansehen muss, wie sehr die Deutschen verdummt und belogen werden und sich teils für dumm verkaufen lassen. Und der Leser spürt schnell, da schreibt einer mit ganzem Herzen.

Denn wir leben in einem absurden Land mit der »inländerfeindlichsten Regierung der Welt«, einem unersättlichen Steuerstaat, der das Geld seiner Bürger bevorzugt für fremde Interessen verprasst, und stehen vor einer Zukunft mit noch mehr Meinungsterror, Enteignungen und diktatorischen Zügen.

Sein Ausblick auf die Zukunft ist ernst zu nehmen. Dieses Buch hat Horizont, zeigt Perspektiven, hilft dem Leser und öffnet die Augen.

»Die Deutschen haben eine lange Leitung, aber auch eine kurze Zündschnur. Wer hat das Streichholz?«

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Christian Wolf: Dumm, dümmer, deutsch
gebunden • 319 Seiten • Best.-Nr. 975 100 • 19.99 €

Der Stein des Weisen

Die Porzellanerfindung kostete ihn das Leben – Vor 300 Jahren starb Johann Friedrich Böttger durch Einatmung giftiger Dämpfe

Am 13. März 1719 starb in Dresden der Alchemist und Miterfinder des europäischen Porzellans Johann Friedrich Böttger. Er wurde nur 37 Jahre alt. Meist wird sein Name vorrangig genannt, wenn von der Nacherfindung des weißen Hartporzellans im Jahr 1708 die Rede ist. Tatsächlich waren aber mehr als ein Dutzend Personen daran beteiligt, und die wesentlichen Voraussetzungen dafür schuf ein anderer.

Die Entdeckung des Arkanums oder der Rezeptur für die Porzellanherstellung basierte auf langjährigen Versuchen und konnte nur durch das Zusammenwirken von erfahrenen Forschern und Fachleuten gelingen. Als dies erreicht war, gründete der sächsische Kurfürst und polnische König August der Starke im Jahr 1710 die Porzellanmanufaktur Meißen. Ihr stand eine glänzende Zukunft bevor. Meißen wurde zum Begriff für einmalig schönes und kostbares Porzellan.

Zuvor blieb die Porzellanherstellung in Europa jahrhundertelang etwas Geheimnisumwobenes. Nur die Chinesen waren imstande, Porzellangefäße verschiedenster Art und in allen Größen herzustellen. 1295 brachte der Venezianer Marco Polo erstmals Kunde von diesen Erzeugnissen nach Europa.

Seit dem späten Mittelalter hüteten die europäischen Herrscher die importierte weiße, vergoldete oder farbig verzierte Ware als wertvollen Besitz in ihren Schatzkammern. Ab 1500 wurden an mehreren italienischen Höfen Versuche unternommen, Porzellan nachzuahmen. Mit den Delfter Fayencen produzierten die Holländer im 17. Jahrhundert eine Ersatzware. Einer der leidenschaftlichsten Sammler von chinesischem Porzellan war der sächsische Kurfürst, der seit 1697 auch in Personalunion König von Sachsen und Polen-Litauen war.

Den Hauptanteil an der Nacherfindung des Porzellans hatte zweifelsfrei der sächsische Philosoph, Mathematiker und Techniker Ehrenfried Walther von Tschirnhaus, Mitglied der Pariser Akademie und Korrespondent bedeutender Gelehrter. Ab 1679 beschäftigte sich Tschirnhaus auf seinem Rittergut Kieslingswalde mit dem Bau von Brennspiegeln. Die von ihm entwickelten großen Brennspiegel und -gläser waren für seine Untersuchungen zur Glas-, Keramik- und Porzellanherstellung wichtig, da er mit ihnen die erforderlichen hohen Brenntemperaturen erreichen konnte.

Tschirnhaus gründete eine Glasmanufaktur und unternahm Experimente zum chemischen Verhalten von geschlemmten Ton- und Lehmerden bei hohen Temperaturen. 1704 gelangen ihm erste Porzellanerzeugnisse. Als Mitarbeiter für sein Dresdener Laboratorium in der Jungfernbastei wurde ihm 1707 der Staatsgefangene Johann Friedrich Böttger zugewiesen und seiner Aufsicht unterstellt.

Dass Böttger in der Erzählung über die Erfindung des Porzellans später die Hauptrolle zugeschrieben wurde, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Tschirnhaus die Früchte seiner Forschertätigkeit nicht mehr genießen konnte. Er starb unerwartet am 11. Oktober 1708 an der Ruhr. Hinzu kommt, dass das Leben des Alchemisten und vorgeblichen Goldmachers Böttger einem Schauermärchen gleicht, das Aufmerksamkeit erregte.

Insgesamt 13 Jahre blieb Böttger Staatsgefangener Augusts des Starken und war zum Erfolg verdammt. Zwar konnte der selbsternannte Adept die Goldgier des Herrschers nicht befriedigen, entschädigte den verschwenderischen und prachtliebenden König jedoch mit der Erfindung von etwas ähnlich Kostbarem, wonach es diesen ebenfalls gelüstete. Das von Tschirnhaus und Böttger erfundene Porzellan besaß derart hervorragende, bestechende Eigenschaften – es war sogar säureunempfindlich –, dass man es als „das weiße Gold“ bezeichnete.

Böttger wurde am 5. Februar 1682 in Schleiz geboren und wuchs in Magdeburg auf. Mit 14 Jahren kam er in die Lehre zum Berliner Apotheker Zorn. Dort soll ihn ein anderer Lehrling in die Alchemie eingeführt haben. Deren Zweck bestand in der Suche nach dem „Stein der Weisen“, um mit dieser Materie unedles Metall oder Silber in Gold zu verwandeln. Vor Zeugen soll Böttger mit Hilfe des „Merkur“, eines roten Pulvers, angeblich einige Silbermünzen in reines Gold verwandelt haben.

Nachdem er nochmals Gold erzeugt haben soll, wurde Brandenburgs Kurfürst Friedrich III. auf ihn aufmerksam. Aus Furcht vor Gefangennahme floh Böttger ins sächsische Wittenberg. Von dort überführten ihn die Häscher Augusts nach Dresden, wo er erst auf der Festung Königstein untergebracht war und anschließend auf der Dresdener Jungfernbastei. Später erhielt er eine Unterkunft auf der Albrechtsburg in Meißen.

August ließ für Böttger ein Laboratorium einrichten und veranlasste die Gründung des Collegium Contubernium, einer Forschergemeinschaft, der außer Böttger mehrere Wissenschaftler, Techniker sowie später auch Tschirnhaus angehörten. Ihre Hauptaufgabe war es, Gold herzustellen, ihr „Nebenwerk“ die Suche nach dem Arkanum für das „indianische“ Porzellan.

Eingeteilt in drei Gruppen, konzentrierte sich ihre Arbeit zuletzt mit Zustimmung des Königs nur noch auf das Nebenwerk. Systematisch wurden Versuche mit lokalen Tonerden und hochtemperaturfesten Schmelztiegeln durchgeführt.

1706 war das Herstellungsprinzip des chinesischen Porzellans entdeckt: Tone, Quarz zur Magerung und ein Flussmittel werden bei sehr hohen Temperaturen gebrannt. Nachdem die erfolgreiche Herstellung von weißem Hartporzellan am 15. Januar 1708 dokumentiert worden war, wurde im Juni 1708 die lange gesuchte reine, weiße Kaolinerde gefunden. Nach Tschirnhaus’ plötzlichem Tod blieb die Weiterentwicklung der Entdeckung Böttger vorbehalten.

Er fand 1709 die Rezeptur für die Porzellanglasur und die ersten Dekorfarben. Damit waren die Voraussetzungen für die Gründung der Porzellanmanufaktur Meißen zur Herstellung des weißen Hartporzellans erfüllt. Trotz Geheimhaltung war das Geheimnis von Meißen schon im Jahr darauf weitergeflüstert.

1714 erhielt Böttger die lang ersehnte Freiheit. Aber seine Gesundheit war durch die Einatmung schädlicher Dämpfe ruiniert. Bis zu seinem Tod 1719 blieb er technischer Leiter der Porzellanmanufaktur Meißen.

Dagmar Jestrzemski

Denkmal für Johann Friedrich Böttger in seinem Geburtsort Schleiz in Thüringen Bild: Doris Antony

Bild: Kunstgewerbemuseum Berlin/Vassil

Typisches „Böttgerporzellan“ aus der Zeit von 1718 bis 1720

Copernicus’ Katze

Haar im Buch beweist: Der Astronom war ein Tierfreund

Reist man heute nach Frauenburg und mag Nicolaus Copernicus durch einen Besuch seines Grabes ehren, so kann man sicher sein, auch wirklich vor den Überresten des großen Astronomen zu stehen. Das war nicht immer so.

Mit seinem Namen verbindet sich der Begriff der „Copernicanischen Wende“ oder sogar „Revolution“. Das erst in seinem Todesjahr 1543 gedruckte Werk „De revolutionibus orbis coelestium“ markiert den Übergang vom geozentrischen zum heliozentrischen Weltbild. In Frauenburg wurde er Domherr, er praktizierte auch als Arzt. Der gebürtige Thorner starb im Alter von 70 Jahren. Prominent bestattet wurde er nicht. Zwar gab es ein Epitaph im Dom, aber wo genau er begraben lag, war lange unbekannt. Bereits Napoleon ließ nach dem Grab suchen – erfolglos.

Nach der letzten Jahrtausendwende machten sich polnische Archäologen ans Werk, ein Anhaltspunkt waren die verschiedenen Altäre im Dom. In Frauenburg gibt es davon zwölf, es hieß, dass Copernicus bei dem Altar hätte beigesetzt werden müssen, für den er als Kanoniker „zuständig“ gewesen war. Ein Skelett entsprechenden Alters wurde gefunden, mit einem kieferlosen Schädel. An dieser Stelle kam der Archäologe Jerzy Gassowski nicht weiter.

Um weitere Erkenntnisse zu gewinnen, musste der Zoologe und Genetiker Wieslaw Bogdanowicz zu Rate gezogen werden. Zunächst galt es festzustellen, ob alle Teile des Skeletts wirklich zusammengehörten – was beim Fund des Skeletts des Renaissance-Dichters Petrarca einst nicht der Fall gewesen war.

Das Frauenburger Skelett hingegen gehörte eindeutig zu einer Person. Wie konnte man aber nun sicher sein, dass es sich wirklich um Copernicus handelte? Der Schädel half nicht weiter. Bei Petrarca war bekannt, dass er als Kind durch einen Eseltritt verletzt worden war, was bei der Identifikation half. Von Copernicus gab es allerdings nicht einmal ein zu Lebzeiten entstandenes Porträt.

Hier war wieder der Genetiker gefragt, der allerdings Vergleichsmaterial braucht. 2007 etwa konnte durch eine solche Studie festgestellt werden, dass die Zarentochter Anastasia, entgegen einer langjährigen Legende, 1918 gemeinsam mit ihrer Familie ermordet und nur etwas abseits bestattet worden war.

Im Fall von Copernicus waren jedoch weder Nachkommen noch Überreste verstorbener Angehöriger ausfindig zu machen. Der Zufall half. Die Schweden hatten bei einer ihrer Invasionen im 17. Jahrhundert auch eine Bibliothek mitgehen lassen. In Uppsala fand sich ein Buch, welches durch handschriftliche Einträge dem Besitz des Copernicus zuzuordnen war. In diesem Buch wiederum stieß man auf neun Haare – und damit genug Erbgut, um die Übereinstimmung mit dem Skelett feststellen zu können. Im Mai 2010 wurde Copernicus dann, unter großem Aufwand, abermalig und endgültig in Frauenburg beigesetzt. In besagtem Buch fand sich übrigens auch das Haar einer Katze. Ob der Astronom Liebhaber von launischen Haustieren war?

Erik Lommatzsch

Copernicus liegt darin: 2010 wurde sein in Frauenburg gefundener Sarg wieder beigesetzt Bild: Imago

»König« von Rheinsberg

Ein Kater ist die große Attraktion in dem Brandenburger Schloss

Besucher, die in das brandenburgische Städtchen Rheinsberg in der Meinung reisen, dort würde Friedrich der Große gefolgt von Kurt Tucholsky das Zepter in der Hand halten, die irren. Spätestens nach der Schlossbesichtigung beim traditionellen Lustwandeln durch den fürstlichen Park am Grienericksee weiß man, dass dem nicht so ist.

Irgendwann kommt er einem nonchalant entgegengestromert: ein stattlicher Kater mit rötlichem Fell, der sich den Besuchern freundlich von seiner Schokoladenseite zeigt. Hunden gegenüber verhält er sich eher stoisch, Kinder aber mag er sehr. Das Reich des Katers ist recht groß, er hat auf seinen täglichen Kontrollgängen viel zu tun.

Sein Besitzer, ein örtlicher Arzt, erwählte die Mischung aus amerikanischer und norwegischer Waldkatze einst aus mehreren Tieren, weil sie so hochmütig drein schaute und sich durch vornehme Zurückhaltung ohne Gefallsucht auszeichnete. Das Verhalten des Tieres imponierte dem Mann, „das ist besonders“, dachte er sich, und Katzi, wie das Tier zunächst noch hieß, durfte beim Arzt und seiner Familie in unmittelbarer Nähe des Schlosses einziehen.

Doch dem tierischen Freigeist wurde seine neue Behausung schnell zu klein, das Abenteuer lockte und Katzi zog es immer häufiger nach draußen. Er sah das Schloss, der Park erschien ihm wie ein einziger Traum, überall gab es so viel zu entdecken, und dann die gute Luft, das hält jung. Und so übernahm Katzi kurzerhand das Regiment im Rheinsberger Park, legte sich einen royalen Namen zu („Sheldon Schlosskatzi“) und wurde zum Liebling der Besucher, aber auch von Facebook, wo der Kater mittlerweile eine Fangemeinde von nahezu 6300 Freunden hat, die voller Spannung seine Abenteuer verfolgen und auf neue Fotos hoffen, welche die Fans von dem fotogenen Tier hochladen.

Bei Regen braucht man den eingefleischten Junggesellen eher nicht im Park zu suchen, nasses Fell mag er nicht. Gute Chancen, ihn zu treffen, haben die Touristen vor allem im Sommer bei den Freiluftkonzerten im Schlosshof, denn Sheldon ist kultiviert und mag klassische Musik, und natürlich geht er auch gerne mal ins Kurt-Tucholsky-Museum.

Als eine Art unkonventioneller „Rheinsberg-Botschafter“ für die Tourismus-Branche weiß er, was sich gehört. Und seit Tucholsky einst 1924 in „Die Katz“ eine Königsberger Katze („Kenn Se Keenichsbarch? Das is ’ne Stadt – wissen Se“) hatte sprechen lassen, gehört dieser zu Sheldons Lieblingsautoren.

Bettina Müller

Sheldons bravouröser Einsatz für seine Stadt hat sich gelohnt: Die touristische Internetseite von Rheinsberg führt ihn mittlerweile unter der Rubrik „Persönlichkeiten“: www.rheinsberg.de/persoenlichkeiten-rheinsberg.html

„Schlossherr“: Sheldon will ein Nickerchen machen Bild: Müller

Präzise Sumpfvermessung zur »Denunziation«

Ist die Bundesrepublik Deutschland eine Denunzianten-Republik? Der saarländische Germanist und Historiker Professor Günter Scholdt, jahrelang Leiter des Saarbrücker „Literaturarchivs Saar-Lor-Lux-Elsass“, bejaht diese Frage. Er hat dazu eine brillante 230-seitige Analyse als gut lesbares Taschenbuch vorgelegt, das unter dem Titel „Anatomie einer Denunzianten-Republik: Über Saubermänner, Säuberfrauen und Schmuddelkinder“ kürzlich im Lichtschlag-Buchverlag erschienen ist. Es gleicht einer präzisen Sumpfvermessung von Fehlentwicklungen in der Kommunikations-(un)kultur unseres Landes und liefert übersichtlich dargestellte Belege für seine – leider – sehr realistischen Thesen.

Im Zentrum des Buches steht die Beschreibung einer skandalösen Paradoxie: Ein Staat, der sich in Tausenden öffentlicher Stellungnahmen als Gegenentwurf zum Dritten Reich definiert, ist gleichzeitig zu einem Eldorado für „Tugendterroristen“, „Begriffsfälscher“ und „Prominenten-Jäger“ verkommen. In zehn Hauptkapiteln führt der Autor seine Beweise vor, wobei die denunziatorischen Sumpfblüten-Phänomene in originelle Unterkapitel aufgeteilt sind. Sie informieren dann zum Beispiel über eine „moralpolitische Dienstleistungsbranche“, machen „Schmuddelkinder der Republik“ bekannt, gehen auf „Profiteure“ der üblen Nachrede ebenso ein wie auch auf wichtige Beispiele von „Prominenten-Jagd“.

Insbesondere im letztgenannten Kapitel kann der interessierte Leser sich nochmals wichtige Opfer-Persönlichkeiten vor Augen führen, die in der Vergangenheit den Weg zur Denunzianten-Republik pflasterten: Es werden Kampagnen und ihre ausgrenzenden Wirkungsweisen beschrieben, die mit Namen verbunden sind, die bei der Thematisierung der strittigen Sachverhalte wieder im Gedächtnis auftauchen: Scholdt erinnert unter anderem an die Fälle Fritz Tobias, der im Zusammenhang mit der Urheberschaft des Reichstagsbrandes zu „volkspädagogisch unwillkommenen“ (Golo Mann) Ergebnissen kam, der Fall Ernst Nolte mit dem berühmt-berüchtigten Historikerstreit (Jürgen Habermas) wird erwähnt, es folgen die bekannten Skandale um Philipp Jenninger, Martin Walser, Martin Hohmann, Günter Grass, Eva Hermann, Akif Pirincci, Rolf Peter Sieferle und – zuguterletzt – der „Extremfall“ des erfolgreichsten Sachbuchautors im Nachkriegsdeutschland mit dem Namen Thilo Sarrazin. Der ehemalige Berliner Finanzsenator und Bundesbanker löste ja bekanntlich durch sein realistisches Grundlagenwerk „Deutschland schafft sich ab“, in dem er die verhängnisvolle Finalität der offiziellen Immigrationspolitik zutreffend beschrieb, seit 2010 eine Art Dauer-Schnappatmung im tonangebenden rot-grünen Meinungsmilieu aus, die bis heute anhält. Diejenigen, die einst den rationalen Dialog mündiger Bürger als Erziehungsziel demokratischer Kommunikation propagierten und sich dabei vom Propaganda-Stil zweier deutscher Diktaturen à la Drittes Reich und DDR abzugrenzen vorgaben, erwiesen sich als offenbar unfähig, eine faire, freie und offene Diskussion über politisch-unkorrekte Inhalte zuzulassen.

Scholdt nennt viele Beispiele

Die heruntergekommene heutige SPD versucht gerade erneut, ihr prominentes Parteimitglied Sarrazin mit einem Ausschlussverfahren loszuwerden, und zeigt damit nur, dass sie die Gründe für ihren Absturz in der Wählergunst immer noch nicht begriffen hat beziehungsweise wegen ihrer ideologischen Multikulti-Verblendung gar nicht begreifen kann.

Das mit wichtigen Quellenhinweisen versehene Werk, das uneingeschränkt zur Lektüre empfohlen wird, enthält als Appendix in der Kapitelfolge noch ein „Vortrags-Konzept für einen AfD-Redner im Deutschen Bundestag“. Man darf gespannt darauf warten, ob einer der oppositionellen AfD-Parlamentarier den originellen Ansprachenvorschlag aufgreift und sich der Autor Scholdt dann auch noch als Ghostwriter für die größte deutsche Oppositionspartei einen Namen gemacht haben könnte. Zu wünschen wäre es.

Bernd Kallina

***Günter Scholdt: „Anatomie einer Denunzianten-Republik. Über Saubermänner, Säuberfrauen und Schmuddelkinder“,** Natalia Lichtschlag Buchverlag, Grevenbroich 2018, broschiert, 230 Seiten, 18,90 Euro*

Begegnung im »Kuhländchen«

Hans Mirtes lädt zu einem Streifzug durch Geschichte und Gegenwart in Deutschland und in der Tschechischen Republik ein. Eingangs gibt er Gerd Schultze-Rhonhof ein Forum zum „Tschechisch-Deutschen Drama 1919–1938“. Als Historiker und unabhängiger deutscher Experte ist er prädestiniert für eine weitere Expertise. Er behandelt weiter kompetent das Thema „Deutschlands falsches Geschichtsbild“, das 2019 aktueller nicht sein könnte. Konrad Badenheuer schließt sich an mit seinem untermauerten Standpunkt „Lautlos abgewickelt – die Vertriebenen als Opfer deutscher Geschichtspolitik“ und gibt damit eine einzigartige Zusammenfassung über das, was in den letzten Jahren in diesem Land schief gelaufen ist.

Mirtes lässt nicht nur Historiker zu Wort kommen, sondern kennt auch Gerhild Drescher. Die weiß wiederum, dass in der Niederen Tatra der Slowakei das Dorf Metzenseifen liegt, in dem es einigen Karpartendeutschen 1946 gelungen ist, der Vertreibung zu entgehen.

Immer weniger Deutsche wissen, was das Kuhländchen ist. In Gießen gibt es 2019 allerdings 15 junge Leute mehr, für die das ein Begriff ist. Sie sind mit ihrem Fachlehrer auf Vorschlag von Studiendirektor a.D. Eckhard Scheld in den Osten der Tschechischen Republik zu einer Begegnung mit tschechischen Schülern gefahren. Im Buch ist zu erfahren, wie interessant das Kuhländchen dadurch heute noch ist.

Bei der Fülle, die das Buch präsentiert, erscheint zunächst kaum glaublich, dass weitere Themen im Mittelpunkt stehen. Mirtes hat fünf bezeichnende Bilder zum Geschehen in Chemnitz ausgesucht und lässt sie von einschlägigen Experten kommentieren. Der Leser, der das Geschehen nur aus den deutschen Medien kennt, wird von dem Kenntnisgewinn überrascht sein.

Gerolf Fritsche

***Hans Mirtes (Hg.): „Tatsachen, Meinungen, Standpunkte, Band XV, 2018“,** Ortmaier Verlag, Frontenhausen 2019, broschiert, 116 Seiten, 15 Euro*

Lust auf Spanien

Gleich einsteigen und losfahren möchte man nach der Lektüre von Thomas Cernaks neuem Reiseführer „Spanien mit dem Wohnmobil“. Darin beschreibt der erfahrene Journalist und Fotograf landschaftlich reizvolle Routen quer durch Spanien. Besonders interessant für den Individualisten sind die Strecken fernab der Touristenhochburgen. So führen die vorgeschlagenen Routen beispielsweise in die Pyrenäen, zu Klöstern nahe der Costa Brava, in urwüchsiges Weinland oder zu den von der Maurenherrschaft geprägten Städten Córdoba und Cadiz. Wer Zeit und Lust hat, begibt sich auf die Spuren Don Quichotes nach Zentralspanien.

Die aussagekräftigen Fotos zeugen vom Fachmann. Neben Wegbeschreibungen hält Cernak sehr viele praktische Hinweise auf Stellplätze, Museen, Einkaufsmöglichkeiten und kulinarische Spezialitäten bereit. Sehr hilfreich sind der Straßenatlas im Anhang sowie der Sprachführer zu Beginn des Reiseführers.

Insgesamt ist das Buch eine gute Grundlage für Individualreisen und macht Lust auf Spanien. *MRK*

***Thomas Cernak: „Spanien mit dem Wohnmobil. Die schönsten Routen von den Pyrenäen bis an die Costa de la Luz”,** Bruckmann Verlag, München 2019, broschiert, 272 Seiten, 24,99 Euro*

Der Kaiser von hinten

Wer das Buch „Kaisertage“ umdreht, sieht unseren letzten Kaiser von seiner Rückseite. Symbolisch vielleicht für seine Abdankung stehend, betrachtet man den einstigen Monarchen, wie er sich mit dem darüber positionierten Satz „Kein Mensch ist mir dankbar“ von seinem Volk abwendet. Ganz sicher wird dem Leser in dem Werk von Paul Schönberger und Stefan Schimmel durch die bisher unveröffentlichten Aufzeichnungen der Kammerdiener und Adjutanten Wilhelms II. ein unbekannter Einblick in das Leben des Regenten gegeben.

Anlässlich der 100. Wiederkehr des Jahrestags der Abdankung Kaiser Wilhelms II. am 9. November 1918 präsentiert das Buch anschaulich bebildert eine Fülle von Hintergrundinformationen. Nun könnte man meinen, solche Aufzeichnungen kämen eher staubtrocken daher. Doch weit gefehlt. Dieses Buch ist schon rein optisch ein Prachtband. Kaiser Wilhelm II. schaut auf dem Titel dem Leser ernst und majestätisch direkt in die Augen, um zwei Seiten weiter inmitten seiner Familie auf einem doppelseitigen Foto, die Kaiserin Auguste Viktoria neben sich, zu strahlen. Die kaiserliche Familie hat sich anlässlich des 25. Thronjubiläums seiner Majestät vor dem Neuen Palais in Potsdam versammelt.

Auf der nächsten Seite schickt das aktuelle Oberhaupt des Hauses Hohenzollern, Georg Friedrich Prinz von Preußen, ein Grußwort an die Leser, indem er darauf hinweist, dass die im Hausarchiv der Burg Hohenzollern aufbewahrten Tagebücher der kaiserlichen Kammerdiener und Adjutanten von 1914 bis 1918 im vergangenen Jahr vollständig aufbereitet und transkribiert wurden. Diese Quellen gewährten über eine fast lückenlose Chronologie der Ereignisse hinaus, so der Prinz, auch überraschend private Einblicke in den Tagesablauf des Kaisers und vermittelten wertvolle Erkenntnisse über den Menschen Wilhelm II. Bevor man sich diesem jedoch zuwendet, wird einem bei einem Bildvergleich die Ähnlichkeit des Prinzen mit seinem Vorfahren auffallen.

Schönberger, zu dessen Forschungsgebiet neben der Geschichte des preußischen Adels auch die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gehört, weist im Vorwort auf die besondere Bedeutung der Dokumente hin. Einmal gebe es von dieser Zeitspanne kaum Aufzeichnungen des Kaisers und zum anderen habe Kaiserin Auguste Viktoria am En-de des Krieges zahlreiche persönliche Unterlagen aus Angst vor marodierenden Revolutionären vernichtet. Die Notizen, wenn auch nur stichpunktartig, beschreiben den Tagesablauf in den Schlössern, aber auch den Kriegsalltag. Um den Lesern eine historische Einordnung der Schilderungen zu erleichtern, sind den sechs Kapiteln jeweils erläuternde Ausführungen vorangestellt.

Reich bebildert bekommt man einen intensiven Eindruck der Lebensumstände des Kaiserhauses und der umstrittenen Persönlichkeit des letzten Deutschen Kaisers. Für historisch interessierte Leser ein wahrer Augenschmaus und Leckerbissen.

Silvia Friedrich

***Paul Schönberger, Stefan Schimmel: „Kaisertage. Die unveröffentlichten Aufzeichnungen (1914 bis 1918) der Kammerdiener und Adjutanten Wilhelms II.“,** Südverlag, gebunden, 24,90 Euro*

Spannende Rekonstruktion der Familiengeschichte des Fabrikanten Wertheim

Eine deutsch-jüdische Familiengeschichte, eine Unternehmenschronik und ein exorbitantes Vermögen, das in dunklen Kanälen verschwunden ist – das ist der Stoff des spannenden Buches von Carlos Guilliard mit dem Titel „Das verschollene Erbe der Wertheims“. Als Ghostwriterin hat sich die Journalistin Gundula Englisch verdient gemacht. Ihr Name steht allerdings nicht auf der Titelseite, sondern findet sich merkwürdigerweise an letzter Stelle der Danksagung. Als alleiniger Autor firmiert somit der 1970 geborene Münchener Carlos Guilliard, ein direkter Nachkomme und somit potenzieller Erbe der einst schwerreichen Unternehmerfamilie Wertheim in Frankfurt und Spanien.

Das erfuhr Guilliard jedoch erst 2003 bei seinen Nachforschungen im Frankfurter Stadtarchiv. Bis dahin hatte er geglaubt, der in Barcelona lebende Nähmaschinenfabrikant Carlos Vallin (Karl Wertheim, 1868–1945) sei sein Großonkel gewesen. Vallin hatte jedoch einen unehelichen Sohn, Guilliards Vater, der sein Alleinerbe wurde. Sicher war das eine aufregende Nachricht für den Autor, der seinen Vater nie kennengelernt hat. Umso mehr ergaben sich für ihn nach dieser Erkenntnis bedeutungsschwere Fragen. Er nahm Kontakt zu zwei hochbetagten Verwandten in New York und Melbourne auf. Von ihnen brachte er glücklicherweise noch authentische Nachrichten über den Frankfurter Nähmaschinenhersteller Josef Wertheim (1834–1899) und seine Gattin Rosalie (1841–1918) sowie über die Schicksale ihrer zehn Kinder und zahlreichen Enkel und Urenkel in Erfahrung. Mithilfe von Fotos und Dokumenten, darunter das 40-seitige Testament Josef Wertheims, gelang es ihm, die Geschichte der Familie Wertheim teilweise bis ins Detail zu rekonstruieren. Untrennbar damit verbunden sind der Aufstieg und der Untergang ihres Unternehmens, das jeweils aus einer Nähmaschinenfabrik und einer Eisengießerei in Frankfurt und Barcelona bestand. Bis nach Australien expandierte der prosperierende Nähmaschinenvertrieb noch zu Lebzeiten des umsichtig wirtschaftenden und äußerst sozial eingestellten Firmengründers Josef Wertheim.

Englisch schildert die Schwierigkeiten der Geschäftsinhaber in den bewegten Zeiten während der preußischen Besatzung Frankfurts, im Ersten Weltkrieg sowie im Spanischen Bürgerkrieg und der Franco-Diktatur. In den Krisenzeiten der 1920er und 30er Jahre deponierte Carlos Vallins Ehefrau Maria das Barvermögen der Vallins in großem Umfang auf Schweizer Konten, weiß der Autor. Zu den realen Vermögenswerten der Vallins und ihrer Verwandten in Deutschland zählten Kunstsammlungen und Immobilien. Schon im 19. Jahrhundert waren die Wertheims zum Protestantismus konvertiert, dennoch wurden die in Gießen, Frankfurt und München lebenden Familien Hesselbach, Wertheim und Ullmann von den Nationalsozialisten drangsaliert und beraubt. Guilliard nennt die Adressen ihrer Wohndomizile, die zwangsweise zum Spottpreis verkauft oder gestohlen wurden. Einigen ihrer Kinder gelang die Flucht ins Ausland. Josef Wertheims hochbetagter Sohn Paul, ein Veteran des Ersten Weltkriegs, nahm sich das Leben. Drei Kinder und Enkel des Firmengründers und ihre Ehepartner wurden 1941 in Konzentrationslager deportiert und ermordet.

In den USA scheiterte 2017 eine Milliardenklage des Wertheim Jewish Education Trust, der eine schweizerische und eine deutsche Großbank wegen angeblicher Unterschlagung des Erbes der Frankfurter Wertheim-Familie verklagt hatte.

Guilliards Buch endet mit vielen Fragen hinsichtlich des Verhaltens seines Vaters. Doch er gibt sich zuversichtlich, dass die Wahrheit über den Verbleib des spanischen Erbes, seines Erbes und des Erbes seiner beiden Geschwister, doch noch ans Licht kommen wird. Das ergäbe dann den Stoff für ein zweites Buch.

Dagmar Jestrzemski

***Carlos Guilliard: „Das verschollene Erbe der Wertheims. Die Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie“,** Bastei-Lübbe Verlag, Köln 2018, gebunden, 319 Seiten, 20 Euro*

Hermann Pöking
Ostpreußen
Panorama einer Provinz erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1948
Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pölking, Filmproduzent und Autor des erfolgreichen Buches „Ostpreußen – Biographie einer Provinz" macht die Geschichte dieses Landstrichs jetzt in einer umfassenden DVD-Edition erlebbar und verständlich. Grundlage ist ein großer Fundus an bislang völlig unbekannten Filmaufnahmen aus der ersten Häfte des 20. Jahrhunderts, darunter zahlreiche Farbfilme von Amateurfilmern. Die Edition legt den Fokus auf das historische Bewegtbild, das in eine anschaulische Erzählung eingebettet ist.
Die DVD-Box enthät 5 DVDs mit jeweils 60 Minuten Länge und zusätzlich den Bonus-Film „Memelland".
Nr. P A0769 DVD-Box mit 5 DVDs 39,95 €

Weise gehen in den Garten
Lebensweisheiten von Busch bis Ringelnatz
Er muss es gewusst haben, Johann Wolfgang von Goethe, der Dichter, Naturwissenschaftler, Genussmensch. Und so schwärmte er wie viele andere weise Männer und Frauen beim Anblick von duftenden Blumen und prallen Früchten, von summenden Insekten und rauschenden Baumkronen – ob im Gärtchen vor dem Haus oder in freier Natur. Dieses Büchlein sei ein Beweis und mit seinen kunstvoll kolorierten Kupferstichen zugleich eine Liebeserklärung an Mutter Natur, ein Geschenk für Weise! 60 Seiten
Nr. P A1313 Gebunden 9,95 €

Landkarte Ermland/Oberland
Aktuelle Straßenkarte im Maßstab 1 : 100.000. Allenstein, Wormditt, Heilsberg, Osterode Löbau, Neidenburg, Soldau.
Nr. P A1374 Karte 8,95 €

Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €

Christopher Spatz/Fritz Paul (Fotografien)
Heimatlos
Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung
Millionen Menschen querten die innerdeutsche Grenze von Ost nach West und passierten ab September 1945 das niedersächsische Grenzdurchgangslager Friedland. Sie kamen aus dem Kommunismus in den Kapitalismus, aus einer fremdgewordenen Heimat in eine ungewisse Zukunft. Für die Eintreffenden bedeutete das Lager ein Durchatmen, aber auch Abschied und Endgültigkeit. Empfangen wurden sie im Zeichen selbstloser Hilfsbereitschaft. Das Presseecho war enorm, die Symbolik verbindend. Getriebenheit, Verelendung und Rührseligkeit, Tod und Neuanfang bildeten hier ein verstörendes Nebeneinander. Zahlreiche Aufnahmen des Fotoreporters Fritz Paul, viele davon bislang unveröffentlicht, bieten überraschende Blicke auf die Vertriebenen, Zivilverschleppten, Heimkehrer und Aussiedler der 1950er-Jahre. Was bedeutet es, entwurzelt zu sein? Wie erlebt und empfindet man das Ankommen in einem neuen System? Christopher Spatz erzählt von dem entscheidenden Moment des Weltenwechsels und den Facetten der Heimatlosigkeit. 224 Seiten
Nr. P A1302 Gebunden 19,95 €

Gerhard Greß/Jörg Petzold
Ostpreußen und seine Verkehrswege
Teil 1 bis 1945
Mit Ostpreußen verbinden sich besondere Vorstellungen: herrliche, von Moränenhügeln, Flussniederungen und Moorgebieten durchzogene Landschaften mit Elchen und Störchen, tiefdunkle Wälder und zahllose Seen, die Bernsteinküste, berühmte Seebäder, auf dem Kurischen Haff kreuzende Fischerkähne mit geschnitzten Wimpeln und wandernde Sanddünen auf der Nehrung, das Frische Haff mit dem hoch aufragenden Dom in Frauenburg, Trakehnen und seine berühmten Pferde, mächtige Ordensburgen und wehrhafte Städte, schattenspendende Baumalleen entlang der Chausseen, Kornfelder soweit das Auge reicht, Industrien und Unternehmen von Weltruf und natürlich die legendäre Ostbahn Berlin – Königsberg – Eydtkuhnen. Sie spielt in unseren beiden Standardwerken zum Verkehrswesen in Ostpreußen eine ebenso wichtige Rolle wie die vielen anderen großen und kleinen Bahnen. Wie in dieser beliebten VGB-Buchserie üblich, widmen sich die Autoren auch den anderen öffentlichen Transportmitteln, wie den vielfältigen Straßenbahnbetrieben, dem wichtigen Omnibusverkehr und der Schifffahrt. Band 1 beschreibt die rasante Verkehrsentwicklung dieser ostdeutschen Provinz bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, als das alte Ostpreußen in kürzester Zeit von der Bildfläche verschwunden ist. ca. 800 seltene Aufnahmen. 372 Seiten
Nr. P A1345 Gebunden 59,95 €

Stadtplan Königsberg 1931 und Kaliningrad heute
Stadtplan von 1931 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0614 Karte 8,95 €

Stadtplan Tilsit/Ragnit
Stadtplane um 1930 und heute im Maßstab 1 : 10.000.
Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0615 Karte 6,95 €

Landkarte Süd-Masuren
Aktuelle Straßenkarte im Maßstab 1 : 100.000.
Allenstein, Nikolaiken, Ortelsburg, Johannisburg, Arys, Spirdingsee. Dt.-Poln./Poln.-Dt.
Nr. P A1262 Karte 8,95 €

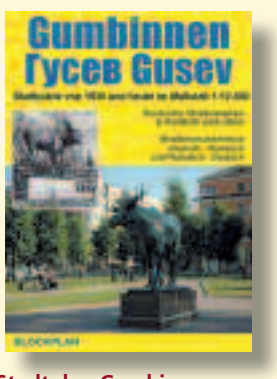
Landkarte Glatzer Land mit Eulengebirge und Neisser Land-West
Maßstab 1 : 100.000. Glatz, Neisse, Münsterberg, Bad Kudowa, Frankenstein, Patschkau, Freiwaldau.
Nr. P A1333 Karte 8,95 €

Kerstin und André Micklitza
Reiseführer Polnische Ostseeküste
Zwischen Oder und Frischem Haff 284 Seiten
Nr. P A1110 Kart. 12,95 €

Immer mehr deutsche Urlauber finden den Weg in Polens beliebteste Ferienregion, die Ostseeküste. Sie zieht es an die Strände mit dem feinen Sand, die sich scheinbar unendlich weit an der Küste entlang erstrecken. An der Küste liegen interessante Hafenstädte wie Stettin und Danzig, traditionsreiche Kurorte wie Sopot und Misdroy und zudem eine einzigartige, abwechslungsreiche Landschaft mit Steilküsten und Binnenseen, Moor- und Hügellandschaften. Dieser Reiseführer beschreibt diese Region in allen ihren Facetten und trägt den Entwicklungen der touristischen Infrastruktur der vergangenen Jahre Rechnung. Neben ausführlichen Informationen zu Geschichte und Kultur enthält dieses Buch unzählige praktische Hinweise zu Hotels, Restaurants, Ausflügen, Museen und sportlichen Aktivitäten.

Wolfgang Kling/Jörg Lüderitz
Neumark
Durch die alte Kulturlandschaft östlich von Oder und Neiße
294 Seiten
Nr. P A1113 Kart. 14,95 €

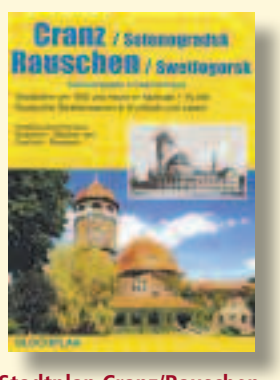
Die Neumark ist nicht nur für Berliner und Brandenburger einen Besuch wert. Sie lockt mit vielen landschaftlichen Schönheiten und mit einer gerade jüngst spürbar ausgebauten touristischen Infrastruktur. Rund um Gorzów (Landsberg/Warthe) finden Reisende eine von Seen und sanften Hügeln geprägte, nahezu unberührte Natur, die beste Bedingungen für einen Aktivurlaub bietet. Darin liegen traditionsreiche Orte, deren Geschichte teilweise bis ins Mittelalter zurückreicht. Dieser Reiseführer trägt den aktuellen Entwicklungen Rechnung und stellt den Landstrich detailliert vor. Die Autoren erläutern die lange bewegte Geschichte der Neumark und beschreiben die landschaftlichen und baulichen Schönheiten. Umfassende reisepraktische Hinweise machen den Band zu einem nützlichen Begleiter.



Stadtplan Gumbinnen
Stadtplan von 1936 und heute im Maßstab 1 : 12.000.
Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0616 Karte 5,95 €

Stadtplan Insterburg
Stadtplan von 1932 und heute im Maßstab 1 : 12.000.
Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0617 Karte 6,95 €

Nord-Ostpreußens Südosten Insterburg – Gumbinnen – Rominter Heide – Trakehnen
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1938 bis 1945
Nr. P A0695 Karte 8,95 €



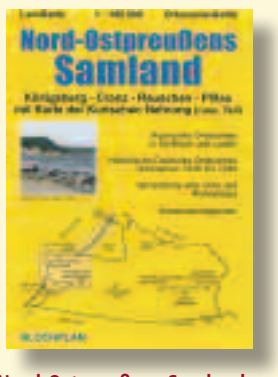
Stadtplan Cranz/Rauschen
Stadtplan von 1935 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0739 Karte 6,95 €

Volker Hagemann
Riga Tallin Vilnius
Die Hauptstädte und die schönsten Reiseziele im Baltikum 438 Seiten
Nr. P A1111 Kart. 19,95 €

Riga, Tallinn und Vilnius haben sich zu beliebten Reisezielen entwickelt, und jede der baltischen Hauptstädte hat ihren eigenen Reiz: Das fast eine Million Einwohner zählende, lebhafte Riga ist berühmt für seine eng bebaute, pittoreske Altstadt und zahllose Jugendstilbauten an den breiten Boulevards. Tallinn fasziniert mit einer mittelalterlichen Altstadt, die von einer zwei Kilometer langen Stadtmauer eingefasst wird, und die zu den besterhaltenen in Europa gehört. In Vilnius stehen mehr als 100 Kirchen, darunter sind etliche sehenswerte Barockkirchen und das Ausros-Tor mit dem Bildnis der Barmherzigen Muttergottes, das Ziel von Pilgern aus ganz Europa ist. Dieser Reiseführer führt sehr detailliert durch Riga, Tallinn und Vilnius. Neben den gängigen Reisetipps und nützlichen Karten gibt es Tipps für Shopping und den Strandurlaub.

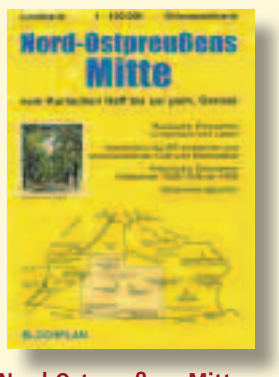
Gunnar Strunz (448 Seiten)
Reiseführer Königsberg Kaliningrader Gebiet
Mit Bernsteinküste, Kurischer Nehrung, Samland u. Memelland
Nr. P A1114 Kart. 21,95 €

Im Kaliningrader Gebiet treffen russische Gegenwart und deutsche Vergangenheit aufeinander. Neben der Stadt Kaliningrad, dem ehemaligen Königsberg, lohnen vor allem die umgebenden Landschaften einen Besuch: die Rominter Heide, das Große Moosbruch und die Memelniederung, die Kurische Nehrung und die traditionsreichen Seebäder wie Rauschen, Cranz und Pillau. Der Reiseführer stellt alle Sehenswürdigkeiten kenntnisreich vor. Umfangreiche reisepraktische Hinweise und durchgängig kyrillisch-lateinisch beschriftete Karten helfen bei der Reisevorbereitung und der schnellen Orientierung vor Ort. Umfassende reisepraktische Tipps – Extra-Kapitel zum Memelland und zur Strecke Berlin-Kaliningrad – 43 genaue Stadtpläne und Übersichtskarten – 238 Farbfotos, 37 historische Abbildungen.



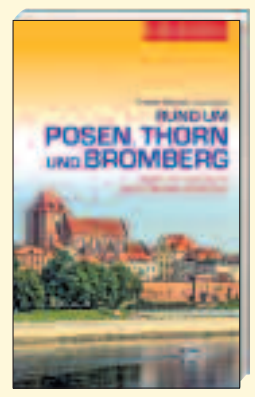
Nord-Ostpreußens Samland Königsberg – Cranz – Rauschen – Pillau
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0740 Karte 8,95 €

Nord-Ostpreußens Norden vom Kurischen Haff bis zur Szeszuppe
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0869 Karte 8,95 €



Nord-Ostpreußens Mitte vom Kurischen Haff bis zur polnischen Grenze
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Hist. Ortsnamen 1928 bis 1945
Nr. P A0876 Karte 8,95 €

Rund um das Frische Haff Königsberg bis Elbing Braunsberg bis Bartenstein
Maßstab 1 : 100.000. Russische Ortsnamen in Kyrillisch u. Latein. Historische Deutsche Ortsnamen.
Nr. P A1013 Karte 8,95 €



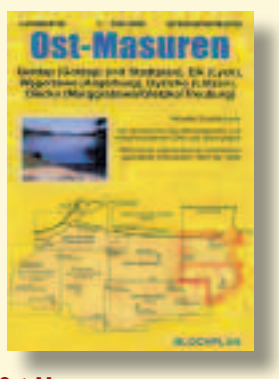
Frieder Monzer, Lena Dydytch
Rund um Posen, Thorn und Bromberg
Städte u. Landschaften zwischen Warthe und Weichsel 424 S.
Nr. P A1232 Kart. 16,95 €

Die polnischen Regionen Großpolen und Kujawien-Pommern sind als touristische Ziele in Deutschland noch eher unbekannt. Dabei liegt Polens „Mittlerer Westen" nur wenige hundert Kilometer von Deutschland entfernt und ist dabei doch für deutsche Touristen recht exotisch. Die wechselvolle Geschichte hat vielfältige historische Sehenswürdigkeiten hinterlassen, in den Städten Posen, Thorn und Bromberg, aber auch in Form von ländlichen Adelssitzen, Burgen und Burgruinen des Deutschritterordens, Kirchen und Klöstern. Das flache Land eignet sich gut zum Radeln, zahlreiche Seen laden zum Baden und Paddeln ein. Dieser Reiseführer bietet Hintergrundinformationen zu Geschichte, Kultur und Natur und zahlreiche praktische Tipps zu Anreise, Bahnverbindungen, Unterkunft, Restaurants und Kultur.

Kerstin und André Micklitza
Reiseführer Masuren
Mit Marienburg, Danzig und Thorn
163 Fotos, 300 Seiten
Nr. P A1153 Kart. 14,95 €

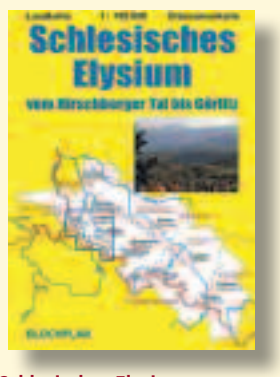
Masuren ist eines der letzten Gebiete Europas mit einer weitgehend intakten Natur. Besonders Wanderer und Wassersportler finden ein selten schönes Revier vor. Aber nicht nur Naturfreunde werden auf ihre Kosten kommen: Jahrhundertealte steinerne Zeugen der Vergangenheit künden von der ereignisreichen Geschichte der Region. Viele Informationen für Wanderer, Radfahrer und Wassersportler zeichnen den Reiseführer aus. Ausführliche Extrakapitel sind der als UNESCO-Weltkulturerbe geschützten Stadt Torun (Thorn), der alten Handelsstadt Gdansk (Danzig) sowie Malbork (Marienburg) mit seiner einzigartigen Ordensburg gewidmet. Der reich illustrierte Titel bietet umfassende Informationen zu den Destinationen, einen Abriss zur Geschichte, Erklärungen zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten sowie praktische Reiseinformationen.

Nord-Masuren
Heilsberg – Bartenstein – Rastenburg – Angerburg – Lötzen – Sensburg
Maßstab 1 : 100.000. Polnische und Deutsche Ortsnamen
Nr. P A1147 Karte 8,95 €



Ost-Masuren
Goldap (mit Stadtplan) – Lyck – Angerburg – Lötzen – Treuburg
Maßstab 1 : 100.000. Polnische und Deutsche Ortsnamen
Nr. P A1195 Karte 8,95 €

Stadtplan Oppeln 1938 und Opole heute
Stadtplan im Maßstab 1 : 10.000. Innenstadt im Maßstab 1:5.000. Straßenverzeichnisse Deutsch-Polnisch/Polnisch-Deutsch
Nr. P A1100 Karte 6,95 €



Schlesisches Elysium Vom Hirschberger Tal bis Görlitz
Maßstab 1 : 100.000 mit allen deutschen, polnischen und tschechischen Ortsnamen
Nr. P A1161 Karte 8,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Frauenpower in Ministerien

Berlin – Der Anteil weiblicher Führungskräfte hat sich in den Bundesministerien seit 1998 von 18,1 auf 35 Prozent erhöht. Im Justizministerium sind rund 41 Prozent der Führungskräfte weiblich, im Bildungsministerium rund 46 Prozent und im Familienministerium rund 56 Prozent. Den niedrigsten Anteil an Frauen in Führungspositionen haben das Auswärtige Amt mit rund 25 Prozent und das Finanzministerium mit 26 Prozent. *J.H.*

Reichsbürger ungefährlich

Berlin – Nach Erkenntnissen der Bundesregierung ist nur ein kleiner Teil der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ dem Rechtsextremismus zuzuordnen. Der Anteil belaufe sich auf rund 950 von geschätzt 19 000 Personen, die der Szene angehören. Überschneidungen zwischen Rechtsextremisten und „Reichsbürgern“ seien gering, jene zwischen Rechtsextremisten und „Selbstverwaltern“ kaum feststellbar. *J.H.*

ZUR PERSON

Kämpfer gegen weinerliche Welt

Bloß nicht anecken – diese Maxime breitet sich in der glattgebügelten Öffentlichkeit immer mehr aus. **Arnulf Baring** war da ganz anders. Der Jurist und Politikprofessor kannte keine Berührungsängste mit kontroversen Themen oder umstrittenen Projekten und blieb trotzdem bis zu seinem Tod am 2. März ein von allen Seiten geschätzter Gesprächspartner.

Der in Dresden geborene Baring, der dort im Februar 1945 als Zwölfjähriger den Feuersturm überlebt hat, wusste um das Leid der Vertriebenen. Er unterstützte das vom Bund der Vertriebenen geplante Zentrum gegen Vertreibungen und machte auch keinen Bogen um die Vetriebenenverbände. Legendär war sein Auftritt im Mai 2014 als Festredner beim Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Kassel, als er in freier Rede monierte, dass die Deutschen ein weinerliches Volk geworden seien. „Die Politische Korrektheit ist eine Pest, die unser Land vergiftet“, ließ er wissen. Das habe dazu geführt, dass nur noch Redensarten ausgetauscht würden, statt hart und sachlich zu debattieren.

Bild: LO-NRW

Weil er keine Auseinandersetzung scheute, war Baring nach seiner Emeritierung von der FU Berlin Dauergast in den Talkshows, wo er auch mal Partei für Thilo Sarrazin ergriff. Beide sind Geächtete der Sozialdemokraten. Weil er für Hans-Dietrich Genscher beim Wahlkampf eintrat, wurde Baring nach 31-jähriger Mitgliedschaft aus der SPD ausgeschlossen. Kurz zuvor veröffentlichte er noch seinen Besteller „Machtwechsel“ über die Regierung Brandt und dessen Ostpolitik.

Seine klare, direkte Sprache, die keine akademischen Allüren enthielt, sondern komplexe Inhalte auf den Punkt brachte, wussten schon unzählige seiner Studenten zu schätzen. Seine streitbare Ader und seine Kunst zu polarisieren, um Widerspruch herauszufordern, werden in unserer „weinerlichen“ Welt fehlen. *H. Tews*

Platz ist in der kleinsten Bütte

Meinungsfreiheit?

Wie Trump den Rubikon überschritt, wohin das Dritte Geschlecht verschwand, und wieso die Grünen so beliebt sind / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Nun hat er den Rubikon endgültig überschritten. US-Präsident Donald Trump fordert „Meinungsfreiheit“ an den Universitäten seines Landes! Mehr noch: Er droht Hochschulen, welche diese Freiheit auf ihrem Gelände nicht sichern, mit dem Entzug von Bundesmitteln. Konkret beklagt der Präsident „repressive Sprachvorgaben, Zensur, politische Korrektheit“, welche die Meinungsfreiheit an vielen Unis beeinträchtigten.

Auf diese neueste Zumutung von Trump müssen wir reagieren und unser deutsches Paradies noch fester gegen solche Einflüsse verschließen. Sonst schwappt das irgendwann zu uns herüber. Denn gegen die Zuwanderung weiterer Millionen von Immigranten aus dem orientalisch-afrikanischen Raum haben wir natürlich nichts, ganz im Gegenteil. Nur der Zuwanderung gefährlicher Gedanken, der müssen wir Einhalt gebieten.

„Meinungsfreiheit“ bedeutet schließlich, dass ein jeder kritische Fragen stellen darf. Da könnten Widersprüche ans Licht gebracht werden, die wir aus gutem Grunde lieber unter dem Teppich halten. Beispiel: CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer wird gerade kielgeholt, weil sie einen Karnevalswitz über männliche „Sitzpinkler“ gemacht und dabei das Wort „Drittes Geschlecht“ in den Mund genommen hat.

Das Dritte Geschlecht umschreibt Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht eindeutig Mann oder Frau sind. Die hätte „AKK“ beleidigt. Hat sie zwar gar nicht, macht aber nichts. Die Rechte des Dritten Geschlechts sind gerade ein großes Thema, gerade bei Linksgrün. Diese Leute dürften nicht diskriminiert werden, denn deren Geschlecht habe den gleichen Rang wie männlich und weiblich.

Gleichzeitig hat Linksgrün gerade ein Gesetz eingebracht, wonach Kandidatenlisten zu Parlamentswahlen hälftig von Frauen und Männern zu besetzen sind. Und die vom Dritten Geschlecht? Die sollen sich gefälligst entscheiden, ob sie unter „Mann“ oder „Frau“ gelistet werden wollen. Auf diese Weise wird das Dritte Geschlecht praktisch wieder abgeschafft. Von den gleichen Leuten, die sich eben noch zu dessen Anwalt aufgeschwungen haben.

Wer diesen schreienden Widerspruch aufdecken will, dem darf man keine „freie Meinungsäußerung“ zugestehen. Den muss man niederbrüllen mit „Hass ist keine Meinung!“ oder so, sonst fliegt alles auf.

Überhaupt hatten wir doch gelernt, dass die Geschlechter bloß „soziale Konstrukte“ seien. Ob man Mann oder Frau oder sonst was wird, hänge allein von der Prägung und dem eigenen Willen ab. Kaum hatten wir das endlich geschluckt, entzückt uns Claudia Roth im Interview mit einer Hymne auf den „weiblichen Blick“ auf die Welt, der so ganz anders sei als der männliche – und selbstverständlich besser. Dabei spricht alles dafür, dass Roth die Eigenschaft Frau für durchaus angeboren hält. Wie passt das zusammen?

> Du meine Güte: »Fake News« richtet sich auf einmal gegen links!

Den Gipfel linken Argumentationsgerümpels erklomm neulich eine Anti-AfD-Demonstrantin vor laufender Kamera in Münster. Die AfD ist ja gegen Ausländer und so und deshalb böse. Dann erzählt die Frau wutentbrannt von einem AfD-freundlichen Arbeitskollegen, der aus dem Ausland eingewandert sei, und dreht fast durch vor Empörung: „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber wenn Leute aus anderen Ländern hierhin kommen, die dann AfD wählen, das geht gar nicht! Der soll wieder in das entsprechende Land zurückgehen! Mehr sag’ ich dazu nicht!“

Muss sie auch nicht, ist ja alles klar und verständlich gewesen: Immigranten? Ja klar, je mehr, desto besser! Aber nur solche, die nach unserer ideologischen Pfeife tanzen. Alle anderen: raus!

Dies sind nur ein paar Beispiele aus der jüngsten Zeit, die erahnen lassen, was geschehen könnte, wenn man solche Widersprüche in aller Öffentlichkeit und ohne Gefahr ansprechen dürfte. Merken Sie nun, was der Trump mit seiner „freien Meinungsäußerung“ anzurichten gedenkt? Wir können nur hoffen, dass eine der vielen Kampagnen, die unausgesetzt gegen den Kerl im Weißen Haus angekurbelt werden, endlich zum Ziel führt und Trump entmachtet. Zu viele dieser Feldzüge sind bereits im Sande verlaufen, einer scheint sogar nach hinten losgegangen zu sein.

Es handelt sich um den Dauervorwurf, der US-Präsident verbreite „Fake News“ (Falschnachrichten), und mit ihm sowieso alle diejenigen, welche die Mainstreammedien skeptisch sehen. Wie die „Epochtimes“ berichtet, will die linke „Washington Post“ das Wort „Fake News“ nicht mehr benutzen, auch bei CNN ist der Kampfbegriff in Verruf geraten.

Was ist passiert? Nun, die „Washington Post“ hat ernüchtert festgestellt, dass der Begriff im Grunde nur noch gegen linke Medien verwendet werde und nicht gegen jene Portale rechts der Mitte, gegen die man sich das Wort einst ausgedacht hatte. Ein Fiasko.

Und zwar eines, das wir genau beobachten sollten. Denn auch diese Gefahr droht zu uns überzuspringen. Von den orientalischen „Fachkräften“ über Claas Relotius bis zu den „Chemnitzer Hetzjagden“ hat sich ja schon einiges angesammelt an politisch korrektem „Fake“ hierzulande. Da wird der Begriff auch bei uns riskant.

Und jetzt? Sollen „Qualitätsmedien“ den Leuten etwa ab sofort die ungeschönte Wahrheit sagen, damit sie sich – Stichwort „Meinungsfreiheit“ – ihre Meinung selber bilden? Natürlich nicht. Das neulich hier diskutierten „Framing“-Handbuch der ARD lieferte zur rechten Zeit den geeigneten Ausweg: Wir berichten eigentlich gar nicht mehr im klassischen Sinne, sondern üben „moralischen“ Einfluss, lullen die Leute ein und stupsen sie ganz sachte in die richtige Richtung, ohne dass sie merken, was geschieht.

Das klappt nicht, das merken die Menschen? Unsinn, und wie das klappt. Das Allensbach-Institut hat herausgefunden, warum die Grünen so beliebt sind in den Umfragen. Ganz einfach, weil die grün dominierten „Qualitätsmedien“ die Partei in den allerhübschesten Farben präsentieren. Inhaltlich, so die Allensbach-Forscher, wüssten die Grünen-Anhänger nicht zu sagen, was ihnen an ihrer bevorzugten Partei eigentlich gefällt. Da kämen „lediglich sehr allgemein gehaltene Aussagen“, auf Deutsch: Blabla.

Vielmehr sei es die wohlwollende Berichterstattung in den Medien und die überdurchschnittlich hohe Präsenz in den Talkshows, welche den Grünen so hohe Popularitätswerte einbringe. Da haben wir’s also: Inhalte, Informationen gar braucht’s gar nicht. Schöne Bilder, nette Konversation und positiv besetzte Attribute reichen völlig. Dann kommt die Zustimmung übers Unterbewusstsein.

Bei Aldous Huxleys Zukunftsroman „Schöne neue Welt“ werden die Menschen von Kindesbeinen an per „Flüstermaschine“ mit der richtigen „Haltung“ vollgepumpt. Das ist Fortschritt: Unsere Maschinen brauchen nicht mehr zu flüstern. Wir machen das heute laut und unverfroren.

Und zwar im Positiven wie im Negativen. So hätten wir am Sonnabend im Netzportal eines großen deutschen Nachrichtenmagazins aus München lesen können: „Orbán kündigt an, die Kritik an seinen Gegnern fortzusetzen.“ Das wäre die Nachricht gewesen. So stand es da aber nicht, stattdessen hieß die Überschrift: „Orbán spinnt neue Verschwörungstheorie und kündigt nächste Hetzkampagne an.“

Der Text darunter verläuft entsprechend und muss daher nicht weiter zitiert werden. Fest steht: Nach dieser Überschrift weiß jeder, was er von dem ungarischen Ministerpräsidenten zu halten hat, ohne auch nur ein einziges von dessen Argumenten gehört haben zu müssen. „Meinungsfreiheit“ ist da vollkommen überflüssig. Im Gegenteil: Sie kann großen Schaden anrichten. Was wäre wohl, wenn sich die vielen bewusstlosen Grünen-Anhänger sich eine eigene, womöglich sachlich begründete Meinung bildeten? Schrecklicher Gedanke.

MEINUNGEN

Henryk M. Broder *erzählt bei der „Achse des Guten“ (26. Februar) von* ***Hassbriefen*** *an ihn:*

„Ich bekomme viele Zuschriften von Lesern, die sich über meine Texte ärgern oder freuen, die sich bedanken oder irgendetwas zurechtrücken wollen ... Hassbriefe bekomme ich so gut wie keine, einen bis zwei pro Woche. Sie sind meist ellenlang und enden fast immer mit dem gleichen Satz: ‚Sie sind es nicht wert, dass man sich mit ihnen beschäftigt!‘“

Der ***Verband politisch Verfolgter des Kommunismus empört sich*** *in einem Offenen Brief vom 24. Februar an Bundespräsident* ***Frank-Walter Steinmeier*** *über dessen Glückwünsche an die iranische Staatsführung und* ***fordert ihn zum Rücktritt auf****:*

„Zum 40. Jahrestag der ‚Islamischen Revolution‘ übermittelten Sie der iranischen Führung ‚im Namen meiner Landsleute herzliche Glückwünsche‘. Das geschah ausdrücklich nicht im Namen unseres Verbandes. Wir stehen eindeutig auf Seiten tausender Opfer des faschistischen iranischen Moslem-Regimes, das Frauen, Homosexuelle, Juden, Andersdenkende und Ungläubige hasst und verfolgt. ... Dass der Iran den israelischen Staat von der Landkarte tilgen will, stört Sie offenbar nicht. Ein Bundespräsident, der dem iranischen Terror-Regime gratuliert und sich damit dem Verdacht aussetzt, die Würde seines Amtes deutschen Konzerninteressen zu opfern, schadet zudem der freiheitlichen Tradition der Sozialdemokratie. Deren von Nationalsozialisten und Kommunisten verfolgte Mitglieder haben wir zahlreich in unseren Reihen. ... Herr Steinmeier, treten Sie zurück!“

Im Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“ (4. März) nimmt ***Peter Jorzick****, Chef eines der größten Hamburger Unternehmen für Projektentwicklung, die Branche gegen den Vorwurf in Schutz,* ***geldgierige Profiteure des Immobilienbooms*** *zu sein:*

„Ich würde nicht von schwarzen Schafen reden. Diese Unternehmen sind Getriebene der Zinsentwicklung. Durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank sind auf dem Immobilienmarkt Kräfte entfesselt worden, die niemand voraussehen konnte. Es ist wie beim Monopoly, es geht nur noch darum, überhaupt noch eine Rendite auf das eingesetzte Kapital zu bekommen.“

Marc Felix Serrao kritisiert *in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (4. März), dass das Schweizer Unternehmen Valora nach angeblichen Protesten auf Twitter die* ***„Junge Freiheit“ aus dem Kiosksortiment*** *genommen hat.*

„Wo soll man anfangen? Bei der offenkundigen Geringschätzung des Publikums, das vor falschen Meinungen beschützt werden soll? ... Unzählige Unternehmen und sämtliche politischen Organisationen der Welt könnten dichtmachen, wenn sie irgendwelchen Twitterern Gehör schenken würden. Grob geschätzt jedes zweite der täglich rund 500 Millionen publizierten Textchen beklagt einen angeblich unerhörten Missstand. Empörung ist ein Synonym des Dienstes. ... Demokratie lebt davon, dass sich alle legalen Stimmen des politischen Spektrums Gehör verschaffen können. Dazu gehört im deutschsprachigen Raum auch die „Junge Freiheit“. ... Die Verbannung aus dem Handel ist die Lösung der Freiheitsfeinde.“